



Kirche als zivilgesellschaftlicher Akteur in Netzwerken der Stadtentwicklung

Erfahrungen - Handlungsempfehlungen - Perspektiven

Inhalt

- 3 Geleitwort**
Erzbischof Dr. Rainer Maria Kardinal Woelki, Vorsitzender der Caritaskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Berlin
- 5 Geleitwort**
Ralf Meister, Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers
- 6 Vorwort**
Prälat Dr. Peter Neher, Deutscher Caritasverband, Freiburg
Oberkirchenrat Johannes Stockmeier, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Berlin
- 9 Kirche findet Stadt: Aufbau und Potenziale strategischer Verantwortungsgemeinschaften**
Dr. Petra Potz, location³, Transferstelle *Kirche findet Stadt*, Berlin
- 21 An Schwellen und Schnittstellen: Die Akademien als Orte des Diskurses**
Prälat Dr. Peter Klasvogt, Katholische Akademie Schwerte
Dr. Rüdiger Sachau, Evangelische Akademie zu Berlin
- 25 „Die Tagung wird Folgewirkungen haben!“ Anmerkungen zur Veranstaltungsplattform**
Dr. Wolfgang Beer, Evangelische Akademien in Deutschland e.V., Berlin
- 26 Kirchen als Solidaritätsstifter**
Prof. em. Dr. Udo Fr. Schmäzle OFM, Universität Münster
- 30 Teilen und teilhaben – Gemeinden im Quartier**
Oberkirchenrätin Cornelia Coenen-Marx, Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Hannover
- 34 Kirche findet Stadt, oder: Wie können innovative Projekte wirksamer werden?**
Prof. Dr. Adalbert Evers, Universität Gießen
- 38 Der Sozialstaat im Sozialraum. Chancen für eine Erneuerung der Solidarität**
Prof. Dr. Gerhard Wegner, Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover
- 41 Kirche findet Stadt – Aufträge für eine integrierte Stadtentwicklungsplanung**
Hilmar von Lojewski, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr
Deutscher Städtetag, Berlin/Köln
- 44 Kirche findet Stadt – ein neues Kapitel einer doch sehr langen Geschichte**
Dr. Ulrich Hatzfeld, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin
- 48 Zivilgesellschaft: Säule oder Fundament in der Stadtentwicklung?**
Dr. Elke Becker, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
- 51 Kirche findet Stadt: Erkenntnisse, Thesen und Perspektiven**
Reinhard Thies, Diakonie Deutschland – Ev. Bundesverband, Berlin
Karin Vorhoff, Deutscher Caritasverband, Freiburg
Dr. Petra Potz, location³, Transferstelle *Kirche findet Stadt*, Berlin
- 57 Zu den Autorinnen und Autoren**
- 59 Impressum**

Erzbischof Dr. Rainer Maria Kardinal Woelki
 Vorsitzender der Caritaskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Berlin



Geleitwort

Unsere Städte haben sich verändert. Modernisierungsschübe sind besonders in den Städten spürbar – sowohl die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, als auch der Wertewandel, die wachsende kulturelle Pluralität und die Verschiebungen in den religiösen Orientierungen der Menschen.

Für die Kirche sind diese Veränderungen eine große Chance – eine Chance zur Erneuerung. Wir können nicht mehr einfach so weitermachen wie bisher. Wir müssen neu aufbrechen in eine Welt, die sich verändert hat. Wir müssen die Hoffnung, den Glauben und die Liebe auf neue Weise in der Stadt präsent machen.

Das vom Deutschen Caritasverband und der Diakonie Deutschland getragene und vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung finanzierte Projekt *Kirche findet Stadt* dokumentiert auf anschauliche und einladende Weise, dass auch in Deutschland die Christen die Herausforderung der Urbanisierung und Verstädterung der Gesellschaft annehmen. Das Projekt vernetzt viele phantasievolle Initiativen, durch die Christen sich an der sozialen Stadtentwicklung beteiligen. Oft sind es ehrenamtlich Engagierte, die sich berühren lassen von unmittelbaren Notsituationen und sich den Nächsten zuwenden. Vielfach geht es um die Solidarität der Generationen, die in der Soziallehre und Caritasarbeit der Kirche eine ganz herausragende Rolle spielt. Neu ist die Aufgabe der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Manche Projekte wollen mithelfen, dass das Zusammenleben der verschiedenen Kulturen und Lebensstile,

der Konfessionen und Religionen in der Stadt gelingt. Das hier dokumentierte Projekt zeigt, dass christliche Gruppen und Gemeinschaften Aktivposten für das friedliche und menschenwürdige Leben in der Stadt darstellen.

Diese Projekte machen einen Grundzug der Sendung der Kirche in die Gesellschaft deutlich: Sie leisten Hilfe zur Selbsthilfe – darin wird deutlich, dass sie die Würde der Hilfsbedürftigen und der Alten, der Kinder und der Familien, der Migranten und der Modernisierungsverlierer, der Bildungsfernen und sozial Marginalisierten achten; sie anerkennen sie als Menschen, die von Gott befähigt sind, Verantwortung für ihr Leben und ihre sozialen Beziehungen zu übernehmen. Viele Projekte machen sich gemeinsam mit denen auf den Weg, die nicht in der Gemeinschaft mit Jesus Christus stehen oder eine andere religiöse Überzeugung vertreten. Durch die Anerkennung anderer als Partner im Ringen um die soziale Stadt bezeugen sie die Grundbotschaft des Christentums von der unverfügbaren Würde eines jeden Menschen, den Gott geschaffen hat. Nach dem Zeugnis der Schrift ist jeder Mensch ein Ebenbild Gottes. Und diese Auffassung vom Menschen hat Jesus Christus bestätigt und bekräftigt, denn in ihm ist Gott Mensch geworden.

Das Projekt *Kirche findet Stadt* steht im Zusammenhang mit vielen Bemühungen der Kirche, der Urbanisierung und Verstädterung der Gesellschaften die richtige Richtung zu geben. Es dürfen keine anonymen Prozesse sein, die sich selbst überlassen bleiben. Sie müssen auf das Ziel der Solidarität und Menschenwürde

hin orientiert werden. Vor allem in Lateinamerika haben die Bischöfe bei ihrer Versammlung in Aparecida die Verantwortung der Christen und Christinnen für die Stadtentwicklung betont. In Deutschland haben viele Diözesen in den letzten Jahren Einrichtungen der Citypastoral eingebracht. Sie stehen oft in Kontinuität zu den Ordensgemeinschaften im Geist der Armutsbewegung, die schon im Mittelalter ihre Sendung in die Stadt lebten und praktizierten. Für sie war die Stadt der bevorzugte Ort der Verkündigung der frohen Botschaft.

Projekte dienen der Veränderung und Erneuerung eines Handelns. Mit Projekten reagieren große gesellschaftliche Organisationen auf neue Herausforderungen. Sie machen die Probleme bewusst, die eine bisherige Praxis gegenüber einer veränderten Situation hat. Sie initiieren Experimente, wie diese Praxis verbessert werden kann. Ein wichtiger Verdienst des Projektes *Kirche findet Stadt* besteht auch darin, dass es deutlich gemacht hat, wo die christlichen Gemeinschaften und Institutionen noch Probleme haben, sich in der mobilen Stadt präsent zu machen. Dies kann nur gelingen, wenn die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure verbessert wird. *Kirche findet Stadt* hat dieses exemplarisch in der Zusammenarbeit zwischen diakonischen bzw. caritativen Systemen und Systemen der Erwachsenenbildung versucht. Langfristig müssen die sich immer weiter spezialisierenden Dienste und Institutionen im Umkreis der christlichen Kirchen zusammenwirken. Und sicherlich ist auch die Zusammenarbeit der

Christen beider Konfessionen ein wichtiger Schritt, den gemeinsamen missionarischen Auftrag in der Stadt zu realisieren und das Ziel der Einheit aller Christen nicht aus den Augen zu verlieren.

Ich danke den hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Pastoral, vor allem den Pfarrern in den größer gewordenen Pfarreien und Pfarreiengemeinschaften, dass sie die Projekte ermutigt und begleitet haben. Mit ihnen haben sie das caritative Profil der neuen Seelsorgeeinheiten gestärkt.

Ich danke dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, dass er durch dieses Projekt Lern- und Entwicklungsprozesse von Vor-Ort-Initiativen ermöglicht hat – durch die Finanzierung des Ministeriums konnte der Austausch zwischen den verschiedenen Projekten gefördert werden. Dadurch und durch die verschiedenen Tagungen in den evangelischen und katholischen Akademien haben sie sich gegenseitig angeregt und weitergebracht.

Vor allem danke ich den vielen ehrenamtlich engagierten Christinnen und Christen in den verschiedenen Projekten für ihr bisweilen aufopferungsvolles Engagement. Ich bin zuversichtlich, dass ihnen im Einsatz für eine menschenwürdige und soziale Stadt immer mehr ihre Sendung aus der Taufe bewusst geworden ist. Denn auch für das Projekt *Kirche findet Stadt* gilt: Umso mehr wir uns den Nächsten zuwenden, desto mehr verwurzeln wir uns in der Kirche, die die Zuwendung Gottes zu den Menschen bezeugt.

Ralf Meister

Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers



Geleitwort

Die Stadt ist die älteste Erfindung der Menschheit und eine der größten Kulturleistungen. Sie ist das mutige Versprechen auf ein glückliches Leben. Weltweit bleibt sie die einzige Siedlungsform, die eine Chance bietet, mit den begrenzten bewohnbaren Flächen auf der Erde verantwortlich umzugehen. Wenn bis zum Jahr 2030 von acht Milliarden Menschen fünf Milliarden in Städten wohnen werden, müssen einige dieser Städte gigantisch gewachsen sein, um allen Bewohnern angemessenen Raum zur Verfügung zu stellen. So sind die positiven Verheißungen städtischen Lebens mit massiven Zumutungen verbunden: sozialräumliche Enge, Begegnung mit dem Fremden, isolierte Existenzweise, soziale Spaltung, öffentliche Konflikte.

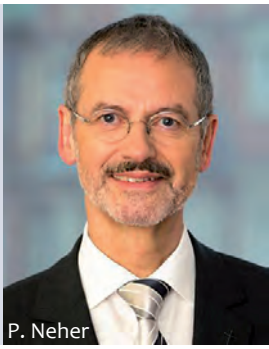
Damit hat die Kirche eine zentrale Aufgabe in der Stadt der Zukunft. Denn die Kirchen pflegen den Ortssinn. Keine andere Institution hat über Jahrhunderte im Wachstum und Schrumpfen, in dem Ausweiten und der Verwandlung unserer Städte diese Kontinuität und Aufmerksamkeit für den Ortssinn bewahrt. Die Dome und Münster sind die einzigen Immobilien, die sich als unverfügbare Räume jedweder Kommerzialisierung oder politischer Instrumentalisierung widersetzen. Kirchen bilden Schutzräume und Asylorte für bedrohte Menschen, ermüdete Seelen, trostlose Wanderer. Sie sind dem Geist des Ortes, dem *genius loci*, treu geblieben. Es bleibt eine fröhliche Pflicht, in das Erwachen eines neuen Interesses an den Städten ein paar Spuren zu legen.

Die Stadt bleibt als Spielraum religiöser Entwicklungen einzigartig. Wo religiöse Welt-

deutungen konkurrieren und sich tagtäglich begegnen, entstehen Abgrenzungen, Vorwürfe und Vergleiche. Toleranz und Dialogbereitschaft müssen eingeübt werden. Es gibt keine Alternative zu einem Dialog der Religionen in der Stadt. In einem solchen Gespräch bündelt sich das Hoffnungspotenzial, Städte zu Orten zu verwandeln, die für alle Bürgerinnen und Bürger lebenswert sind. Das ist nicht nur ein politisches Geschäft, es ist auch ein Handeln Gottes, um das Gläubige aller Religionen in einer Stadt im Gebet bitten. Dieser Dialog wird mühsam bleiben und braucht gerade deshalb begleitende Formen, die in kritischen Zeiten die Gewähr für kontinuierliche Begegnungen bieten.

Die Kirche bleibt ein geistlicher Bedeutungsträger für das städtische Gemeinwesen. Dafür braucht sie auch in der Zukunft ein klares geistliches Profil. Die evangelische Kirche sollte in glaubwürdiger Gestaltung ihre Räume und Gesten, ihre Zeiten und Angebote der Stadt zeigen.

„Steh auf und geh in die Stadt, dort wird man dir sagen, was du tun sollst.“ Mit dieser biblischen Aufforderung aus dem Lukasevangelium bleiben die Kirchen Rasthäuser, um Menschen für das Leben in den Städten zu stärken. Christinnen und Christen halten an der Vision fest, dass eine städtische Gestalt möglich ist, in der Frieden und Gerechtigkeit für alle gelten. Diese Vision muss heute, mehr denn je, auf einen mündigen Stadtbürger vertrauen, der die Herausforderung annimmt, seine Freiheit in Verantwortung für die ganze Stadt zu leben.



P. Neher



J. Stockmeier

Prälat Dr. Peter Neher
Deutscher Caritasverband, Freiburg

Oberkirchenrat Johannes Stockmeier
Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Berlin

Vorwort

Kirchen prägen den öffentlichen Raum. Sie stechen in der Silhouette von Dörfern und Städten hervor, gemeinsam mit dem Rathaus, einem Platz und der Schule bilden sie die Ortsmitte; ihr Glockengeläut, der Schlag der Kirchturmuhre erinnert auch eine säkularisierte und stark pluralisierte Gesellschaft an die andere Dimension und den eigenen Takt, den Kirchen in die Welt bringen.

Kirchen tun dies, auch wenn sich ihre Rolle, ihre Präsenz und ihre Artikulationsformen in der Gesellschaft und im Gemeinwesen deutlich verändert haben.

Sie tun dies, weil Kirchen mehr sind als der Kirchturm und auch mehr als die Gemeinden, die sich im Kirchengebäude versammeln. Kirche hat viele Dimensionen, Funktionen und Ebenen, auf denen sie wirkt: Verkündigung, Gemeinschaft, Nächstenliebe – die Diakonie bzw. die Caritas. Kirchen stehen nicht nur mit ihren Gebäuden und Immobilien im Raum, sondern sie handeln auch durch ihre Kirchenämter und Landeskirchen, die Bischofskonferenz und die einzelnen Ordinariate/Seelsorgeämter, mit ihren Orden und Gemeinschaften, ihren Pfarrgemeinden und Seelsorgebezirken vor Ort, ihren Schulen, Akademien, verschiedenen Vereinen und vor allem auch mit ihren Wohlfahrtsverbänden Diakonie und Caritas.

Diese Gliederungen und Subsysteme von Kirche sehen sich unterschiedlichsten Herausforderungen gegenüber, die nicht nur in den unmittelbaren Zusammenhang von Religion und Glauben in der modernen Gesellschaft fallen. Es geht hierbei auch um weitere Debatten: Wie geht Kirche mit Globalisierung

und Migration um, mit der demografischen Entwicklung, mit Armut, sozialer Segregation und Spaltung, mit einem sich verändernden Sozialstaat und mit neuen Anforderungen an die Bürgergesellschaft? In den Diensten und Einrichtungen der kirchlich gebundenen Verbände von Diakonie und Caritas kommen die sozialen und ökonomischen Folgen dieser Herausforderungen vor Ort an und münden in ein Ringen um neue Konzepte und Arbeitsansätze, die den Weg weisen sollen, wie Integration, Inklusion, selbstbestimmte Teilhabe und ein solidarischer Ausgleich für eine gerechte Gesellschaft gelingen können. Dabei findet ein Paradigmenwechsel statt: von der Fürsorge zur Befähigung und Teilhabeorientierung und Aktivierung, vom Fall ins Feld, vom Defizit zur Ressource, vom Fachbereich hin zum Netzwerk unterschiedlicher Akteure und Sektoren, vom Dienstleister zum zivilgesellschaftlichen Akteur und Anwalt, vom beruflichen System hin zu den Potenzialen der Menschen vor Ort. Sichtweisen und Haltungen sind im Zuge dessen zu verändern.

Die Kirchen stehen mit ihrer Diakonie und Caritas vor Herausforderungen, aber auch Chancen, wenn sie sich gemeinsam den Zukunftsfragen von Menschen in ihren alltäglichen Lebenszusammenhängen stellen. Das lokale Gemeinwesen, die Ortschaft oder das Stadtviertel als sozialer Nahraum, in dem das Gemeinde- und Nachbarschaftsleben gestaltet wird, rücken dabei in den Blick. Bei den Strukturveränderungen in den Kirchen und ihrer Diakonie bzw. Caritas gewinnt dieses an Bedeutung.

Hieraus begann sich vor knapp zehn Jahren in den Gemeinden mehr zu entwickeln als das Ringen um neue Konzepte in den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden und die Schaffung neuer kirchlicher Strukturen: Strategien, die im evangelischen Bereich als „Gemeinwesendiakonie“¹ gefasst wurden, im katholischen Bereich als „Sozialraumorientierung der Caritasarbeit“² und „Caritas als Kirche vor Ort“³. Gemeinden erkannten, dass es wichtig ist, die Türen zu öffnen und Räume anzubieten, Milieugrenzen zu überbrücken und gemeinsame Erfahrungen zu gestalten, Andockpunkte zu bieten für Hilfe und für Engagement.

Anknüpfend an diese ganz ähnlichen Entwicklungen und strategischen Vorstöße in den beiden Kirchen mit ihren jeweiligen Wohlfahrtsverbänden haben wir unter dem Label *Kirche findet Stadt* eine gemeinsame Fragestellung zur Rolle von Kirche in der Stadt formuliert und sie in den vergangenen zwei Jahren im Rahmen des gleichnamigen von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik geförderten ökumenischen Kooperationsprojekts bearbeitet.

Hier ging es darum, die Potenziale der Kirchen als zivilgesellschaftliche Akteure vor Ort – in der Stadt, dem Landkreis bzw. im Dorf – auszuloten.

So einfach dieser Satz klingen mag, so geht es um viel: Es geht darum, dass sich die Kirchen zunächst mit ihren unterschiedlichen Facetten wahrnehmen und sich mit all ihren Institutionen, Gliederungen und Organisationen so aufstellen, dass sie als Akteure zur

Gestaltung des lokalen Gemeinwesens und zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen beitragen. Mit ihren vielerorts in den Dörfern, Stadtteilen und Nachbarschaften noch vorhandenen Strukturen, Personal und Immobilien verfügen die Kirchen über ein erhebliches Potenzial, berufliches Handeln einzuspeisen und zu steuern sowie Plattformen für Engagement, Selbsthilfe und Teilhabe der Menschen vor Ort zu stiften. Daneben geht es darum auszuloten, wie diese Potenziale im Sinne des Ansatzes der integrierten Stadtentwicklung einzusetzen sind – also dann, wenn Kirchen nicht nur innerhalb ihres Systems vernetzt und bereichsübergreifend handeln, sondern auch die Kooperation mit Dritten, den Schulterschluss mit den Menschen vor Ort suchen und sich auch in kommunale Planungsprozesse sektorübergreifend und jenseits der Funktion als Träger einbringen.

Das ökumenische Kooperationsprojekt *Kirche findet Stadt* hat dazu bundesweit Möglichkeiten neuer Ansätze der Zusammenarbeit von evangelischer und katholischer Kirche und deren Diakonie und Caritas in themen- und sektorübergreifenden lokalen Entwicklungspartnerschaften aufgezeigt. Sie werden strategische Partner einer integrierten Stadt(teil)- bzw. Quartiersentwicklung, die alle relevanten Akteure, Handlungsebenen und -felder einbezieht.

Die innovative Kraft dieses Projektes liegt darin, dass unterschiedliche Akteure, die bereits vor Ort aktiv sind, Partnerschaften entwickeln und erweitern. Bundesweit wurden über einen Aufruf Standorte identifiziert, an denen kirchliche Initiativen, Kirchengemeinden, Träger sowie Diakonie und Caritas ihre Potenziale dafür einbringen, dass sich lokale Partnerschaften an der Entwicklung ihrer Städte und Gemeinden beteiligen. Es geht darum, nicht mehr nur einzelne Menschen oder Gruppen in den Fokus kirchlich-diakonischen Handelns zu stellen, sondern die Zukunftsfähigkeit ganzer Quartiere und Städte zu betrachten. Die Vielfalt der Beispiele und deren Einbettung in lokale strategische Entwicklungskonzepte zeigen zukunftsfähige Perspektiven auf, die

1 Diakonisches Werk der EKD: Handlungsoption Gemeinwesendiakonie. Die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt als Herausforderung und Chance für Kirche und Diakonie. Diakonie Texte 12.2007, Stuttgart 2007; Martin Horstmann, Elke Neuhausen: Mutig mittendrin. Gemeinwesendiakonie in Deutschland. Eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, Münster 2010

2 Deutscher Caritasverband: Sozialraumorientierung in der Caritasarbeit: Diskussionspapier für die verbandsweite Debatte. In: neue caritas 112, 2011, S.36-43

3 Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz: Mehr als Strukturen ... Entwicklungen und Perspektiven der pastoralen Neuordnung in den Diözesen. Dokumentation des Studientages der Frühjahrs-Vollversammlung 2007 der Deutschen Bischofskonferenz. Arbeitshilfen Nr. 213, Bonn 2007

durch Bundes- und Länderprogramme unterstützt werden.

Die Wiederentdeckung des Gemeinwesens als gemeinsames Aufgabenfeld der Kirchen und Diakonie bzw. Caritas bietet dazu neue Chancen. Die vielfältigen, teilweise nicht verbundenen Bemühungen gilt es zusammenzuführen und dabei das diakonische Profil von kirchlichem Leben vor Ort angesichts bestehender Herausforderungen neu zu bestimmen.

Nur gemeinsam schaffen die Kirchen mit Diakonie und Caritas den Aufbruch zu einem zukunftsfähigen diakonischen Gemeindeaufbau und können mit ihren Beiträgen ganzheitliche, integrierte Handlungsoptionen der Stadt- und Gemeindeentwicklungspolitik unterstützen. Ihr Augenmerk richten sie insbesondere darauf, den sozialen Ausgleich im Gemeinwesen zu ermöglichen. Auch für die oft überregional tätigen diakonischen Unternehmen in Bereichen der Alten-, Gesundheits-, Behinderten-

und Jugendhilfe bieten sich neue Perspektiven, wenn sie ihre Angebote sozialraum- bzw. gemeinwesenorientiert und in einem lokalen Zusammenhang zukunftsfähig ausrichten und positionieren.

Auch künftig gilt es lokale Prozesse zu gestalten, die vorhandene Ressourcen für Problemlösungen in nachbarschaftlichen Kontexten bündeln, und darüber hinaus auch überregionale Kompetenznetzwerke zu generieren, die zusätzlich notwendige fachliche und materielle Ressourcen einbringen und einfordern.

Gemeinwesenorientierung kann als ein gemeinsames Grundverständnis der Kirchen mit ihrer Diakonie bzw. Caritas verstanden werden. Wir wünschen uns, dass dieser Paradigmenwechsel in Richtung Sozialraumorientierung und stärkerer Berücksichtigung der lebensweltlichen Kontexte auch über die Grenzen der kirchlichen und diakonischen Institutionen hinausreichen wird.

Dr. Petra Potz

location³, Transferstelle Kirche findet Stadt, Berlin



Kirche findet Stadt: Aufbau und Potenziale strategischer Verantwortungsgemeinschaften

Das ökumenische Kooperationsprojekt *Kirche findet Stadt* hat gute Praxis für die zivilgesellschaftliche Bedeutung von Kirche und deren Beiträge zur sozialen und kulturellen Ausgestaltung der Wohn- und Lebensverhältnisse von Menschen in Stadt und Land identifiziert und miteinander in Diskurs gebracht. Die Aktivitäten haben gezeigt: Ein ganzheitlicher Blick und die Bildung strategischer Allianzen für das Gemeinwesen (Stadt, Gemeinde, Quartier) werden immer dringlicher. Dies impliziert, dass nicht eine Seite zu Lasten ihrer Partner Verantwortung abwälzt, sondern dass Verantwortung gemeinsam wahrgenommen wird. So verstanden sind Ansätze, in denen Kirchengemeinden, kirchliche Träger und Wohlfahrtsverbände sich vor Ort engagieren und mit Akteuren der Stadtentwicklung in Politik, Verwaltung und Wirtschaft kooperieren, ein innovativer Beitrag zur Etablierung integrierter Handlungsstrategien und Entwicklungspartnerschaften. Es können sich neue Kooperationskulturen zwischen verschiedenen Systemen und Ansätzen entwickeln.

Diskussionsstand im kirchlich-verbandslichen Bereich

Perspektivische Ansätze sind bei den Kirchen und ihren Wohlfahrtsverbänden Diakonie und Caritas deutlich erkennbar. Unter den neuen Begriffen „Gemeinwesendiakonie“ und „Sozialraumorientierung der Caritasarbeit“ wird die Öffnung des kirchlich-diakonischen Engagements in das Gemeinwesen bzw. den Sozialraum bereits seit einigen Jahren diskutiert.

Der Grundgedanke der Gemeinwesendiakonie wird in dem Text „Handlungsoption Gemeinwesendiakonie“ aus dem Jahr 2007 formuliert: Diakonie ist demnach nicht nur Anbieter sozialer Dienstleistungen, sondern übernimmt soziale und kulturelle Verantwortung für die Stadt. Diakonie beteiligt sich aktiv als Partner mit anderen Trägern an der sozialen Stadtentwicklung und wird so zum Mitgestalter des Sozialraums. Denn Kirchengemeinden und diakonische Einrichtungen „stellen ein Potenzial zur Verfügung, das die soziale Infrastruktur einer Stadt stärkt und das nachbarschaftliche Miteinander in den Wohnquartieren ausbildet“¹. Stadtviertel und Ortsteil rücken ins Interesse von diakonischem und kirchlichem Handeln. Es geht darum sich im Gemeinwesen zu formieren, damit Ressourcen gebündelt werden können, die koproduktive Prozesse auch mit anderen soziokulturellen Akteuren ermöglichen.² Dazu gehören beispielsweise auch die diakonischen Unternehmen, die sich mit den Themen Ambulantisierung und Assistenzstrukturen im Sozialraum im Sinne des Inklusionsansatzes beschäftigen. Die Gemeinsamkeit des Wohn- und Lebensortes wird in den Vordergrund gerückt.

1 Diakonisches Werk der EKD: Handlungsoption Gemeinwesendiakonie. Die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt als Herausforderung und Chance für Kirche und Diakonie. Diakonie Texte 12/2007. Stuttgart 2007

2 Reinhard Thies: „Soziale Stadt“ als integrativer Ansatz für den Sozialraum und Handlungsoption für Kirche und Diakonie. In: Johannes Marothy (Hg.): Sozialräumliches Arbeiten in der Straffälligenhilfe – Dahin gehen, wo es wehtut. Freiburg 2012, S. 107-121

Ein Forschungsprojekt wurde vom Deutschen Caritasverband und dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Auftrag gegeben. Unter dem Titel „Diakonie im Lebensraum der Menschen – Bestandsaufnahme und qualitative Erhebung zur lebensräumlichen Projektpraxis in Kirche und Gesellschaft“ kommt die Studie des pastoraltheologischen Lehrstuhls an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster von Udo Schmälzle und Mitarbeitern³ zu dem Ergebnis, dass die Lebensbedingungen in entwicklungsbedürftigen Wohnvierteln durch das Engagement von Caritasverbänden, ehrenamtlichen Initiativen und Pfarrgemeinden nachhaltig verbessert werden können.

In der Studie „Mutig mittendrin“ des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD⁴ verdeutlichen Beispiele verschiedene anschlussfähige Handlungsansätze: die klassische Gemeinwesenarbeit, das Konzept der Stadtteildiakonie, die Idee eines Nachbarschaftszentrums, der Aufbau einer Diakoniekirche mit verschiedenen Angeboten und Zielgruppen, die Einrichtung einer Begegnungsstätte in einem homogen strukturierten Stadtgebiet oder die Idee, die Aufgaben und Funktionen eines mittelalterlichen Klosters auf die Erfordernisse der heutigen Stadt zu übertragen.

Mit dem Diskussionspapier für die verbandsweite Debatte „Sozialraumorientierung in der Caritasarbeit“⁵ wurde das strategische Ziel des bereichsübergreifenden Ausbaus der Sozialraumorientierung auf Bundesebene in den Caritas-Diskurs gegeben. Bei dieser strategischen Zielsetzung ging es darum, sozial- und fachpolitische Entwicklungen, die dem Fachkonzept „Sozialraumorientierung“ in unterschiedlichen Fachbereichen in den 2000er Jahren zu neuer Aktualität verholfen haben, mit den Veränderungen in den Strukturen der Pfarrgemeinden bzw. pastoralen Räume in eine Synergien stiftende Verbindung zu bringen.⁶ Es wurden auch gemeinsame Fachtage mit dem Bereich Pastoral des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz durchgeführt. In den strategischen Zielen 2012-2016 des Verbandes wird diese Intention gefasst als „Caritas als Kirche vor Ort“. Es haben sich „die einzelnen Funktionen von Kirche teilweise auch auseinander bewegt. [...] Zwar stehen auf beiden Seiten die Brückenköpfe noch: die Pfarrgemeinden mit ihrer Spannweite an beruflichen und nicht beruflichen Strukturen und Akteuren auf der einen Seite – und auf der anderen Seite mit einem ähnlichen Facettenreichtum die verbandliche Caritas mit ihren Einrichtungen, Diensten, Fachorganisationen

3 Udo Fr. Schmälzle et al.: Menschen, die sich halten – Netze, die sie tragen. Analysen zu Projekten der Caritas im lokalen Lebensraum. Münster 2009, 2. A.

4 Martin Horstmann, Elke Neuhausen: Mutig mittendrin – Gemeinwesendiakonie in Deutschland. SI Konkret, Band 2, Hannover 2010

5 Deutscher Caritasverband: Sozialraumorientierung in der Caritasarbeit. Diskussionspapier für die verbandsweite Debatte. In: neue caritas, Heft 8, 2011, S. 36-43

6 vgl. Deutscher Caritasverband: Rolle und Beitrag der verbandlichen Caritas in den pastoralen Räumen. Impulspapier, Freiburg 2008

Referenzplattform



Bremen-Lüssum
Verbundprojekt Haus der Zukunft, ev. Kita und ev. Gemeinde



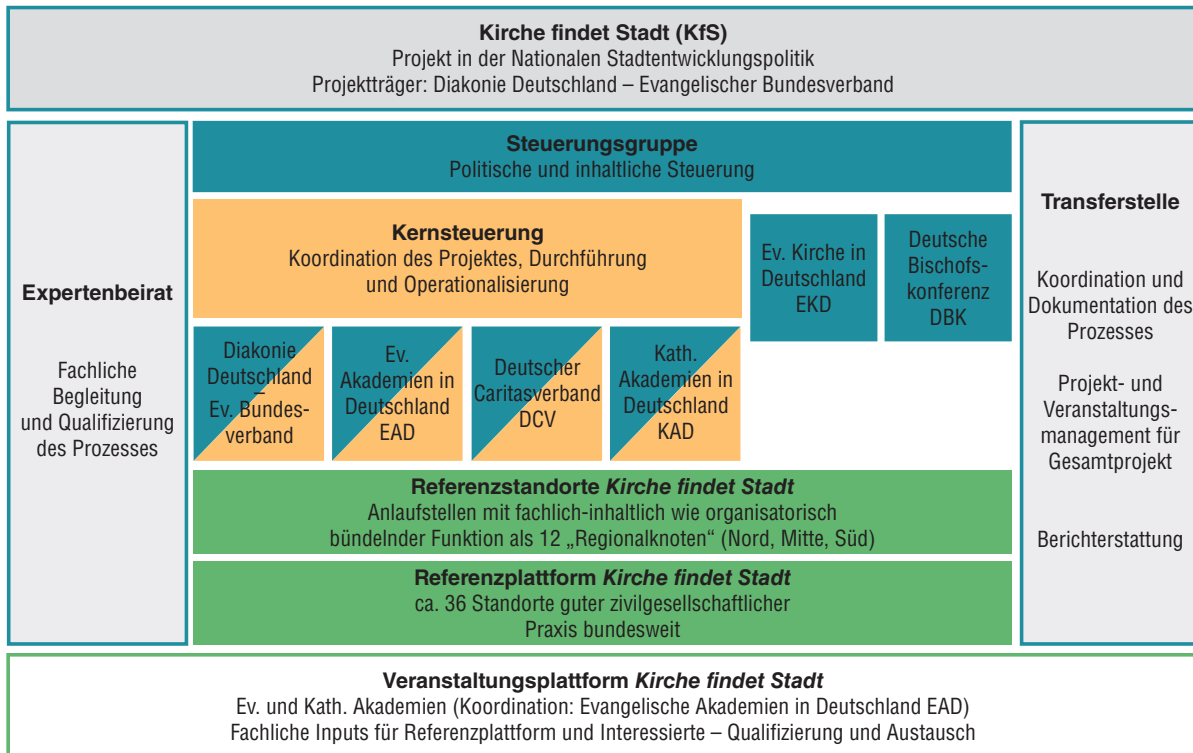
Burgdorf-Südstadt
Familienzentrum: Gemeinwesendiakonie, Krippe und Kirche



Darmstadt-Eberstadt
Gemeinwesenarbeit
Kirchtannensiedlung



Dortmund-Nordstadt
„Wem gehört die Stadt?“
Impulse für ein Quartier ohne Verdrängung von Randgruppen



und ihren Mitarbeitenden.“⁷ Anfang 2013 wurde die Sozialraumorientierung der Caritasarbeit im Deutschen Caritasverband durch die Verankerung in einem Referat „Sozialraum, Engagement, Besondere Lebenslagen“ institutionell weiter gestärkt. Hier werden verbandliche Strategien, Querschnittsthemen und die verbandliche Facharbeit für von Armut und Ausgrenzung betroffene Menschen miteinander verbunden.

⁷ Karin Vorhoff: Vernetzt im Quartier. Kirche findet Stadt. In: neue caritas, Heft 8, 2012, S. 12

Das Pilotprojekt *Kirche findet Stadt*

Die Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband und der Deutsche Caritasverband e.V. als die kirchlichen Verbände der Freien Wohlfahrtspflege wollen mit dem Ansatz *Kirche findet Stadt* den skizzierten Diskussionsprozess mitgestalten und mit ihren Verbänden, Diensten und Einrichtungen sowie anderen kirchlichen und weiteren Partnern Verantwortungsgemeinschaften in diesem Sinne weiter entwickeln. Um diese Rolle vor Ort im Gemeinwesen und in der Stadtentwicklung ausgestalten zu können, wurden unterschiedliche Elemente mitein-

Referenzplattform



Dülmen-Innenstadt
Intergeneratives Zentrum (IGZ) – sozial. pastoral. kommunal.



Düsseldorf-Flingern
Stadtteilladen Flingern



Duisburg-Hochfeld
Soziales Zentrum St. Peter



Essen-Südostviertel
Wir vor Ort – Gemeinsam für ein lebenswertes Südostviertel

Mitglieder des Beirats

- Dr. Elke Becker**, Deutsches Institut für Urbanistik Difu; Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung SRL e.V., Vorstandsmitglied, Berlin (Sprecherin des Beirats)
- Dr. jur. Rolf-Peter Löhr**, Stellvertretender Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) a.D. (Sprecher des Beirats)
- Prof. Dr. Adalbert Evers**, Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung, Justus-Liebig-Universität Gießen
- Dr. Ulrich Hatzfeld**, Unterabteilungsleiter Stadtentwicklung, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin (in Vertretung: **Dr. Oliver Weigel**)
- Hilmar von Lojewski**, Beigeordneter, Leiter des Dezernats Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr, Deutscher Städtetag, Berlin/Köln (seit Juli 2012)
- Prof. Dr. Bernhard Laux**, Lehrstuhl für theologische Anthropologie und Wertorientierung, Katholisch-Theologische Fakultät, Universität Regensburg
- Prof. Dr. Elisabeth Merk**, Stadtbaurätin, Landeshauptstadt München
- Prof. em. Dr. Udo Schmälzle**, Katholisch-Theologische Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
- Thomas von Mitschke-Collande**, ehemaliger Leiter Büro München, McKinsey, München
- Prof. Dr. Gerhard Wegner**, Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover

ander verschränkt, die die Praxis vor Ort in einen übergeordneten Kontext mit relevanten Entscheidungsträgern gestellt haben und damit Lernprozesse und Übertragbarkeiten auf und zwischen verschiedenen fachlich-thematischen Ressorts sowie administrativen Ebenen befördert haben.

Der Aufbau einer Referenzplattform „guter zivilgesellschaftlicher Praxis“ wurde durch eine Veranstaltungsplattform für Reflexion, Fortbildung und Wissenstransfer begleitet; ein Expertenbeirat hat diesen Prozess qualifiziert. In der Steuerungsgruppe waren der Projektträger sowie alle Projektpartnerinstitutionen vertreten, während die Projekt-Transferstelle in enger Abstimmung mit den Projektleitungen

in den kirchlichen Verbänden die Gesamtkoordination und Dokumentation gewährleistet hat. Mit der Homepage www.kirche-findet-stadt.de ist eine leicht zugängliche Informations- und Serviceplattform mit ausführlichen Praxisbeschreibungen, Veranstaltungshinweisen und -berichten, aber auch Materialien für die weitere Debatte geschaffen worden. Die eigens entwickelte Wortmarke unterstützt die Erkennbarkeit der dem Projekt zugrundeliegenden Strategie auf den unterschiedlichen Handlungsebenen.

Der Expertenbeirat, der *Kirche findet Stadt* beraten und begleitet hat, bildet ein interdisziplinäres Spektrum von verschiedenen institutionellen Ebenen, Wissenschaft und Praxis,

Referenzplattform



Forchheim-Nord
Bürgerzentrum –
Mehrgenerationenhaus
Forchheim-Nord



**Frankfurt/M.-
Unterliederbach**
Soziale Stadt Frankfurt –
Unterliederbach



Gelsenkirchen-Hassel
Stadtteilzentrum Hassel



Großostheim-Ringheim
MOSAIK – Netzwerk für
den Sozialraum

Stadtentwicklungs-, zivilgesellschaftlicher und kirchlich-theologischer Kompetenz ab. Hier spiegelt sich die Notwendigkeit eines übergreifenden Wissenstransfers und der Herstellung einer fachlichen Öffentlichkeit für die Initiativen vor Ort (vgl. Übersicht zum Beirat). Denn *Kirche findet Stadt* geht es um einen Beitrag zu einer vorausschauenden Ausrichtung der sozialräumlichen Stadtentwicklungspolitik, und somit um den sozialen Zusammenhalt im Gemeinwesen.

Mit dem Aufbau einer Referenzplattform von beispielhaften Standortinitiativen hat das Pilotprojekt *Kirche findet Stadt* begonnen, für neue Verantwortungsgemeinschaften mit kirchlicher Beteiligung zu werben. Über die Qualifizierung und den Austausch zwischen ausgewählten Standorten sind Netzwerke „guter zivilgesellschaftlicher Praxis“ entstanden. Diese Standorte haben einen Beitrag zur Sicherung tragfähiger Strukturen für die Quartiersentwicklung geleistet, zugleich aber auch Multiplikatoreneffekte erzielt. Hilfreich war dabei die etablierte Wortmarke, die eine Verortung zu einer Bundesstrategie ermöglichte und sie über den Status eines zeitlich befristeten Projekts hinaushob. Die Vielfalt der Fragestellungen und deren Einbettung in Bundes- und Landesprogramme, aber auch in regionale und sozio-kulturelle Kontexte (wie z.B. in den Bistums- und landeskirchlichen Strukturen) wurde dabei berücksichtigt.

Ein Interessenbekundungsverfahren im Frühsommer 2011 wurde über kirchliche und wohlfahrtsverbandliche Verteiler (Landeskirchen, Bistümer, diakonische Landes-

verbände und Diözesanebene der Caritas) bundesweit durchgeführt. Mit der Einbindung dieser jeweiligen strategisch-übergeordneten regionalen Ebenen in den beiden kirchlichen Systemen wurde eine zugleich breite und doch zielgerichtete Streuung des Aufrufs erreicht. Beispielhafte Anforderungen an die gesuchten kirchlichen Initiativen vor Ort wurden im Aufruf genannt:

- » Sozialraum- und gemeinwesenorientiertes Handeln von Kirchengemeinden, kirchlichen Institutionen, Verbänden und Trägern sowie ihren Diensten und Einrichtungen
- » Entwickeln eines aktorsübergreifenden Ansatzes, wie beispielsweise Kirchengemeinde und kirchliche Träger sowie engagierte Gruppen im Sozialraum/Gemeinwesen
- » Zielgruppen und Handlungsfeld übergreifendes Handeln
- » Konfessions- und trägerübergreifendes Handeln
- » Entwickeln von interkulturellen/interreligiösen Handlungsansätzen
- » Kirchliche Initiativen vor Ort, die in Bezug auf die Leitfragen des Projektes neue Wege gehen
- » Kirchliche Initiativen, die eine Plattform für haupt- und ehrenamtliches Engagement im Gemeinwesen/Sozialraum bieten
- » Kirchliche Initiativen in Stadt und Land, die für Stadt(teil)- bzw. Dorfontwicklung relevant sind
- » Kirchliche Initiativen, die im Rahmen der Förderkulisse der Städtebauförderung (z.B. Programm Soziale Stadt) agieren.

Referenzplattform



Hamburg-Bornheide / Am Osdorfer Born
Bürgerhaus Bornheide



Hamburg-St. Georg-Borgfelde
Stadtteilorientierte Gemeindegemeinschaft mit interkultureller und interreligiöser Ausrichtung



Hildesheim-Nordstadt
zeitreich – ökumenische Nachbarschaftshilfe plus Kooperationsnetzwerk



Hof-Bahnhofsviertel
Wir schaffen Lebensmittelpunkte

Übersicht über die Regionalknoten			
	Ort und Ortsteil	Standortinitiative	Verantwortlicher Träger/Organisation
ev.	Burgdorf-Südstadt	Familienzentrum: Gemeinwendiakonie, Krippe und Kirche	Ev. St. Paulus-Kirchengemeinde Burgdorf
kath.	Dülmen-Innenstadt	Ein Haus für alle Generationen: Intergeneratives Zentrum Dülmen (IGZ) – sozial. pastoral. kommunal.	Kath. Kirchengemeinde St. Viktor, Dülmen
kath.	Frankfurt/M.-Unterliederbach	Soziale Stadt Frankfurt – Unterliederbach	Caritasverband für die Stadt Frankfurt am Main
ev.	Gelsenkirchen-Hassel	Stadtteilzentrum Hassel	Bürgerstiftung „Leben in Hassel“, Gelsenkirchen
kath.	Großostheim-Ringheim	MOSAİK – Netzwerk für den Sozialraum	Kath. Kirchenstiftung St. Pius, Großostheim, Mosaik MGH
ev.	Hamburg-St. Georg-Borgfelde	Stadtteilorientierte Gemeindearbeit mit interkultureller und interreligiöser Ausrichtung	Kirchengemeinde St. Georg-Borgfelde
ev.	Hof-Bahnhofsviertel	Wir schaffen Lebensmittelpunkte	Diakonie Hochfranken Hof
ev.	Kassel-Wesertor	Zusammen weiterkommen am Wesertor	Diakonisches Werk Kassel
ev.	Leipzig-Connewitz	Generationsübergreifende Gesundheitsförderung und Prävention im Quartier	Diakonisches Werk/ Innere Mission Leipzig
kath.	Lübeck-Moisling	Moisling ist stark – Zusammenarbeit für altersgerechtes Leben und Wohnen	Caritasverband Lübeck
ökum.	Mannheim-Neckarstadt	Ökumenisches Netzwerk Mannheim-Neckarstadt	Caritasverband Mannheim und Diakonisches Werk Mannheim, Diakoniekirche Plus
ev.	Stralsund-Grünhufe	Nachbarschaftszentrum in der Auferstehungskirche	Kreisdiakonisches Werk Stralsund

Referenzplattform



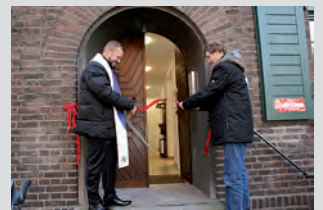
Itzehoe-Innenstadt
Himmel + Erde



Kassel-Wesertor
Zusammen weiterkommen
am Wesertor



Kiel-Gaarden
Sozialkirche Gaarden



Köln-Meschenich
Sozialraumpastoral
Caritas-Zentrum
Meschenich

Insgesamt 125 durch solch kirchlich-verbandliches Engagement gekennzeichnete Standorte haben sich trotz kurzer Fristen auf den Aufruf gemeldet (vgl. Übersichtskarte zur Referenzplattform). Die räumliche Verteilung der Rückmeldungen macht die verschiedenen Ausgangsbedingungen für kirchlich-verbandliches Handeln deutlich.

Mit einer zweistufigen Auswahl wurden zunächst 36 beispielhafte kirchliche Initiativen vor Ort (Referenzstandorte) sowie eine daraus generierte engere Gruppe von zwölf evangelischen, katholischen bzw. ökumenischen Regionalknoten in drei Makroregionen (Nord/Mitte/Süd) identifiziert, die bei ihren regionalen wie fachlichen Bündelungsaktivitäten vertieft begleitet und beraten wurden (vgl. Liste der Regionalknoten). Damit wurde die Basis für einen breiten Wissensaustausch und Netzwerkaufbau geschaffen.

Bundesweit wurden an den Regionalknoten lokale Netzwerke verschiedenster Akteure erprobt, begleitet und dokumentiert, die Modellcharakter für Wege kirchlicher Beteiligung und damit für eine neue Form der institutionellen Zusammenarbeit und gegenseitigen Öffnung beinhalten. Daneben haben die Regionalknoten ihre Bündelungsfunktion in regionale und fachliche Kreise aktiv wahrgenommen. Sie waren in die Planungen der Akademieveranstaltungen aktiv eingebunden und haben teilweise als Gastgeber zentrale Funktionen eingenommen (zur Rolle der Veranstaltungsplattform siehe ausführlich die Beiträge von Klasvögt/Sachau und Beer); sie richteten eigenständig regionale Treffen zum Erfahrungsaustausch und zur

weiteren Verankerung der Thematik aus und nutzten eine Poster-Ausstellung der Standorte für die weitere Verbreitung des Ansatzes bei unterschiedlichen Anlässen. Mit diesen Aktivitäten konnten die Standorte ihre Erfahrungen vor Ort einer breiten regionalen bis bundesweiten Öffentlichkeit zugänglich machen, aber auch vom Austausch und der Reflexion zusammen mit Experten und Entscheidungsträgern auf den verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichem fachlichen Hintergrund profitieren und ihre Arbeit qualifizieren.

Im Projektverlauf wurde schnell deutlich, dass neben den Standorten auch die jeweilige „mittlere“ Handlungsebene in den kirchlich-verbandlichen Systemen – also die Multiplikator/innen in den Landeskirchen/-verbänden, Seelsorgeämtern der (Erz-)Diözesen, Diözesan-/Landescaritasverbänden sowie den Fachverbänden – verstärkt eingebunden und zur Mitwirkung motiviert werden müssen. Diese sind die Berater bzw. Ansprechpartner/innen der Kirchengemeinden oder örtlichen Verbandsstrukturen, sodass dort die Strategie und der Plattformaufbau unterstützt und mitgetragen werden muss. Im November 2011 sowie im September 2012 wurden daher ein Fachtag und zwei regionale Konsultationen mit diesen wichtigen Vermittlern zwischen den Standorten und der Landesebene hin zur Bundesebene durchgeführt.

Im Dezember 2011 wurde die Referenzplattform bei einer Auftaktveranstaltung mit bundesweiter Ausstrahlung zusammen mit Bundesminister Dr. Peter Ramsauer im BMVBS öffentlich vorgestellt. Als gemeinsame

Referenzplattform



Krefeld-Schicksbaum
Ökumenischer Arbeitskreis Schicksbaum



Leipzig-Connewitz
Generationsübergreifende Gesundheitsförderung und Prävention im Quartier



Leverkusen-Manfort
Manforter Laden – Quartierszentrum für frühe Hilfen



Lübeck-Moisling
Moisling ist stark – Zusammenarbeit für altersgerechtes Leben und Wohnen

Übersichtskarte zur Referenzplattform

Legende

- ev./Diakonie
- kath./Caritas
- ökum.
- N Netzwerkstandort
- **Referenzstandort**
- **REGIONALKNOTEN**





Prälat Dr. Peter Neher, Bundesminister Dr. Peter Ramsauer, Oberkirchenrat Johannes Stockmeier

Erkenntnis über regionale und konfessionelle Bezüge hinweg wurde deutlich, dass viele Standorte vor ähnlichen strukturellen Herausforderungen stehen, es also motivierend und zielführend ist, sich dazu verstärkt auszutauschen und voneinander zu lernen.

Institutionell steht ein kirchlich-verbandlich an Sektoren (Sozialpolitik – Sozialwirtschaft – Kirche im engen Sinne von Gemeinde und Verkündigung), Fachressorts und auf Zielgruppen ausgerichtetes Handeln dem Ansatz einer integrierten sozialräumlichen Strategie und einer auf den „Raum“ bezogenen Perspektive entgegen. Der Paradigmenwechsel „von der Fürsorge zur Befähigung und Teilhabeorientierung und Aktivierung, vom Fall ins Feld, vom Defizit zur Ressource, vom Fachbereich hin zum Netzwerk unterschiedlicher Akteure und Sektoren“ (Vorwort von Neher/Stockmeier) ist somit eine große Herausforderung, der man sich seit einigen Jahren prozesshaft im Dialog und in entsprechender Organisationsentwicklung nähern will. Sie ist vor allem über eine breite Öff-

nung und die Schaffung von Gelegenheiten zur Einübung neuer Ansätze und Perspektiven auf allen Ebenen, in den kirchlich-verbandlichen wie den staatlich-administrativen Strukturen, zu erreichen.

Eine zentrale Herausforderung dieses Projekts liegt in der Erprobung von Entwicklungspartnerschaften von Akteuren, die bereits in den Stadt- und Ortsteilen aktiv sind, bisher aber in unterschiedlichen Handlungslogiken verankert sind, entweder fachlich oder (sozial-) räumlich. In gleicher Weise zentral sind dabei die verschiedenen Dimensionen des Handelns: die engagementpolitische, mit der kirchliche und caritativ-diakonische Akteure vor Ort präsent sind, die bildungs- und sozialpolitische sowie die kulturelle und interkulturelle/interreligiöse Dimension. Strukturen und Schnittstellen zu erkennen, die verschiedenen Haltungen zu reflektieren und Potenziale für sozialräumliches Handeln aufzuzeigen ist ein Ziel von *Kirche findet Stadt*. Dabei soll und kann es nicht darum gehen, „das Rad neu zu erfinden“ oder die vorhandenen Kompetenzen der Mitarbeitenden und ehrenamtlich Engagierten zu beschneiden, sondern darum, die Fähigkeiten der Einzelnen sinnvoll miteinander zu verknüpfen und potenzielle Synergien zu identifizieren.

Praxis vor Ort – Einschätzung der Regionalknoten über ihre Teilnahme

Die beteiligten Standorte haben durch ihre Teilnahme sowohl örtlich, regional als auch über-

Referenzplattform



Mainz-Neustadt
caritas zentrum Delbrêl



Mannheim-Neckarstadt
Ökumenisches
Netzwerk Mannheim-
Neckarstadt



Meckenbeuren
„Lebensräume für Jung
und Alt“ der Altenhilfe
der Stiftung Liebenau



Neuruppin-Südstadt
Dranbleiben an Arbeit,
Gemeinschaft, Gesundheit



regional an Interesse in der politischen wie auch der kirchlichen Öffentlichkeit gewonnen. Die Regionalknoten wurden um Einschätzungen und Thesen aus ihrem Erfahrungsbereich der praktischen Umsetzung vor Ort gebeten. Dabei ging es um Anknüpfungspunkte und Handlungsbedarfe zur weiteren Optimierung des Ansatzes und um Möglichkeiten und Grenzen der Arbeit an den Standorten vor Ort. Auch die Frage, welche Unterstützungsstrukturen notwendig sind, wurde gestellt. Wo und wie kann es nachhaltig gelingen, dass „Kirche Stadt findet“? Und wie sieht es mit dem Ansatz von Gemeinwesendiakonie und Sozialraumorientierung in der konkreten Arbeit vor Ort aus?

Die Erkenntnisse und Erfahrungen der Regionalknoten für die Perspektiven des Ansatzes wurden dazu im Folgenden zusammengefasst⁸:

⁸ Alle Regionalknoten haben sich mit Einschätzungen und Thesen an der Gesamreflexion im Herbst 2012 sowohl in den Konsultationen als auch in der schriftlichen Auswertung eingebracht. Die dargestellten Aussagen sind keine Zitate, sondern wurden für diesen Beitrag zusammengefasst. Den Verfassern aus den Regionalknoten gilt mein ausdrücklicher Dank (d.Verf.).

- » Seit vielen Generationen sind Kirchengemeinden Akteure oder Mitakteure in der Daseinsvorsorge ihres jeweiligen Sozialraums. *Kirche findet Stadt* hat das Thema der Sozialräumlichkeit im Blick auf Kirche geschärft und einen Paradigmenwechsel in der Kirche befördert, der aber nur mühsam voran kommt.
- » Viele Kirchengemeinden verfügen über eigene räumliche Infrastruktur sowie über ein Netzwerk aus ehrenamtlich Tätigen und hauptamtlichem Personal. Kirchengemeinden verfügen deshalb über große Ressourcen in der Aktivierung und Begleitung von Bürgerbeteiligung sowie im Aufbau von tragfähigen und nachhaltigen Strukturen.
- » Die Bündelung von professioneller Fachlichkeit und ehrenamtlichem Engagement aus christlicher Überzeugung bringt zusätzlichen Gewinn für alle: In Kirchengemeinden gibt es oft Ehrenamtliche aus unterschiedlichen Milieus, die über eine gute Kenntnis des Stadtteils und der Bedarfe der Menschen verfügen. Dieses Wissen ermöglicht es, auch Menschen zu erreichen, die sonst keinen Zugang zu sozialen Angeboten finden würden. Ehrenamtliche in den Gemeinden und Hauptamtliche in den Wohlfahrtsverbänden profitieren voneinander, wenn sie sich als gleichberechtigte Partner akzeptieren und auf Augenhöhe agieren.
- » Die Zusammenarbeit von Wohlfahrtsverband und Kirchengemeinden vor Ort wird in Zukunft einen noch größeren Stellenwert

Referenzplattform



Potsdam, Am Schlaatz
Familienzentrum,
Wohnheim am Nuthetal,
„Kirche im Kiez“



Saarbrücken-Malstatt
Gemeinwesenarbeit und
Kirche in Malstatt



Steinheim
ZWIEBEL – Zivilgesellschaft
inklusive erfolgreich beleben



Stollberg
Erste Christliche
Arbeitsvermittlung

haben. Beide sollten sich mehr und mehr als „natürliche Partner in der Sozialen Stadtteilentwicklung“ begreifen. Dort, wo sie sich als Partner mit ihren Kompetenzen und Ressourcen in die Stadtteilentwicklung einbringen, arbeiten sie erfolgreich und werden als kompetente Akteure von den öffentlichen und privaten Akteuren anerkannt.

- » Gemeinsame Strategien der Akteure aus ganz unterschiedlichen Handlungsfeldern (Kirchengemeinde, Pädagogik, Recht, Soziales, Finanzen, Stadtentwicklung und -planung) führen zu einer bedarfsgerechten Angebots- und Projektentwicklung für die Nutzer – „Der Mensch steht in der Mitte!“
- » Der Austausch muss auf Augenhöhe und unter der Anerkennung der jeweiligen Stärken geführt werden. Für einen Austausch ist es bedeutsam, dass die Akteure bereit sind, die „Sprache“ bzw. „Fachsprache“ des anderen zu akzeptieren und sich darauf einzulassen. Hierbei sind alle relevanten Ressorts zu beteiligen. Hauptanknüpfungspunkt ist das sektorübergreifende Agieren für das Lebens- und Wohnumfeld, den Stadt- oder Ortsteil. Dazu braucht es glaubhafte „Sektorengrenzgänger“, z.B. Bürgermeister oder Pfarrer. Diese können dann mit einem administrativen Partner gestalten und entwickelnd handeln.
- » Die Etablierung neuer Kommunikationsstrukturen kann nur langfristig und gestützt auf weitere Ressourcen zu positiven Ergeb-

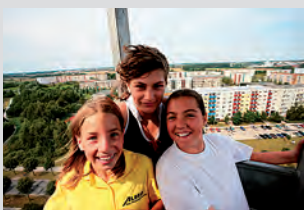
nissen führen. Auf regionaler und überregionaler Ebene sollten (personelle und finanzielle) Ressourcen der überörtlichen bzw. der Bundesverbände zur Verfügung stehen, z.B. für überregionale Treffen, Fachtage, Fortbildungen, Internetplattform.

- » Entstandene Netzwerke sind zu erhalten und auszubauen. Ein erster Kontakt zu anderen „Machern“ im Stadtteil ist oft schnell entstanden. Um diese Beziehungen tragfähig und nachhaltig zu gestalten, braucht es jedoch Zeit und Vertrauensaufbau – und die Schaffung dauerhafter Stellen von „Moderatoren“ vor Ort, die die Brückenfunktion einnehmen können, z.B. Quartiermanager oder Tandems aus dem kommunalen und kirchlichen Milieu. Erfolge gelingen durch gemeinsame Aktionen, Austausch und die Suche nach gemeinsamen Anliegen, die z.B. zur Verbesserung der Lebensqualität im Quartier verfolgt werden können.



- » Netzwerke sollten sich zunehmend auch handlungsfeld- und trägerübergreifend

Referenzplattform



Stralsund-Grünhufe
Nachbarschaftszentrum
in der Auferstehungs-
kirche



Stuttgart-Sillenbuch
Stadtteilorientierte Mobile
Jugendarbeit,
Projekt: Fit in den Job



Weil/Rh.-Friedlingen
FRIDA – Friedlinger Raum für
Integration, Dienstleistung,
Aktuelles



Wetzlar-Niedergirmes
Diakonische Gemeinde
Niedergirmes

zwischen Kirche und Kommune gründen. Eine Vitalisierung kann durch den Mut zur Grenzüberschreitung eintreten. Nachhaltig kann Kirche Stadt nur finden, wenn sie Bündnisse geteilter Verantwortung mit allen zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort (Wirtschaft, Stadt, Religionsgemeinschaften) eingeht. Die Frage nach dem eigenen Profil und Einfluss und die damit verbundenen Vorbehalte und Ängste im Prozess geteilter Verantwortung sind dabei zu thematisieren. Kann geteilte Verantwortung zur Schärfung des eigenen Profils führen?

- » Dringenden Handlungsbedarf gibt es im Hinblick auf das Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement (gemeinsam mit Wirtschaft, Kirche und Kommune)

und den vorhandenen Strukturen und Hierarchien in den Institutionen, die mit den neu entstehenden Organisationsformen zivilgesellschaftlichen Engagements nur schwer zu verbinden sind („Kultur des Ermöglichens und nicht des Erschwerens“). Es gilt Organisationsformen zu finden, in denen geteilte Verantwortung gelebt werden kann.

Die Aussagen aus der Perspektive der Praxis vor Ort verdeutlichen den zukünftigen Bedarf an einem weiteren integrierten Handeln im Sozialraum bzw. Gemeinwesen und sollen eine Ermutigung darstellen, an diesen neuen Schnittstellen zu wirken. Die Perspektive vernetzter Arbeitsstrukturen in den kirchlichen Institutionen lebendig zu halten bleibt eine wichtige strukturelle Aufgabe.

Prälat Dr. Peter Klasvogt
Katholische Akademie Schwerte

Dr. Rüdiger Sachau
Evangelische Akademie zu Berlin



P. Klasvogt



R. Sachau

An Schwellen und Schnittstellen: Die Akademien als Orte des Diskurses

Kirche in der Stadt – das ist weit mehr als bloß die weithin sichtbaren Kirchengebäude. Kirchengemeinden tragen auf vielfältige und oft unerwartete Weise zum Miteinander in der Stadt bei und suchen der Stadt Bestes – vor Ort und vielfach vernetzt in Kommune, Stadtteilen und Nachbarschaften. Die Frage ist: Wie können diese Potenziale für eine sozial integrierte Stadtentwicklung noch besser genutzt werden? Wie werden kirchliche und gesellschaftliche Akteure füreinander sichtbar?

Städte sind seit jeher Orte der Verheißung von Freiheit, Glück und Macht und darin stets unübersichtlich. Die Konstellationen der städtischen Akteure unterliegen einem raschen Wandel und die für Städte typische „Steigerung des Nervenlebens“ (Georg Simmel) erhöht die Schnelligkeit von Veränderungen und die Flüchtigkeit von Beziehungen. In der Frage nach dem Zusammenspiel von Kirche, Caritas und Diakonie und Stadtgesellschaft kommt den kirchlichen Akademien neben den anderen kulturellen und politischen Akteuren der Stadtgesellschaft (Stiftungen, politische Parteien usw.) eine zentrale Funktion zu, denn hier wird die Verantwortung für den öffentlichen Raum diskutiert und die Frage nach der politischen Kultur der Demokratie gestellt.

In der Öffentlichkeit der Stadt sind die Akademien der beiden Kirchen bewährte Orte kultivierter Diskursivität: Orte der öffentlichen Debatte, Anwälten für die christliche Wahrheit in gesellschaftlichen Diskussionen, Denkwerkstätten der Diözesen und Landeskirchen und gesellschaftliche Laboratorien. Akademien sind Orte urbaner und zivilgesell-

schaftlicher Gesprächskultur, Orte der „Unterbrechung“ von Selbstverständlichkeiten und darin Orte der Selbstreflexion der Kirche über ihren Platz in der Gesellschaft.

Die Plattform *Kirche findet Stadt* will den Dialog an der Schnittstelle zwischen zivilgesellschaftlichen Kräften und Stadtentwicklung voranbringen und erfolgreiche und ermutigende Ansätze verbreiten. – Das ist der diskursive Ort der Akademien. Sie arbeiten an Grenzen, die zugleich Schwellen und Schnittstellen sind.

Im Rahmen des ökumenischen Projekts *Kirche findet Stadt* tragen die Standorte der evangelischen und katholischen Akademien die Sorge für eine bundesweite Veranstaltungsplattform. Hier wird die Thematik für die breite Öffentlichkeit erschlossen. Gleichzeitig sind die Akademieveranstaltungen zentrale Orte für den Austausch, die Qualifizierung und den Kommunikationsprozess im Projektzusammenhang und nehmen fachliche Handlungsfelder, regionale und grundsätzliche Fragestellungen in den Blick. Die Akademien bringen die Referenzstandorte mit kirchlichen Initiativen in ganz Deutschland ins Gespräch. In den Tagungen werden Praxiserfahrungen gesichtet und reflektiert und darin neue Möglichkeiten der Vernetzung von Kirche, Caritas, Diakonie und Stadtgesellschaft ausgelotet.

Gegen den Trend zu einer oft leerlaufenden Beschleunigung von Gesprächs- und Reflexionsprozessen kultivieren Akademien Prozesse der Verlangsamung und Konzentration. Akademien nehmen die Sehnsucht nach intensiven und verbindlichen Gesprächen ernst und

nehmen sich Zeit für das Erzählen von Erfahrungen, für Reflexion und Gespräch. In gutem Sinne konservativ halten sie dort, wo es nötig ist, an längeren Tagungsformaten fest und schätzen statt dem kurzfristigen Wechsel von Trends und Moden die Treue zu Themen und Personen. Gegen die Neigungen zum zerstreut Beiläufigen und oberflächlich Passageren werden Begegnungen und Kontakte – auch und vor allem im Feld von Kirche, Caritas, Diakonie und Stadt – im Rahmen der Möglichkeiten gepflegt, stabilisiert und kultiviert.



„Wie viel Kirche braucht die Stadt?“ Veranstaltung der Ev. und Kath. Akademien zu Berlin, Februar 2012. Von links: Dr. Peter Neher (DCV), Hans Schaidinger (OB Regensburg), Dr. Frank-Walter Steinmeier (Fraktionsvorsitzender SPD, MdB), Dr. Rüdiger Sachau (Ev. Akademie Berlin), Michael Groß (MdB), Reinhard Thies (DW der EKD), Karin Vorhoff (DCV).

Akademien pflegen die Gastfreundschaft und bringen Vertreter und Vertreterinnen aus Kirche und Politik, Caritas und Diakonie, Verwaltung und Ökonomie ins Gespräch und machen die verschiedenen Erfahrungshorizonte und Handlungszwänge füreinander erkennbar, sichtbar und übersetzbar. In einer solchen Kultur der Gastfreundschaft und des diskursiven Freiraums werden über die Grenzen von Religion, Konfession und Disziplin hinaus neue Erfahrungen und unkonventionelle Perspektiven interpretierbar.

Die kirchlichen Akademien sind als Veranstaltungsplattform von *Kirche findet Stadt* nicht nur Orte der Deutung neuer Erfahrung, sondern auch ihrer Kritik, Orte der Vision wie ihrer kritischen Realitätsprüfung. Hier werden Erwartungen und Interessen kritisch geklärt, aber auch Motivationen für ungewöhnliche Initiativen gestärkt. Hier werden neue und ungewöhnliche Kooperationsmodelle reflexiv begleitet und Einblicke in bisher übersehene Prozesse eröffnet; es werden Gestaltungsspielräume gesichtet und der Sinn für Situationen, Gelegenheiten und Chancen wird sensibilisiert.

Im Rahmen von *Kirche findet Stadt* werden die Akademien zu Orten der Reflexion der städtischen Selbst- und Fremdwahrnehmung der Kirche in ihrem Verhältnis zu Diakonie und Caritas. Dies eröffnet nicht nur ungewöhnliche Einblicke und Perspektiven in eine sich rasch verändernde Zivilgesellschaft, sondern klärt das Selbstverständnis der Kirchen in ihrem Verhältnis zu Caritas und Diakonie über deren angemessenen Ort inmitten der Stadtgesellschaft.

Im Rahmen von *Kirche findet Stadt* begleiten die Katholischen und Evangelischen Akademien die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Die Frage nach einer zeitgemäßen Form der Subsidiarität, in der Kirche und Kommune gemeinsam zum Wohle von Stadt und Land beitragen, braucht das Gespräch aller Beteiligten vor Ort. Denn erst, wo Gespräch und Reflexion sich ausreichend Zeit nehmen, können neue Erfahrungen sinnvoll gedeutet und für die Zukunft fruchtbar gemacht werden. Mit dieser Geduld entstehen neue Erfahrungsräume und wachsen neue Beziehungen und belastbare Bündnisse, die über die bloße Einrichtung von thematisch zentrierten und zeitlich befristeten Netzwerken hinausgehen.

Übersicht über die Veranstaltungsplattform

Tagungsberichte und Präsentationen sind unter www.kirche-findet-stadt.de verfügbar.

26./27.11.2012, Nürnberg, Kath. Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus

Verantwortung für eine wohnortnahe Grundversorgung. Neue Handlungsfelder für soziale Infrastrukturen in ländlichen Regionen

Die Anforderungen an eine wohnortnahe soziale Infrastrukturversorgung sind in ländlichen Regionen besonders groß. Diskutiert wurde, welche Funktion und welche spezifischen Aufgaben Kirchengemeinden, ihre verbandlichen Strukturen und kirchliche Wohnungsunternehmen bei der Entwicklung von Ortsteilen und Dorfgemeinschaften in kleinen Städten und Gemeinden übernehmen können und sollen. Handlungsfelder und Herausforderungen im Hinblick auf eine zukünftige regionale Daseinsvorsorge wurden aufgezeigt.

23./24.11.2012, Ev. Akademie Hofgeismar

Am besten gemeinsam. Partnerschaftlich für eine integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung

Integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung gelingt, wenn verschiedene Fachpolitiken in einem abgestimmten Handlungskonzept gebündelt werden können, wie z.B. im Programm „Soziale Stadt“. Analysiert und diskutiert wurden aktuelle Herausforderungen, die Rolle unterschiedlicher Akteurslogiken sowie Anforderungen an Verwaltung im System Bund-Länder-Kommune. Forderungen zur Verstetigung integrierter Stadtentwicklung konnten formuliert werden.

16./17.11.2012, Landau, Ev. Akademie der Pfalz

Menschenfreundliche Stadt. Kommunale und kirchliche Strategien zur urbanen Entwicklung

Kirchliche und diakonische Strukturen und Akteure sind intensiv mit dem sozialen Nahbereich der Bürger verwoben. Präsenz und Erfahrungsschatz prädestinieren sie als strategischen Partner von Kommunen, der sich auch vor Ort politisch positionieren muss. Es geht dabei um die Gestaltung der Infrastruktur im sozialen Nahbereich in Zusammenarbeit mit anderen sozialen Netzwerken. Im Rahmen einer Denkwerkstatt wurden Chancen und Schwierigkeiten solcher Allianzen diskutiert – auch als Grundlage für einen geplanten regionalen „Zukunftskongress Kommune und Kirche“.

01./02.11.2012, Ev. Akademie Meißen

»Kirche mitten drin«. Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden. Die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort

Die weitere Öffnung in die säkulare Gesellschaft folgt dem Verständnis von Kirche(n) und Diakonie, „mitten drin“ und damit vor Ort für jedermann präsent zu sein. Herausgearbeitet wurden Ansatzpunkte für eine gemeinsam zu leistende und zukunftstaugliche Arbeit im Quartier bzw. dem Gemeinwesen. Kommunikation auf Augenhöhe und allseitiger Wissenstransfer innovativer Praxiserfahrungen wurden als wichtige Voraussetzungen gelingender Zusammenarbeit benannt.

31.08./01.09.2012, Gelsenkirchen & Mülheim/Ruhr, Kath. Akademie „Die Wolfsburg“

Verantwortung im Stadtteil teilen. Kirche in neuen Bündnissen vor Ort

Die Tagung brachte Stimmen aus Kirche und Politik, Verwaltung, Wohnungswirtschaft und Wissenschaft zusammen, um die Bedingungen sozialer Stadtentwicklung und unkonventionelle lokale Bündnisse zur Stadtteilentwicklung zu diskutieren. Die Erfahrungen bei der Weiterentwicklung eines evangelischen Gemeindezentrums zu einem Stadtteilzentrum in Gelsenkirchen-Hassel mit dem Aufbau einer Bürgerstiftung lieferten die Grundlage für die anschließende Reflexion über neue Modelle der Kooperation zwischen Kirche und Kommune.

16./17.08.2012, Stralsund-Grünhufe, Ev. Akademie der Nordkirche

Mitten im Leben – Sozialräume gestalten. Kirche und Diakonie als zivilgesellschaftliche Akteure

Angesichts der demografischen und sozialen Bedingungen Mecklenburg-Vorpommerns wurde deutlich, dass eine intensive Vernetzung zivilgesellschaftlicher und öffentlicher Akteure und Initiativen zur Sicherung nachhaltiger Strukturen sozialen Lebens unerlässlich ist. Im Mittelpunkt standen die Potenziale kirchlich getragener Nachbarschaftszentren, die sich für alle Bürger im Quartier öffnen und damit verlässlich als „An-dockstation“ für gesellschaftliche Prozesse agieren.

18.-20.05.2012, Bad Herrenalb, Ev. Akademie Baden

Stadt macht Zukunft. Handlungsfelder einer sozialen Stadtentwicklung

Als integrierend wirkende Handlungsfelder auf dem Weg zu einer sozialen Stadt, die im demokratischen Sinne allen Bewohnern Mitwirkung und Teilhabe ermöglicht, wurden herausgestellt: der Aufbau von Bildungslandschaften im Quartier, das Angebot neuer Wohnformen sowie die Unterstützung von Prozessen der bürgerschaftlichen Selbstorganisation. Es gilt die Kirche vor Ort als einen „Möglichkeitsraum“ zu begreifen, wo Fremde ohne Vorbehalt einander begegnen, Milieugrenzen überwunden und Formen eines neuen Zusammenhalts erlebt werden können.

02./03.02.2012, Ev. und Kath. Akademien zu Berlin

Wie viel Kirche braucht die Stadt? Moderne Subsidiarität und die diakonische Dimension der Kirchen im Gemeinwesen

Diese Veranstaltung galt zunächst der öffentlichen Diskussion und Präsentation der Positionen und Beiträge, die die Kirchen und ihre Einrichtungen zur Weiterentwicklung des Gemeinwesens und der Nationalen Stadtentwicklungspolitik einbringen. Im weiteren Verlauf wurden die gesellschafts- und fachpolitischen Herausforderungen vertiefend reflektiert, die sich aus veränderten gesellschaftlichen Strukturen für die zukünftige Arbeit im Gemeinwesen bzw. Sozialraum ergeben. Um diese Aufgaben zu bewältigen, bewegen sich Kirchengemeinde, Bürgergemeinde und Wohlfahrtsorganisationen neu aufeinander zu.

16.02.2012, Hamburg, Ev. Akademie der Nordkirche

Arbeiten in Hamburg. Entwicklungen und soziale Folgen. 3. Konferenz zur sozialen Spaltung

Die Veränderung der Arbeitswelt hat zu einer starken Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse geführt. Diskutiert wurde eine zentrale Folge dieser Entwicklung: die wachsende soziale Spaltung der Gesellschaft, weil Erwerbsarbeit unter diesen Bedingungen zu Armut führt und soziale Integration behindert. Neben der sozialen Ausgrenzung war die Entsolidarisierung der Stadtgesellschaft ein Thema.

01.12.2011, Ammersbek, Ev. Akademie der Nordkirche

Quartier. Gemeinde. Sozialraum. Über die Bedeutung des Lokalen

Kirchengemeinden und diakonische Einrichtungen gehören zum städtischen Leben. Aber sind die Kirchengemeinden, die kirchlichen Werke und die diakonischen Einrichtungen wirklich aktiver, gestaltender Teil der Stadt oder sind sie primär auf ihre Mitglieder, auf ihre Klientel bezogen? Diskutiert wurde, wie sich Gemeinden im Stadtteil wahrnehmen und wie aktiv sie sich bei Fragen der Stadtteilentwicklung einbringen. Deutlich wurde, dass der Grad der Öffnung einer Gemeinde in den Stadtteil stark von den örtlichen Gegebenheiten abhängt, insbesondere aber von personellen Konstellationen.

06./07.10.2011, Fulda, Kath. Akademie Bonifatiushaus

Eine inklusive Stadt entsteht

Inklusion, d.h. die umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben, erfordert zu ihrer Umsetzung die Mitwirkung der gesamten Bürgerschaft, ihrer Institutionen und u.a. auch der Kirchen. Wege einer sozialraumorientierten Stadtentwicklung wurden diskutiert. Wie müssen Stadtteile umgestaltet werden, damit eine Teilhabe jedes einzelnen Menschen gelingen kann? Im Vordergrund stand dabei die Vision, ein Zusammenleben zu ermöglichen, das von gegenseitigem Respekt und Vertrauen sowie der gesellschaftlichen Wertschätzung von Vielfalt geprägt ist.

30.09./01.10.2011, Ev. Akademie Villigst

Kommune und Kirche im urbanen Raum. 2. Villigster Kongress

Um die Stadt als Sozialraum zu erfassen, wurden die Herausforderungen einer nachhaltigen Stadtentwicklung mit ihren wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Aspekten verdeutlicht. Gegenwärtige und zukünftige Beiträge von Kommune und Kirche zur Förderung einer sozialen Stadt wurden vorgestellt. Kirche als konstruktiver Faktor städtischen Lebens kann dabei in einem Netzwerk bürgerlichen Engagements und in gesellschaftlicher Verantwortung die Lebensdienlichkeit der Stadt fördern.

09./10.09.2011, Ev. Akademie Hofgeismar

Soziale Wohnungspolitik. Herausforderungen für Staat und Kommune, Wirtschaft und Zivilgesellschaft

Ausgelotet wurden die Bedingungen sozialer Wohnungspolitik in Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf. Der dortige Wohnungsbestand unterliegt aufgrund fortschreitender Privatisierung immer stärker den Verwertungsinteressen privater Investoren und erfordert neue Strategien von Bund, Ländern und Kommunen zur Sicherung sozialen Wohnens. Die Rolle der Wohnungswirtschaft als stadtpolitische Akteurin sowie gemeinsame Handlungsansätze von Staat und Kommune, Wirtschaft und Zivilgesellschaft wurden diskutiert.

Dr. Wolfgang Beer

Evangelische Akademien in Deutschland e. V., Berlin



„Die Tagung wird Folgewirkungen haben!“

Anmerkungen zur Veranstaltungsplattform

Im Rahmen der Veranstaltungsplattform *Kirche findet Stadt* fanden 2011 und 2012 insgesamt 13 Tagungen an acht Evangelischen und vier Katholischen Akademien statt. Kooperationspartner der beteiligten Akademien waren neben der Diakonie Deutschland und dem Deutschen Caritasverband unterschiedliche städtische und andere öffentliche Einrichtungen, wissenschaftliche Institute, zivilgesellschaftliche Organisationen wie Stiftungen und Stadtteilinitiativen sowie Wohnungsbaugesellschaften.

Die Veranstaltungsplattform im Rahmen des Projekts *Kirche findet Stadt* verfolgte die Zielsetzung, Kooperationsmöglichkeiten der unterschiedlichen Akteure gemeinsam zu diskutieren, erfolgreiche Kooperationsansätze vorzustellen und sich mit noch vorhandenen Hemmnissen einer gelingenden Zusammenarbeit auseinanderzusetzen. Die Tagungen haben die Debatte um das Verhältnis von Kirche und Stadt nachhaltig beeinflusst. Dies gilt sowohl für den binnenkirchlichen Diskussionsprozess in den Landeskirchen und Diözesen als auch für den säkularen Diskurs. Die Tagungen vermochten es, Entscheidungsträger aus dem kirchlichen und städtischen Raum zusammenzubringen, etwa zu Fragen sozialräumlicher Orientierung, zu den Folgen der demografischen Entwicklung und den Problemen in der sozialen Infrastruktur – in Flächenstaaten auch des ländlichen Raumes. Die Tagungen leisteten einen wichtigen Beitrag zur innerkirchlichen und kommunalen Vernetzung der Akteure. Konkrete Verabredungen über Kooperationen und einen kontinuierlichen Austausch zwischen kirchlichen Ebenen und Landesministerien bzw. -behörden, Kommunen

und Kreisen sind an verschiedenen Orten unmittelbare Ergebnisse der Akademietagungen. Ein wichtiges Element war die Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise in den fachlichen Dialog. Auch in diesem Feld gab es Verabredungen zur weiteren Kooperation.

Zwar sind durch die Tagungen des Projektes nicht genuin neue Zielgruppen für die Akademiearbeit erschlossen worden. Es ist aber gelungen, unterschiedliche Zielgruppen miteinander ins Gespräch zu Fragen der Gemeinwendiakonie und Stadtentwicklung zu bringen. Einen wichtigen Faktor stellten hier die Akteure zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen dar. In Einzelfällen ist dabei die Initiierung von Aktionsbündnissen zur Stadtentwicklung gelungen. Insgesamt ist die Sensibilität für das Thema und die Potenziale, die in Dialogen und Kooperationen zwischen kirchlichen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren liegen, gewachsen. In einigen Fällen sind auch Wohnungsbaugesellschaften in den Dialog eingeschlossen.

Die insgesamt positiven Kooperationserfahrungen, die alle Beteiligten miteinander gemacht haben, werden absehbar dazu führen, dass die Kooperationen in unterschiedlicher Form fortgesetzt werden. So planen fast alle der beteiligten Akademien für 2013 Folgeaktivitäten in unterschiedlichen Formaten. Das Spektrum reicht dabei von Tagesveranstaltungen, vertiefenden Folgetagungen zu konkreten Umsetzungen und Fachgesprächen mit Bürgermeistern und Pastorinnen und Pastoren über ein Bistumsforum oder einen Zukunftskongress Kirche/Kommune bis zu konkreten Aktionsbündnissen vor Ort.



Prof. em. Dr. Udo Fr. Schmäzle OFM
Universität Münster

Kirchen als Solidaritätsstifter

„Kirche findet Stadt“, dieser Titel steht für ein Programm. „Kirche“ zieht sich nicht zurück, sondern mischt sich als zentraler Akteur in die soziale Gestaltung der Zivilgesellschaft ein. Die Dynamik dieses Programmes verändert nicht nur die Gesellschaft, sie ergreift auch die Kirchen mit ihren Gemeinden und Werken. Während Sigmund Freud noch vor hundert Jahren mit dem Ende des konfessionell verfassten Christentums rechnete, sehen heute Politiker und Stadtteilplaner „in den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden mit ihren ortsansässigen Gemeinden (...) dauerhaft selbsttragende Strukturen“ bei der Arbeit an der „Sozialen Stadt.“¹ Mit diesem Potenzial rechnen auch die Autoren des „Berliner Memorandums“ bei dem Aufbau von „stabilen, dauerhaften, verlässlichen und belastbaren Entwicklungspartnerschaften.“²

Sind die Kirchen mit ihren Gemeinden, mit ihren diakonischen und caritativen Werken überhaupt bereit und fähig, sich auf solche Partnerschaften einzulassen, oder konzentrieren sie lieber ihre Kräfte auf das so genannte „geistliche Geschäft“? Viele Gemeinden folgen bis heute der Empfehlung Luhmanns³, „bei ihren eigenen Leisten zu bleiben“ und sich nicht

„gesellschaftssanitär“ zu verzetteln. Damit ist in aller Kürze das Spannungsfeld umrissen, in dem sich die Akteure des ökumenischen Projektes *Kirche findet Stadt* bewähren mussten. Dabei ist uns hinreichend bekannt, dass Kirchenleute und Theologen anders „ticken“ als Politiker und Sozialwissenschaftler. Frauen und Männer aus beiden Lagern haben in diesem Projekt zusammengearbeitet. Beide Gruppen sind von ganz unterschiedlichen „Treibsätzen“ motiviert. Beide bringen ganz unterschiedliche Erfahrungen und Kompetenzen mit. Die folgenden Thesen beschäftigen sich mit der Situation im theologischen Lager.

1. Das biblische Mandat verpflichtet.

Bereits der Prophet Jeremia ruft den Verbannten in Babel zu: „Bemüht Euch um das Wohl der Stadt, in die ich euch weggeführt habe, und betet für sie zum Herrn, denn in ihrem Wohl liegt euer Wohl“ (Jer 29,7). Er ermutigt das verschleppte Volk Israel, sich in der Fremde nicht abzusondern, sondern sich in der Stadt zu engagieren: „In ihrem Wohl liegt euer Wohl!“ Die Bibel kennt von Anfang an die Versuchung von Frommen und Gottesfürchtigen, sich in ihren Gemeinden zu verkriechen und im stillen Kämmerlein die böse Welt vor Gott zu beklagen. Dabei macht sich dieser Gott, zu dem solche Menschen voller Inbrunst beten, von Anfang an zum Anwalt der Opfer von Ungerechtigkeit und Gewalt. Im Buch Genesis ruft Jahwe Kain zu: „Das Blut Deines Bruders Abel schreit zu mir vom Ackerboden“ (Gen 4,

1 Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW: Gemeinsam für den Stadtteil. Kooperation von Freier Wohlfahrtspflege und Kommunen zur Stabilisierung benachteiligter Quartiere. Düsseldorf 2004, S. 144

2 BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit: Berliner Memorandum – Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken. Berlin 2009, S. 16

3 Niklas Luhmann: Funktion der Religion. Frankfurt/M. 1982, S. 56 ff.

10). Das Bundesbuch warnt vor der Ausbeutung von Waisen und Witwen: „Wenn Du sie ausnützt und sie zu mir schreien, werde ich auf ihren Klageschrei hören“ (Ex 22, 22). Es bleibt in der Bibel nicht bei Appellen. Mose bekommt dies bei seiner Berufung in Ägypten zu spüren: „Ich habe das Elend meines Volkes gesehen und ihren Schrei gehört. Ich kenne ihr Leid (...) Jetzt geh! Ich sende Dich zum Pharao!“ Zu deutsch: Misch dich ein und befreie mein Volk! Die deutlichste Warnung vor der frommen Versuchung finden wir am Ende des Matthäusevangeliums, wenn der Evangelist das Szenario des Weltgerichts mit dem wiederkommenden Christus eröffnet, der sich mit den Durstigen, Fremden, Nackten, Kranken und Gefangenen solidarisiert (Mt 25, 35-37). Selbst Derrida und Levinas⁴ kennen dieses biblische Mandat und berufen sich auf die biblische Tradition der „Asylstädte“ (Dt 4, 41-43), wenn es darum geht, neue Formen der „hospitalité“ und eine „Ethik der Gastfreundschaft“ für Migranten, Asylsuchende und Heimatlose zu entwickeln, die heute an den Rändern unserer Länder und Metropolen landen.

2. Das Bodenpersonal in Gemeinden und Verbänden muss sich positionieren!

Beide Kirchen sind mit ihren Gemeinden und Verbänden in unseren Städten und ländlichen Regionen noch präsent. Beide befinden sich jedoch in den letzten Jahrzehnten in einem gewaltigen Umbruch. Dieser Umbruch betrifft nicht nur Finanzen und Personal. Viele Kirchengemeinden ringen um ihr spirituelles Profil und wissen nicht mehr, was in den gegebenen Unübersichtlichkeiten ihr Kerngeschäft ist.

Wie die Gemeinden dieses Kerngeschäft zwischen den Koordinaten Liturgie, Mystik und Diakonie positionieren, davon hängt ganz entscheidend ab, ob sie sich an den Aktivitäten des Projektes *Kirche findet Stadt* beteiligen. Viele Gemeinden delegieren soziale Problem-

lagen an die „Zweitstruktur“ und machen Politik, Diakonie und Caritas für die Missstände in ihren Stadtteilen verantwortlich. Wir sind in beiden Kirchen immer noch mit einem diakonalen „Blackout“ bei Hauptamtlichen und Gemeindemitgliedern konfrontiert. Auslöser für diesen „Blackout“ sind berufliche und spirituelle Selbstkonzepte, in denen das angesprochene biblische Mandat zum diakonalen Handeln unterentwickelt oder ausgeblendet bleibt. In den bislang empirisch untersuchten Sozialraumprojekten hat sich gezeigt, dass zentrale Initiativen nicht von den Hauptamtlichen in Gemeinden und Verbänden ausgingen, sondern von solchen Männern und Frauen getragen wurden, die aus der Mitte von Gemeinden kamen und als Christinnen und Christen einfach nicht mehr zulassen wollten, dass Menschen in ihrer Stadt immer stärker ins soziale Abseits gedrängt wurden.⁵

Vor dem Ökumenischen Kirchentag in München hat Gerhard Nachtwei⁶ für die beiden Kirchen die Devise ausgegeben: „Die Kirche von morgen wird eine mystische Kirche sein, oder sie wird nicht mehr sein!“ Kennzeichen dieser „mystischen Kirche“ ist der Versuch, „Kirche“ in den gegebenen ökumenischen Verwerfungen „vom größeren Gott her zu denken“. Wenn Gemeinden aus dieser Devise eine Pastoral „Gott pur“ machen und nur auf das rein geistliche Geschäft mit Sakramentspendung, Liturgie und Gottesdienst setzen, landen sie in einer Sackgasse und werden – dem Sprachspiel eines Regionaldekans folgend – „auf den Altären ihrer Kirchen verdampfen“. Gibt es dazu eine Alternative?

3. Diakonie hat ihren Glutkern in der Mystik.

In jüdisch-christlicher Tradition ist Jahwe Anwalt und Berufungsinstanz von Wehrlosen

⁵ Udo Fr. Schmälzle, in Zus.arbeit mit St. Schürmeyer, T. Gunne-
mann, M. Therre, A. Honnacker: Menschen, die sich halten –
Netze, die sie tragen. Analysen zu Projekten der Caritas im
lokalen Lebensraum. Münster 2009, 2. A., S. 499 ff.

⁶ Gerhard Nachtwei: Zukunft der Ökumene. In: Diakonia 1,
2009

⁴ Emmanuel Levinas: Jenseits des Buchstabens, Bd.1: Tal-
mud-Lesungen. Frankfurt/M., 1996, S. 57

und Ausgebeuteten. Die Bereitschaft zur Begegnung mit den Armen öffnet den Weg zur Gottesbegegnung. Mystik und Diakonie sind damit fundamental aufeinander verwiesen. Franz von Assisi macht seine Bekehrung zum Evangelium im Testament am Ende seines Lebens an der Begegnung mit dem Aussätzigen vor den Toren der Stadt Assisi fest. Die Christumystik einer Elisabeth von Thüringen hat dieselben Wurzeln.

Soziale Stadtentwicklung nimmt Menschen in den Blick, die benachteiligt sind, „denen häufig nichts zugetraut wird und die sich selbst wenig zutrauen“ (Berliner Memorandum). Diese „Option für die Armen“ ist auch die Option der Bibel. „Nur meine Bereitschaft auf den Nächsten zuzugehen (...) macht mich fühsam Gott gegenüber.“⁷ Für Ulrich Bach⁸ gibt es nicht die von Moltmann⁹ geforderte „doppelte Bruderschaft“ in der Gemeinde mit „Glaubenden und Armen“. Für ihn gibt es nur eine Bruderschaft in Christus. „Christus wird niemand Bruder sein, der ihn in den Geringssten verleugnet.“ In der Begegnung mit diesen Menschen aus nichtbürgerlichen Milieus, aus anderen Konfessionen und Religionen liegt die Zukunft der Gemeinden.

In den Kirchengemeinden schlummert ein soziales und spirituelles „Kapital“, das bei der Bewältigung aktueller sozialpolitischer Herausforderungen und Ohnmachtserfahrungen zum Tragen kommen kann. In den untersuchten Sozialraumprojekten sind wir in den Gemeinden immer wieder auf folgende Haltung gestoßen: „Den Menschen in diesem Stadtteil können wir eh nicht helfen! Also fangen wir erst gar nicht an!“ Wenn es jedoch gelang, an die Ressourcen in diesen Menschen zu glauben und sie zu mobilisieren, konnten Probleme angepackt werden, vor denen Politik und Kirche bislang kapitulierten.

7 Benedikt XVI.: Gott ist die Liebe. Die Enzyklika *Deus caritas est*. Freiburg 2006

8 Ulrich Bach: *Dem Traum entsagen, mehr als ein Mensch zu sein*. Neukirchen 1986, S. 83

9 Jürgen Moltmann: *Neuer Lebensstil*. München 1977, S. 127

Wenn wir in schwierigen Situationen nicht nur auf die erprobten Konzepte und Kompetenzen – sozusagen auf das, was wir können – setzen, sondern mit dem „Geist“ rechnen, der Christinnen und Christen gerade dann zugesagt ist, wenn sie mit ihrem Latein am Ende sind, dann kommt im „Empowerment“ eine spirituelle Dimension ins Spiel, die hilft, in Ohnmachts- und Grenzerfahrungen nicht sofort zu kapitulieren. Wenn der Psychiater Dörner im Blick auf seine Klientel auf diese „power“ zu sprechen kommt, beginnt er zu schwärmen: „Man stelle sich nur einmal vor, die für die ausgeladenen Hilfsbedürftigen einer Region zuständigen diakonischen Profis kehrten gemeinsam mit ihnen in die Region zurück und vereinigten sich mit den dortigen Kirchenbürgern; das ergäbe ein kaum zu schlagendes Modell an Bürger-Profi-Mix, Ressourcendichte und damit an kommunaler Lebendigkeit.“¹⁰

4. Die Kirche von morgen wird eine diakonische Kirche sein, oder sie wird nicht mehr sein!

Die historischen Fakten sind eindeutig. Christliche Gemeinden mussten in der Geschichte sich dann nicht um ihre Zukunft sorgen, wenn sie sich in kritischen Phasen auf die Seite der Menschen geschlagen haben, die im biblischen Mandat angesprochen wurden. Umgekehrt haben die beiden christlichen Kirchen mit ihren Gemeinden immer dann ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt, wenn sie ihre Interessen mit Mitteln der Macht auf Kosten von Menschenleben verfolgten. An den Folgen der Konfessionskriege leiden wir bis heute. Gemeinden, die sich um das Schicksal von Menschen kümmern, die in ihrem Raum leben, bekommen ihre Zukunft geschenkt. Auch für sie gilt die Verheißung im Buch Jeremia: „In ihrem Wohl liegt Euer Wohl“. Dabei geht es weder um eine gesellschaftssanitäre Instrumentalisierung von Diakonie und

10 Klaus Dörner: *Leben und sterben, wo ich hingehöre. Dritter Sozialraum und neues Hilfesystem*. Neumünster 2007, S. 11

Caritas, noch um einen diakonalen Schleichweg bei der Lösung der spiritueller-liturgischer Akzeptanzkrise der Kirchen in der Gegenwart, sondern es geht um die Aktualisierung des biblischen Mandats schlechthin. Eine Kirche, die nicht dient, dient zu nichts und gibt sich selbst auf. Bereits Delp und Bonhoeffer haben noch vor dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Terrorregimes ihren Kirchenleitungen in diesem Sinne ins Gewissen geredet.

5. Den „schlafenden Riesen“ wecken und das Potenzial von Netzwerken nutzen!

Nicht nur die Kirchen befinden sich im Umbruch, auch in der Sozialpolitik sind wir mit einem Paradigmenwechsel im Blick auf die leitenden Strukturmaximen konfrontiert:

- » weg vom Fall-, hin zum Raumprinzip;
- » weg von der Zentralisierung, hin zur Regionalisierung;
- » weg von der Komm-, hin zur Geh-Struktur;
- » weg von der Defizit-, hin zur Ressourcenorientierung;
- » weg vom Planstellenkarussell der Hauptamtlichkeit, hin zu neuen Formen der Kooperation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen.

Wenn in diesem sich gegenwärtig beschleunigenden Paradigmenwechsel nicht Kinder und Jugendliche, alte Menschen, Pflegebedürftige, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger auf der Strecke bleiben sollen – was vielfach schon der Fall ist –, dann müssen vor Ort neue soziale Netzwerke aufgebaut werden, die für alle Akteure der Zivilgesellschaft offen sein sollten. In der Tat sind an vielen Orten einzelne Christinnen und Christen, aber auch Kirchengemeinden gemeinsam mit anderen Einrichtungen in Vorleistung getreten und haben für entsprechende Aktivitäten im Sozialraum als Solidaritätsstifter die Lunte gelegt.¹¹ Kirchengemeinden, Akademien, Bildungswerke, Diakonie und Caritas können zu Agenturen für neue Formen eines

„Bürger-Profi-Mix“ werden, an dem sich auf breiter Ebene auch Menschen aus anderen Religionen und zivilgesellschaftlichen Gruppierungen beteiligen.

Nur über solche umfassenden Netzwerke wird es zukünftig möglich sein, von der Basis aus den Druck auf Parteien und ihre Politiker so zu mobilisieren, dass sie gezwungen sind, auch in der Sozialpolitik neue Prioritäten zu setzen. Wenn dies nicht geschieht, dann verkommen alle diese neuen Formen einer aktivierenden Sozialarbeit sehr schnell zur Arbeit an Symptomen, ohne die fundamentalen Wurzeln sozialer Ungerechtigkeit zu beseitigen.

6. Kirchliche Wohlfahrtsverbände müssen zu Praxisagenturen werden.

Nicht nur die Kirchengemeinden sind gefordert, auch die kirchlichen Wohlfahrtsverbände müssen sich verändern. Während im traditionellen Wohlfahrtsstaat die freien Verbände die Interessen ihrer Klientel als anwaltlich agierende Diskurs- und Lobbyagenturen gegenüber dem Staat verteidigten, sind sie in einem „aktivierenden Sozialstaat“¹² als „Praxisagenturen“ herausgefordert. Dabei bekommt die exemplarische Projektarbeit eine ganz besondere Bedeutung. Es kommt nicht nur darauf an, an den Staat zu appellieren und Forderungen zu stellen, sondern es muss aufgezeigt werden, wie Menschen dazu ermächtigt werden können, sich selbst zu vertreten, um die verloren gegangene Souveränität über die eigene Lebensgestaltung wieder zurückzugewinnen. Die Glaubwürdigkeit von kirchlichen und nicht-kirchlichen Lobbyaktivisten wird zukünftig in der plural verfassten Zivilgesellschaft sehr stark davon abhängen, wie es selbigen gelingt, exemplarisch zu zeigen, dass ihre Forderungen umzusetzen sind, wenn die Politik entsprechende Rahmenbedingungen schafft. Nur auf diesem Weg werden auch die Kirchen mit ihren Werken weiter Solidaritätsstifter bleiben können.

11 vgl. Schmälzle 2009; ferner: Eugen Baldas (Hg.): Community Organizing: Menschen gestalten ihren Sozialraum. Freiburg 2010

12 Norbert Wohlfahrt: Aktivierender Staat. Freie Wohlfahrtspflege und Bürgergesellschaftliches Engagement, in: Soziale Arbeit 3, 2003, S. 11-18



Oberkirchenrätin Cornelia Coenen-Marx
Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Hannover

Teilen und teilhaben – Gemeinden im Quartier

Im Stadtteil fände sich „das Ensemble der Oper“, hat der Theologe Ernst Lange schon in den 1970er Jahren geschrieben, als er die Ladenkirche in Spandau gründete. Die Ladenkirche wurde zum Vorbild für eine Vielzahl von Stadtteilläden und Quartiersprojekten von Kirche und Diakonie. Sie gehört zu den Wurzeln der Gemeinwesendiakoniebewegung, die heute für eine stärkere Orientierung diakonischer Angebote an sozialräumlichen Gegebenheiten, aber auch für eine vertiefte Zusammenarbeit von Kirchengemeinden und diakonischen Einrichtungen steht – und schließlich für eine Öffnung zu anderen zivilgesellschaftlich relevanten Gruppen. Gemeinwesendiakonie lässt sich ein auf das milieu-übergreifende und interkulturelle Zusammenleben in Städten und Gemeinden und trägt damit zur Erneuerung der Subsidiarität bei. Wenn es gut geht, ist „Kirche mittendrin“ und übernimmt Mitverantwortung in Kiez, Quartier und Viertel.

Auch bei Ernst Lange kam die „Wohnwelt“¹ in den Blick: „Hier wird konsumiert, auch öffentliche Meinung konsumiert, hier ist der Ort gegenseitiger Befreiung oder gegenseitiger Zerstörung in den Geschlechterbeziehungen, hier werden kleine Kinder erzogen oder deformiert, hier vereinsamen alte Menschen, grüne Witwen und enttäuschte Adoleszenten. Warum um Gottes Willen denkt die Kirche so gering von diesem Wirkraum?“ Tatsächlich manifestieren sich Prozesse wie der demografische Wandel und die Veränderung von Familien-

strukturen, Vereinzelung und gesellschaftliche Spaltung auch in den Kirchengemeinden. Sie werden sichtbar in den Zahlen von Taufen und Beerdigungen, sie werden spürbar in den Tageseinrichtungen und Diakoniestationen, bei den Tafeln und in den Konfirmandengruppen. Unsere Gemeinden sind zumeist Mittelschichtgemeinden; Christen übernehmen soziale Verantwortung, aber „aus der Sicht der von unzureichenden Teilhabemöglichkeiten betroffenen Menschen (...) zählen die Kirchen zu denen, mit denen man zwar unter bestimmten Bedingungen etwas zu tun hat, zu denen man aber nicht gehört und in denen man sich deshalb auch nicht betätigt. Die Gründe für diese mangelnde Beteiligung liegen in erheblichen emotionalen, kulturellen und sozialen Distanzen“; heißt es in der „Armutsdenkchrift“ der EKD.

Wie sich diese Distanzen überwinden lassen, ist eine der Schlüsselfragen für die Zukunft der Kirche wie der Gesellschaft. Eine Studie von 2006 über das bürgerschaftliche Engagement der Kirchen in Glasgow unter dem sprechenden Titel „The Salt of the Earth“² zeigt das überdurchschnittliche Engagement der Gemeinden: 315 Kirchengemeinden organisierten fast 2.400 Aktivitäten – in Bildung und Beratung, in sozialen Projekten und Kunstausstellungen wie auch in der Gesundheitsfürsorge. Dabei fand sich eine überproportional

1 Ernst Lange: Sprachschule für die Freiheit. Bildung als Problem und Funktion der Kirche. München 1980, S. 150

2 vgl. Arnd Bauerkämper, Jürgen Nautz (Hg.): Zwischen Fürsorge und Seelsorge. Christliche Kirchen in den europäischen Zivilgesellschaften seit dem 18. Jahrhundert. Frankfurt/New York 2009, S. 57

hohe Beteiligung der Kirchen in den Armutsquartieren. Auch andere Glaubensgemeinschaften leisten einen überdurchschnittlich hohen Beitrag für den Zusammenhalt. Entscheidend ist, dass sie in der Lage sind, mit anderen zusammen Ziele zu setzen und zu akzeptieren, dass ihre Mitglieder sich nicht nur in der eigenen Organisation engagieren. Die Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Initiativen und anderen Trägern im Gemeinwesen zu verbessern und dabei die Bedürfnisse von Betroffenen besser wahrzunehmen, das ist auch für die Diakonien der EKD von 1998 entscheidend. Nächstenliebe überschreitet Grenzen – zwischen den Stadtteilen, zwischen Autochthonen und Zugewanderten, zwischen denen, die in den Arbeitsmarkt integriert sind, und denen, die keine Chance haben. Grenzen zwischen Männern und Frauen, die voll in ihrem Job aufgehen, und denen, die Kinder oder Pflegebedürftige zu versorgen haben. Grenzen zwischen Steuerbürgern und Transferempfängern, zwischen den „Opfern“, von denen Ernst Lange sprach, den Hilfebedürftigen und den Helfern. Grenzen aber auch zwischen Kirche und Diakonie.

Vor zwei Jahren wurde die Eröffnung der „Woche für das Leben“ in St. Nicolai in Lüneburg gefeiert. Da war eine bunte Gemeinde zusammen: Mütter mit ihren Kindern auf dem Arm, ältere Menschen mit ihren rollenden Gehhilfen, behinderte Menschen mit Rollstühlen. Ein Chor aus Lobetal inszenierte den Sonnengesang des Franz von Assisi, der das Leben lobt in all seinen Facetten: die Sonne und die Dunkelheit, Glück und Schmerz, die Liebe und den Tod. Die jungen Leute aus dem Chor, die mit großer Begeisterung klatschten und sangen, hatten große Bildtafeln mitgebracht, dazu Trommeln und Schellen. Ein querschnittsgelähmter junger Mann, der nur mit Mühe sprechen konnte, war der Stichwortgeber: „Sonne“, sagte er leise ins Mikro. Und: „Feuer“ und „Tod“. Ich erinnere mich an die Mutter, die sich am Ende unter Tränen für den Gottesdienst bedankte: Sie trug ein kleines Mädchen mit Downsyndrom auf dem Arm und an ihrem Mantel heftete der

Button, den alle zu Beginn des Gottesdienstes bekommen hatten: „Jeder Mensch gilt“.

Das war das Motto von Ulrich Bach, der nach einer schweren Polio-Erkrankung zeitlebens auf den Rollstuhl angewiesen war. „Wir sind ein buntes Völkchen“, schrieb er einmal. „Die einen müssen liegen, einige dürfen schon sitzen, andere sind nicht so behindert – sie können andere Leute schieben. Das alles ist so. Das macht Schmerzen. Nichts davon wollen wir vertuschen. Und dennoch: Obwohl hier Behinderte und Nichtbehinderte beisammen sind – nicht als Behinderte und Nichtbehinderte sind wir beisammen, sondern als Gemeinde des dreieinigen Gottes. Fragt nicht in erster Linie, was ihr könnt oder nicht könnt. Hört, was Gott Euch sein lässt“. Um Christi willen sind wir alle Gottes Ebenbild – ganz gleich, mit welchen Grenzen und Beeinträchtigungen wir leben. Und wenn die christliche Kirche der Leib Christi ist, dann gehören selbstverständlich auch die dazu, die schwach und verletzlich sind. „Ohne die uneingeschränkte Integration von Menschen mit Behinderungen kann die Kirche nicht für sich in Anspruch nehmen, Leib Christi zu sein“, heißt es in der ökumenischen Schrift „Kirche aller“. „Ohne die Erkenntnisse derer, die mit Behinderung leben, werden die tiefsten, ureigensten Elemente der christlichen Theologie verfälscht oder verloren gehen.“

So hört es sich an, wenn Menschen die Opferrolle verlassen und ihre Erfahrungen zum gemeinsamen Leben und Glauben beisteuern. Das betrifft nicht nur Menschen mit Behinderung; es gilt genauso für die Erfahrungen Pflegebedürftiger im Alter, für den Beitrag der Wohnungslosen und auch für die Perspektive der Kinder. Was sie uns zu sagen haben, kommt in den Gemeinden zu wenig zur Geltung: Mehr als 150 Jahre Trennung zwischen Kirche und Diakonie in Deutschland haben dazu geführt, dass wir die Armen und Kranken, die Verzweifelten und Hilfebedürftigen nicht als Brüder und Schwestern in den Gemeinden wahrnehmen, sondern sie an Einrichtungen und Dienste delegieren. Hilfebedürftige werden



professionell beraten und begleitet, aber sie werden nicht als Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe wahrgenommen.

„Unser Selbstbewusstsein und unsere Würde verbinden sich mit der Erfahrung, etwas beitragen zu können“, schreibt die Philosophin Martha Nussbaum, die grundsätzlich darüber nachgedacht hat, was es bedeutet, Teilhabe zu ermöglichen. In ihrem Konzept der Gerechtigkeit rückt sie die Würde und die Fähigkeiten jedes einzelnen in den Mittelpunkt.³ Hilfesysteme müssen Teilhabe ermöglichen und die Würde der einzelnen stärken. Sie dürfen sie nicht schwächen, sie dürfen nicht entmündigen. Von diesem Impuls lebte Ende der 1960er Jahre die Auflösung der großen Heime der Jugendhilfe zu kleinen Familiengruppen, das trieb die Gemeindepesychiatriebewegung in den 1970ern und die Hospizbewegung in den 1980ern voran, und es führt seit zehn Jahren zur Ambulantisierung der Behindertenhilfe und zur Veränderung in der Altenhilfe, die Menschen aus den Einrichtungen zurück in die Stadtteile und Gemeinden bringt.

3 Martha C. Nussbaum: Die Grenzen der Gerechtigkeit. Frankfurt/M. 2010

Empowerment statt Entmündigung. Inklusion statt Exklusion. Quartiersarbeit statt Sondereinrichtungen. Die neuen sozialen Bewegungen fordern die traditionellen Strukturen von Kirche und Wohlfahrtspflege heraus. Und sie werden wesentlich von der Bürgergesellschaft getragen. Der gesellschaftliche Wandel vom fürsorglichen Sozialstaat zur aktiven Bürgergesellschaft führt dazu, dass sich Wohlfahrtsverbände wieder verstärkt mit dem Thema Ehrenamt beschäftigen. Aber nicht nur Diakonie und Caritas suchen jetzt Ehrenamtliche zur Ergänzung ihrer professionellen Dienstleistungen, auch Unternehmen entdecken ihre Corporate Social Responsibility und Schulen fördern das Elternengagement, um ihre Arbeit in die Stadtteile zu öffnen. Dabei haben sich auch die Ehrenamtlichen mit ihren Erwartungen verändert. Freiwillig Engagierte bringen soziale und berufliche Kompetenzen ein, sie übernehmen Verantwortung und suchen Freiräume für eigene Gestaltungsmöglichkeiten und für ein zugleich sinnvolles wie selbstbewusstes Tun. Der 3. Freiwilligensurvey der Bundesregierung, der im Herbst 2009 erschien,⁴ zeigt einen deutlichen Wertewandel: weg von der Geselligkeitsorientierung hin zu Gemeinwohlorientierung.

Dabei stellen „Kirche und Religion“ nach „Sport“ und „Bildung“ immer noch den drittgrößten Engagementbereich dar. Trotz aller Diskussionen um die Erosion der Institutionen zeigt sich: Freiwilliges Engagement braucht einen Rahmen für Anregungen und Begleitung, Orte und Rituale, die Kristallisationskerne bilden. Und die Kirchen bieten in Gemeinden, Werken und Verbänden verlässliche und vielfältige Strukturen für freiwilliges Engagement. Manchmal müssen wir uns selbst in Erinnerung rufen, welches Sozialkapital Gemeinden mitbringen – an Kontakten, Netzwerken und Beziehungen. Pfarrerinnen und Pfarrer, Kirchenvorstände und Ehrenamtliche leben im Stadtteil, sie kennen Schulen, Sportvereine, Arztpraxen, den Einzelhandel aus eigenem

4 BMFSFJ: Hauptbericht des 3. Freiwilligensurveys. Berlin 2009

Erleben und können schnell und informell Anknüpfungspunkte finden. Zusammen mit den professionellen Dienstleistungen und dem Unternehmensgeist der Diakonie hat Kirche in den Quartieren viel einzubringen: Lebensweltorientierung und Professionalität, Orientierung an denen, die in die Gemeinde kommen, und denen, die das besondere Engagement der Kirche brauchen.

Damit Kirchengemeinden Caring Communities werden, brauchen wir aber eine neue Theorie des pastoralen Raums. Aus einer Untersuchung über diverse Studien der anglikanischen Kirche zieht Michael Herbst⁵ die Quintessenz, dass möglichst überschaubare Beziehungsnetze zusammen mit der Öffnung nach außen entscheidende Voraussetzungen für wachsende Gemeinden sind. Dabei fällt auf: Das Verhältnis der Kirche zur Kommune ist lange nicht bearbeitet – die Kooperation mit Kommunalpolitik, Sozial- und Jugendhilfeausschüssen, mit dem Bauderzernat – Beziehungen, die oft an andere Ebenen oder die Wohlfahrtspflege delegiert sind. Zu klären ist aber auch das Verhältnis zu Schulen und Vereinen. Angesichts des Ausblutens von Kommunen und des Verlustes an Gemeingütern ist Kirche gefragt, sich bewusst in einen Prozess einzubringen, in dem Subsidiarität neu gestaltet wird. Dabei geht es darum, angesichts der wachsenden gesellschaftlichen Spaltung Zusammenhalt zu gestalten, Milieuverengung zu überwinden, für gerechte Teilhabe einzutreten.

Die erste Christengemeinde in Jerusalem war ein kleines Grüppchen in einer jüdischen, römisch besetzten Stadt. Einer Stadt voller Widersprüche, Unzufriedenheit und Gewalt. Die Gruppe der Jüngerinnen und Jünger war trotz aller Enttäuschungen begeistert von der Vision ihres Meisters: Sie warteten auf die Stadt Gottes, das neue Jerusalem. Aber nach der Kreuzigung Jesu war der Zweifel oft über-

mächtig. Lange hatten sie sich deshalb nicht herausgewagt in das Stimmengewirr der Stadt mit ihren vielen Sprachen und Lebenswelten. Als sie es aber taten, erlebten sie ein Wunder: Sie wurden verstanden. Offenbar gab es eine Sehnsucht in der Stadt, Menschen, die auf ihre Botschaft warteten. So wuchs die Gemeinde – und sie begann, mit anderen zu teilen. Sie hatten nichts zu verlieren, sie mussten sich nicht einrichten in der „alten Wirklichkeit“, so ließen sie los und gewannen. Die Bewegung des unmittelbaren Teilens erzeugte Beteiligung – aus Hilfeempfängern wurden Gemeindeglieder, Männer und Frauen, Reiche und Arme saßen an einem Tisch, Gelähmte kamen auf die Füße und die dazu kamen, ließen sich taufen – und das neue Jerusalem wurde im alten präsent. Was damals geschah, ist auch heute möglich – wo immer Gemeinden sich als Teil des Quartiers entdecken und Teilhabe üben.

⁵ Michael Herbst: Dem „Englischen Patienten“ geht es besser – Was können wir von der Anglikanischen Kirche lernen? In: Wolfgang Nethöfel, Klaus Dieter Grunwald (Hg.): Kirchenreform strategisch. Glashütten 2007, S. 463 ff.



Prof. Dr. Adalbert Evers
Universität Gießen

Kirche findet Stadt, oder: Wie können innovative Projekte wirksamer werden?

Der folgende Essay argumentiert, dass bei Wohlfahrtsverbänden und Kirchen sich ein neues Konzept sozialer Arbeit durchgesetzt hat. Sozialraumorientierung ist eines seiner wichtigen Bestandteile und insofern ist man für Projekte, wie man sie in *Kirche findet Stadt* zu entwickeln sucht, gut gerüstet. Allerdings gibt es zwei problematische Punkte. Der eine von ihnen betrifft ein angemessenes Verständnis der Projekte neuer sozialer Arbeit. Kleinteilig, vor Ort und in begrenzten Projekten geht es nicht nur um konkrete Verbesserungen, sondern um beispielhaftes Handeln, das nicht nur helfen, sondern auch wirksam Zeichen setzen will – für Veränderungen auch im übergreifenden weiteren Rahmen, den Politik und Organisationen setzen. Eine Unterstützung dieser Dimension von Projektarbeit kommt in der Regel zu kurz. Das führt zu der Frage, inwieweit der größere Rahmen kirchlicher und wohlfahrtsverbandlicher Organisationsformen hinlänglich offen und darauf vorbereitet ist, Anstöße aus innovativen Projekten in diesem weiteren Sinn zu unterstützen.

Eine Innovation: Das neue Profil der sozialen Arbeit bei Kirchen und Verbänden

Seit einigen Jahren gibt es bei Kirchen und ihnen nahestehenden Verbänden eine rege Diskussion über Selbstverständnis und Zielsetzungen der eigenen Arbeit. Ob unter der Überschrift „Gemeinwesendiakonie“, „Gemeindediakonie“, „Caritas im pastoralen Raum“, oder der Neubestimmung „diakonischen Han-

delns“ – überall hier finden sich heute im Kern gleichlautende Konzepte. Sie gleichen sich aber nicht nur untereinander, sondern stehen auch im Einklang mit der allgemeinen Neuorientierung in sozialer Arbeit und einer sozialen Stadtentwicklung, die auf Community Development und Stärkung von sozial-räumlichen Konzepten wie solche der Quartiersentwicklung setzt. Das neue Profil sozialer Arbeit, das im Rahmen von Wohlfahrtsverbänden und kirchen-nahen Diskussionen mit entwickelt worden ist, lässt sich in sechs Punkten bündig zusammenfassen:

1. *Subsidiarität erneuern*: Organisationen und Hilfen sollen nicht einfach etwas geben oder Fehlendes ersetzen, sondern in einer ganz bestimmtem Form helfen – so nämlich, dass sie Ressourcen der Adressaten aktivieren; das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe ist aktueller denn je.
2. *Gemeinwesenentwicklung*: Hilfen sollen sich nicht wie in den traditionellen Ansätzen von Krankenhäusern, Arbeitsagenturen oder Heimen und „Bewahranstalten“ an die Klienten als isolierte Einzelpersonen richten, sondern so zugeschnitten sein, dass die im Einzelfall passgenauen Hilfen Bindungen in Familie, Nachbarschaft und zwischen kulturellen Gruppen einbeziehen, nutzen, wieder aufbauen und stärken.
3. *Vernetzt agieren*: Es geht nicht so sehr um Beiträge aus den jeweiligen „Silos“ von Einzelorganisationen, sondern um Hilfebündel; und

nicht einfach um deren professionelle Zusammenstellung, sondern auch um Mitsprache der Adressaten als „Koproduzenten“. Es braucht neue Beteiligungsformen für Einzelpersonen, aber auch für die beteiligten Organisationen aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

4. *Soziales Handeln als Zukunftsinvestition*: Gelder für Seniorenzentren oder Freiwilligenagenturen sind keine Versorgungsleistungen, sondern so etwas wie Investitionen in Lebens- und Beteiligungsformen, von denen man hofft, dass sie sich auf mittlere Sicht auch auszahlen. Dafür braucht es Entwicklungspartnerschaften und nicht nur Beihilfen und monetäre Anreize.

5. *Sozialraumorientierung*: In den Städten verlangt dies eine Überwindung der traditionellen Barrieren, speziell zwischen der räumlichen Planung und den bereichsspezifischen Interventionen der lokalen Sozial- und Wirtschaftspolitik. Sozialraumorientierung meint deshalb auch Kooperation quer durch Ressorts und Sektoren in Bezug auf gemeinsame Ziele in definierten Gebieten und Räumen.

6. *Öffentlichkeitsbezug*: Projekte, in denen man sich bezogen auf Stadtteile und Quartiere in dieser Weise vernetzt, brauchen Ressourcen und Unterstützung aus dem größeren Bezugsraum der städtischen Instanzen und Öffentlichkeit – Werbung für Aufmerksamkeit in alten (lokalen) und neuen (medialen) Netzwerken.

Bei Innovationen geht es nicht nur um neue Praktiken – sie wollen auch „Zeichen setzen“

Neue soziale Arbeit, zumeist kleinteilig und vor Ort, erfährt immer wieder, wie sehr sie abhängig ist, aber auch im Widerspruch steht zu Regeln, Routinen und Ursachen, die aus anderen Feldern und von Seiten des jeweiligen größeren Rahmens kommen. Stadtentwicklung im Quartier wird durch eine Vielzahl kommunaler/staatlicher Politiken geprägt. Ohne eine Veränderung der Sichtweisen und Einstellun-

gen der dort maßgeblichen Entscheider und Professionellen wird der Spielraum vor Ort sehr begrenzt bleiben. Denn hier werden über Regelwerke und Subventionsbestimmungen, aber auch durch eine ganze Kultur des Denkens, Handelns und Organisierens Schwellen und Eintrittsbarrieren gesetzt. In vieler Hinsicht ist den entsprechenden Akteuren die gesamte „Denke“ neuer (kirchlicher) sozialer Arbeit im Sozialraum fremd.

In den Sozial- und Politikwissenschaften diskutiert man das, was hier gerade skizziert wurde, als Frage danach, wie „soziale Innovationen“ in unseren Gesellschaften „diffundieren“ können und wie die Essenz kleinteiliger neuer Projekte durch ein „Scaling up“, eine Vergrößerung und Festigung dieser Ansätze, platzgreifen kann. Es geht um das, was man in anderen Zusammenhängen als Mainstreaming bezeichnet hat. Neue Hilfeformen vor Ort sind schließlich keine Apps, die man in die vorhandenen Systeme der Sozial-, Städtebau- und Wirtschaftspolitik einfach einbauen kann.

Dieses Problem von Barrieren und Möglichkeiten, mit kleinteiligen Neuerungen auch in größeren Strukturen wirksam werden zu können, betrifft auch *Kirche findet Stadt*. Projekten einer neuen sozialen Arbeit sind solche Rahmenbedingungen und Strukturprobleme praktisch nicht zugänglich – aber vielleicht können sie sie doch mit etwas Unterstützung besser „ansprechen“. Die Herausforderung liegt darin, damit umgehen zu lernen, dass man „vor Ort“ den eigenen Zielen zwar zuarbeiten, sie aber nur begrenzt einlösen kann. Innovative Strategien und Projekte auf der Ebene von Stadtteil und Quartier haben folglich eine zweifache Problemstellung und Aufgabe:

- (a) Praktisch helfen und verändern vor Ort
- (b) „Zeichen setzen“ im Hinblick auf Probleme im weiteren Feld der Stadtentwicklung.

Für Akteure im weiteren Umfeld, Großorganisationen und Stakeholder, die offen sind für Innovation und Veränderung, stellt sich damit die Aufgabe, Wege dafür zu finden, wie die „Botschaften“, die von konkreten Projekten vor Ort hinsichtlich neuer Umgangsformen mit

Problemen von Ausgrenzung und Inklusion ausgehen, einen Weg in das – wie heißt es so schön? – „Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit und der Entscheidungsträger“ finden können.

Kirchen, Gemeinden und deren Wohlfahrtsverbände als Unterstützer?

Die Antwort auf diese Frage fällt zwiespältig aus, zunächst einmal in Hinblick auf das Ausmaß, in dem diese wichtigen Mittlerorganisationen sich für die innovativen Anstöße aus Projekten und Standorten wie denen von *Kirche findet Stadt* öffnen und auch tatsächlich eigene Ressourcen zur materiellen Stabilisierung von Projekten und ihrer Arbeit des Helfens und Veränderns vor Ort geben.

Die Kirchen befinden sich in einer schwierigen Situation. Um in der eigenen Gemeindearbeit mit praktischen Ansätzen wirklich aktiv werden zu können, stehen oft ganz banale Dinge im Weg: fehlende Finanzmittel, Überalterung vieler Gemeinden und Mitgliederschwund. Schwierige Aufgaben interner Reorganisation, z.B. im Rahmen der Neubildung „pastoraler Räume“ machen es nicht gerade leichter, mit dem Quartiersleben und Alltagsorgen der Menschen in Kontakt zu bleiben. Trotz alledem: Noch ist der Öffentlichkeit viel zu wenig bewusst, wie sehr Kirchen in Deutschland Eckpfeiler von Engagement und Zivilgesellschaft sind. Bezüglich der Teilnahme am Vereinsleben und noch viel mehr einer aktiven mitgestaltenden Rolle dabei sind nach Sport, Kultur/Freizeit sowie dem Bereich Schule/Kindergarten Religion und Kirche in der Bundesrepublik der am meisten genannte Bezugsrahmen für bürgerschaftliches Engagement. Religion und Kirche haben somit – entgegen weit verbreiteter Vorurteile – erhebliche Möglichkeiten, das Gesicht von Städten und der Prozesse, die Stadt bilden, mitzuprägen.

Ähnliches gilt für die Wohlfahrtsverbände, speziell Caritas und Diakonie. Es ist richtig, dass sie mit der Übernahme von Versorgungsaufträgen heute vor allem Teil großer sozial-

industrieller Komplexe, der so genannten „Sozialwirtschaft“ geworden sind, Träger von Einrichtungen, die sich von anderen kaum unterscheiden (Krankenhäuser, Altenheime etc.). Dieses Sein prägt in vieler Hinsicht auch ihr Bewusstsein, ihre Handlungsstrategien, ihre Auffassung von Prioritäten und Professionalität. Andererseits leisten Caritas und Diakonie nach wie vor Pionierarbeit der sozialen Integration in Gebieten, die von offiziellen Politiken vernachlässigt wurden; gezielte Hilfen für randständige Gruppen kommen oft nur oder vor allem von ihrer Seite. Wenn mit Blick auf Organisationen, die der Caritas und Diakonie angehören, immer wieder von (Gemeinnützigkeits-) Privilegien die Rede ist, sollte man die speziellen sozialen Bindungen, die diese Organisationen im Gegenzug dazu eingegangen sind, nicht übersehen. Und wenn von Hierarchie die Rede ist, so trifft das die Realität dieser Verbände nur bedingt. Die dezentralen Organisationsformen von Caritas und Diakonie haben sie auch zu lokalen Schirmorganisationen für viele Formen der Gemeinwesenarbeit und innovativer Projekte werden lassen.

Unterstützung im weiteren Sinne: die Zeichen, die innovative Projekte setzen, besser lesbar machen und weitertragen helfen

Der Begriff Unterstützung hat aber neben der Dimension der materiellen Förderung und Stabilisierung von lokalen innovativen Projekten sozialer Arbeit in Stadtquartieren noch eine weitere Dimension. Hier ist argumentiert worden, dass es keinen Mangel an Orientierung, Handreichungen und Beispielen für kirchlich mitgetragene neue Politiken sozialer Arbeit in der Stadtentwicklung gibt – sehr wohl aber eine Wahrnehmungslücke und viele offene Fragen, wenn es darum geht, die Anliegen und „Botschaften“ von lokalen Innovationen in den breiteren Rahmen von Regeln, Denkweisen und Routinen einzubringen, der heute von den vor Ort Engagierten als oft wenig verständnisvoll empfunden wird. Daraus ergibt sich eine ganze Reihe von Fragen und Aufgaben.

Zentrale Frage ist: Sollte man im Diskurs über „neue soziale Arbeit“ nicht mehr als bisher von einer Doppelaufgabe (a) „helfen/entwickeln“ und (b) im breiteren Umfeld „öffentlichkeitswirksam werden“ ausgehen? Und sollte man Letzterem nicht eine viel größere Bedeutung geben als bisher? Unterstützung meint dann vor allem auch eine neue Form von „Öffentlichkeitsarbeit“ und Schaffung besserer Bedingungen für die „Diffusion“ und das „Scaling up“ innovativer Ansätze. Bei Kirchen, Gemeinden und ihren Wohlfahrtsverbänden sollte dabei auch gezeigt werden, wie Grundsätze, die seit jeher speziell den Kirchen zu eigen sind (z. B.: „Bedingungslosigkeit“ des Helfens statt „fördern und fordern“), in diesen Projekten neu begriffen und aktualisiert werden. Mit anderen Worten: Es geht nicht nur um finanziellen Rückhalt und „Manpower“ für Arbeit vor Ort, sondern auch um die Aufgabe als Mittler ihrer neuen Ideen und Konzepte wirksam zu werden. Hier sind Kirchen, Caritas und Diakonie als intermediäre Organisationen gefragt. Das wirft Fragen auf wie die folgenden:

- » Wie kooperativ und wirksam im Lesen und bei der Weitergabe von „Zeichen“ sind die lokalen Spitzen von Caritas und Diakonie – wenn sie nicht nur Mitgestalter der lokalen „Sozialwirtschaft“, sondern auch Akteure und Partner in einer „neuen sozialen Arbeit“ werden sollen?
- » Wie steht es mit der Bereitschaft, mit verfügbaren „freien Spitzen“ an Ressourcen und Finanzen auch ein auf die weitere Öffentlichkeit und maßgebliche Akteure bezogenes „Zeichen setzen“ zu unterstützen?

Projekte und Programme wie *Kirche findet Stadt* zu stabilisieren erfordert also auch, die bisherigen Verständnisse und Logiken von Förderung zu überdenken. Das ist nicht nur eine Frage der Verlängerung und Stabilisierung von dem, was sich an innovativen Projekten und Praktiken als besonders wirksam herausgestellt hat. Möglicherweise ist etwas anderes noch wichtiger: formulieren zu können, was das Besondere neuer sozialer Arbeit ist und wo deren nachhaltige Stabilisierung

auf Techniken und Konzepte angewiesen ist, mit denen man eine breitere Öffentlichkeit und die „Mindsets“ von Schlüsselpersonen im weiteren Umfeld erreicht. „Gutes Neues“ setzt sich nicht von selbst durch. Innovative Ansätze werden erst dann mehr Chancen auf Nachhaltigkeit haben, wenn die unterstützenden Organisationen im Hintergrund, Kirchen, Gemeinden und ihre Wohlfahrtsverbände, Unterstützung auch als ein Ingangsetzen der Diffusion von Konzepten hinein in ein weiteres gesellschaftliches Umfeld verstehen. Die umfangreiche Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit von Staat und Wirtschaft für das, was sie für neu und wichtig erachten, kann da in mancher Hinsicht beispielgebend sein.



Prof. Dr. Gerhard Wegner

Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover

Der Sozialstaat im Sozialraum. Chancen für eine Erneuerung der Solidarität

Der Berliner Professor für Politische Soziologie Claus Offe¹ hat den Sozialstaaten in den wohlhabenden Ländern vor Kurzem eine ausgesprochen ernüchternde, ja zum Teil katastrophal schlechte Prognose gestellt. Angesichts der vereinigten Attacken seitens der Finanzmärkte, der damit eng verknüpften Staatsschuldenproblematik und der Reproduktionskrise (euphemistisch „demografische Entwicklung“ genannt) könne der Sozialstaat nur verlieren, wenn die Menschen nicht massenhaft gegen die Bedrohung ihrer sozialen Rechte aufstehen würden. Aus seiner Sicht gibt es nur eine noch halbwegs realistische Vision zur Schaffung von gewissen Formen von Solidarität: Er nennt es „DIY: Do-It-Yourself-Politics“. Er meint damit Formen politischen Engagements, die sich mehr oder minder kleinräumig innerhalb der Zivilgesellschaft ansiedeln und vor Ort ökologische Initiativen bilden und/oder soziale Unterstützung mobilisieren. Dazu zählt insbesondere das Einfordern von konkreter politischer Partizipation an dem, was die Bürger vor Ort betrifft und ihre Lebensqualität beeinflusst, die Schaffung von Selbsthilfeorganisationen, privaten Unterstützungsgenossenschaften und vielem anderen.

Angesichts des drohenden Schrumpfens der sozialstaatlichen Zuständigkeiten böten wenigstens diese Formen – wenn auch oft mehr schlecht als recht – Ansatzpunkte eines sozialen Selbstschutzes und einer gewissen

gemeinschaftlichen Gegenwart zu den Imperativen einer alles verzehrenden Ökonomie. Man kann den Bogen noch weiter spannen bis hin zum vitaler werdenden sozialen Unternehmertum, das sich mit klassischen Formen der Sozialarbeit, gerade der kirchlichen Wohlfahrtsinstitutionen, überlappt. Zwar würde so der Sozialstaat nicht gerettet werden können – Offe vermutet sogar, dass entsprechende Initiativen vorrangig in privilegierten Bevölkerungskreisen greifen würden; ärmere Schichten blieben auf der Strecke – aber zur Stabilisierung von Lebensbedingungen im sozialen Nahraum scheinen entsprechende Bestrebungen tatsächlich ohne Alternative.

Die Re-Sozialisierung der Stadtteile und Dörfer

Nun wird man in der Situation Deutschlands zum Glück (noch) nicht sagen müssen, dass sich der Sozialstaat aus seiner Verantwortung in der Breite bereits völlig zurückgezogen hätte, sodass nur noch Selbsthilfeaktivitäten zur Stabilisierung des sozialen Friedens übrig blieben. Aber deutlich ist auch: Der Sozialstaat verändert laufend seine Gestalt. Erkennbar versucht er durch das Hineingehen in Sozialräume neue Ressourcen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements zu mobilisieren – und greift so auf eben jene Ressourcen zurück, auf die Offe seine Hoffnung setzt. Diese Prozesse funktionieren sehr unterschiedlich, je nachdem welcher Bereich sozialstaatlichen Handelns betroffen ist. Da geht es z. B. bei der

¹ Claus Offe: Post-Democratic Capitalism, in: IWM Post No. 109, January-April 2012, S.2

Konversion der großen Behinderteneinrichtungen, sprich: in der Schaffung inklusiver Lebensmöglichkeiten, darum, Menschen mit Behinderungen aus der Isolation in gesonderten Heimwelten heraus zu holen und wieder in die Sozialräume hinein zu re-sozialisieren – ein Prozess, der im Interesse der Beteiligten unumkehrbar ist. Ob er gelingt, hängt von vielen Faktoren ab – nicht zuletzt natürlich auch vom vorhandenen Geld. Als Sparkonzept eignet Inklusion sich sicherlich nicht. In einem anderen Bereich müssen Wege gefunden werden, den wachsenden Pflegebedarf durch eine stärkere Unterstützung der Pflege in familiären Unterstützungssystemen zu stabilisieren. Auch hier ist der Weg in den Sozialraum hinein plausibel. Auch hier besteht eigentlich nicht die geringste Möglichkeit, Kosten zu senken: im Gegenteil! Auch was die Bekämpfung von Armutssituationen anbetrifft, erscheinen aktivierende und ermutigende Aktivitäten in den Stadtteilen naheliegend. Hier müsste es darum gehen, insbesondere im Bildungsbereich – in der frühkindlichen Erziehung über die Kindergärten, Kindertagesstätten und Schulen – vorsorgende Armutsprävention vor Ort zu betreiben und sie mit einer gemeinwesenorientierten Strategie zu verbinden. Präventionsketten sind dazu ein guter und vielfach auch praktizierter Weg. Konsequenterweise sparen solche Vorhaben langfristig auch Geld, das sonst für Unterstützungsleistungen ausgegeben werden müsste. Kurz- und mittelfristig kommt man jedoch ohne zusätzliche Mittel nicht aus.

Die politische Situation ist also auf eine – durchaus spannende – Weise widersprüchlich und zwiespältig zugleich. Auf der einen Seite kann sozialstaatliche Unterstützung durch die Aktivierung von Ressourcen im sozialen Nahraum sehr viel näher bei den Menschen greifen – eben dort, wo sie leben – und dies kann ihren Interessen durchaus mehr als bisher gerecht werden. Wird der Sozialraumbezug wirklich konsequent entwickelt, dann führt dies zu einem Qualitätsgewinn für die Menschen. Jemand muss dann im Fall des Falles nicht sofort in ein Heim eingewiesen werden – was oft immer noch die naheliegende und einfachste

Lösung ist; stattdessen kann dieser Mensch, betreut durch eine Stadtteilmanagerin, in kluger Weise und mittels gut durchdachter Vernetzungsstrategien in seinem Stadtteil wohnen bleiben. Das ist nicht wenig! Klaus Dörner² hat schon vor Jahren gefordert, dass man dort auch letztlich sterben können sollte, wo man lebt. Der Begriff Heimat gewönne so eine neue, solidarische Bedeutung. Auf der anderen Seite wird man aber vielfach das Gefühl nicht los, dass diese möglichen Fortschritte des Sozialstaates durch den politischen Willen zur Kostenreduktion wieder rückgängig gemacht werden könnten, sodass letztendlich nicht ein qualitativ hochwertiger Sozialstaat bei den Bemühungen herauskommt, sondern lediglich ein Abschieben sozialstaatlicher Kompetenz in die Sozialräume und damit letztendlich in die familiären solidarischen Systeme hinein, die aber auf diese Weise hoffnungslos überfordert wären. Noch ist nicht entschieden, worauf genau es hinausläuft. Wahrscheinlich stellen sich die Verhältnisse jeweils konkret vor Ort völlig unterschiedlich dar. Die Stoßrichtung für engagierte Akteure ist jedoch klar: Offensive Gestaltung der Sozialräume reklamieren – und zugleich um den Sozialstaat kämpfen! Eines geht nicht ohne das andere.

Sozialräume als Kraftfelder

Sozialräume sind ganz gewiss keine naturbelassenen Grünflächen. Sie repräsentieren in ihren stadtplanerischen und konkret baulichen Varianten Verhaltensprämissen, konditionieren durch ihre gebauten Strukturen das Verhalten und werden auch wiederum durch das Verhalten der in ihnen lebenden und sich bewegenden Menschen formatiert. Sie sind sozusagen mit Anthony Giddens³ „strukturierende und strukturierte Strukturen“. Wie

² Klaus Dörner: *Leben und Sterben, wo ich hingehöre. Dritter Sozialraum und neue Hilfesysteme*. Neumünster 2007

³ Anthony Giddens: *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Gesellschaft*. Frankfurt/M. 1984

man sich in diesen Räumen bewegen kann, so wird die Wirklichkeit erfahren, und diese geprägte Erfahrung schlägt sich wiederum in der Art und Weise nieder, wie Menschen ihr Leben gestalten. Obwohl unsere Welt immer virtueller geprägt und regiert wird, verlieren die real körperlichen Raumerfahrungen nicht an Bedeutung. High Tech needs High Touch. Aber es greift in ihren Sozialräumen das, was man die Virtualisierung wesentlicher Lebensbezüge nennen kann. Virtualisierung steht in einem spezifischen Verhältnis zu den realen Sozialräumen. Sie können sie bedrohen und können zum Realitätsverlust führen, der Menschen dann in Scheinwelten abgleiten lässt, in denen sie den Bezug zu ihren Sozialräumen möglicherweise ganz verlieren.

Die Raumerfahrungen von Stadtteilen und Dörfern sind also in keiner Weise harmlos, sondern haben stets mit politischen Verhältnissen als Performanzen der Macht zu tun. Sozialräume sind Dispositive der Macht, gerade in der Unterschiedlichkeit zwischen dem Zentrum und der Peripherie eines Stadt- oder auch eines Landraumes. Zu dieser Thematik gehört auch die harte Erfahrung der Spaltung von Sozialräumen. Sie lässt sich überall beobachten. Die Lebensräume der Menschen werden ganz real durch die Häufung von Reichtum in den einen und von Armut in den anderen getrennt. In beiden Fällen kommt es zur Einhegung von spezifischen Erfahrungswelten, die wir heute verharmlosend soziale Milieus nennen. Im Grunde aber ist es hier zur Aufkündigung eines gemeinsamen Lebens, von Konvivenz, gekommen. Fundamental christlich gesehen hat eigentlich niemand das Recht, die Notwendigkeit aufzukündigen, gemeinsam die Erde zu bewohnen.

Allerdings sind die Menschen auch kreativ Handelnde in eigener Sache und können die Räume, in denen sie leben, selbst gestalten. Das gilt insbesondere für jene Akteure, die sich in diesen Feldern intentional bewegen. Jene, oft Einzelne, bisweilen aber auch Gruppen, die sich aufmachen und in den Sozialräumen etwas unternehmen: eine eigene Kraftentfaltung an den Tag legen; für sich selbst sorgen wollen; die Dinge in die Hand nehmen; sich selbst

präsentieren und sich auf den Weg machen. Dies tun Menschen in kommunalen Bezirken, in Kirchengemeinden, in den Wohlfahrtsverbänden, der Wirtschaft oder ganz einfach in zivilgesellschaftlichen Assoziationen. Dass sie etwas wollen, führt dazu, dass sie sich in den Sozialräumen bekannt machen, sich dort verorten und vernetzen und vor allem: Resonanzen auf ihr Tun erfahren. Dies sind Menschen, die etwas Neues zur Welt bringen, die sich nicht mit der überkommenen Prägung eines Sozialraums abfinden, sondern ihn lebens- und menschendienlicher machen wollen. Über solche Aktivitäten bilden sich Atmosphären des Aufbruchs, vielleicht der Nächstenliebe, die sozusagen Schutzwälle gegen den Tod darstellen.

Wo so etwas geschieht, da vollzieht sich ein Stück Wiederaneignung der Sozialräume durch die Menschen. Wobei man bezweifeln kann, ob die Sozialräume den Menschen jemals tatsächlich gehört haben. Aber wie dem auch sei: Wo Sozialräume als Orte der Gestaltbarkeit wahrgenommen werden und wo Menschen sich einen Blick für das Ganze ihres Sozialraums bewahren und sich nicht in ihren Privatraum zurückziehen, beginnt die Aneignung des Sozialen neu. Genau dies wäre eine konsequent gedachte subsidiäre Orientierung, die von den Menschen, von ihren ursprünglichen Bezügen und Beziehungen, wahrscheinlich auch von ihren Familien her, die Sozialräume neu konzipiert und sie zu Räumen des Lebens und der Unterstützung macht. Und so klein die Anfänge auch sind: Was hier begonnen wird, ist eine neue Konstruktion der Öffentlichkeit, der kleinen Öffentlichkeit in den Sozialräumen, in denen Leben wächst und Solidarität neu entstehen kann. All dies kann vom christlichen Glauben her dadurch angefeuert sein, dass die gute Schöpfung Gottes in den heillosen Verhältnissen der Sozialräume wieder Einzug hält: „Wer in dem gegenwärtigen Zustand der Welt ‚Schöpfung‘ erkennt, der beginnt mit ihr zu leiden und für sie zu hoffen.“⁴

⁴ Jürgen Moltmann: Gott in der Schöpfung. Ökologische Schöpfungslehre. Gütersloh 1993, S.53

Hilmar von Lojewski
*Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr
 Deutscher Städtetag, Berlin/Köln*



Kirche findet Stadt – Aufträge für eine integrierte Stadtentwicklungsplanung

Der Beitrag meldet Bedarf an, über die soziale, karitative und kirchliche Funktion hinaus die „Kirche in der Stadt“ auch räumlich zu begreifen. Zudem sieht er das Erfordernis, auch das Thema „Moschee findet Stadt“ stadtentwicklungsplanerisch stärker in den Fokus zu nehmen, um Flächenbedarfe besser auszusteuern, der berechtigten Nachfrage nach Standorten für den Bau von Moscheen und islamischen Gemeindezentren stadtentwicklungs- und liegenschaftspolitisch nachzukommen und seine Potenziale für Stadt und Gesellschaft erlebbar und nutzbar zu machen. Hierzu bezieht der Beitrag auch ein klares Statement für die Multi-Religiosität und ihre baulichen, sozialräumlichen und zivilgesellschaftlichen Dimensionen.

„Kirche findet Stadt“ – die Initiative hat alle Register gezogen: Ein intelligentes Wortspiel, denn dass sie allen Erosionserscheinungen zum Trotz immer noch (oder vielleicht auch: gerade wieder!) zu einem beträchtlichen Teil in der Stadt stattfindet, steht außer Frage; ob sie in dem Umfang stattfindet, wie es sich Stadt und Kirche wünschen, muss dahingestellt bleiben. Die institutionelle Verortung der Kirche in der Stadt ist das Thema. Welche Rolle hat die Kirche in der Stadt und wie kann sie sich mit ihren Wohlfahrtsorganisationen in Stadtentwicklungsprozesse einbringen? Das sind Fragen, die sich die Kirche und ihre Mitglieder selber stellen. Hat aber Stadtentwicklung sich dieser Frage bisher überhaupt gestellt? Dass die Kirche in Darstellungen auf Flächennutzungsplan- und Quartiersentwicklungsebene stattfindet und in seltenen Fällen sogar noch ein Bebauungsplan entstehen mag, mit der bodenrechtlich weit reichenden Festsetzung

„Fläche für den Gemeinbedarf: Kirchen und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen“, soll gar nicht in Frage gestellt werden. Ob sie auch im diskursiven Teil integrierter Stadtentwicklungsplanung und kooperativen Stadtentwicklungsmanagements stattfindet, steht hingegen schon in Frage: Weder im Positionspapier des Deutschen Städtetages zum 2. Nationalen Städtebaukongress 2004 taucht der Begriff „Kirche“ auf, noch im ansonsten wegweisenden Positionspapier zur integrierten Stadtentwicklungsplanung und Stadtentwicklungsmanagement des Deutschen Städtetages vom November 2011. Ist das nun ein Versäumnis, eine lässliche Auslassung oder drückt dieses diskursive Defizit trotz der räumlichen Präsenz von Kirche in der Stadt schlichtweg aus, was gesellschaftlicher Mainstream ist? Die „Entgeistlichung“ der Großstädte ist mannigfaltig wahrnehmbar; der Mitgliederschwund wird auch von öffentlichen Planungsträgern und ihren Verbänden registriert.

Mit der „Entgeistlichung“ der Stadtgesellschaft geht aus manch kritischer Sicht auch der Niedergang an Werten im Umgang mit Stadt und öffentlichem Raum sowie der ethischen Dimension von Stadtentwicklung und Stadtplanung einher. Der Aufruf im „Wegweiser Bürgergesellschaft“ zu neuen Entwicklungspartnerschaften¹ und die konzeptionellen Überlegungen zur „Gemeinwesendiakonie“

¹ Petra Potz: Kirche findet Stadt – Potenziale und Perspektiven für eine strategische Plattform der integrierten Stadtentwicklung. In: Wegweiser Bürgergesellschaft. Online-Newsletter 19/2012 der Stiftung Mitarbeit vom 12.10.2012. www.buergergesellschaft.de

und „Sozialraumorientierung in der Caritasarbeit“ zeugen zwar vom Gegenteil. Die Frage ist jedoch, welche räumliche und gesellschaftliche Ausprägung diese Strategien angesichts der Entwicklungen, was kirchliches Engagement und Mitgliedschaft angeht, erfahren können. Auch wird sich kaum jedem Akteur in der Stadtentwicklungspolitik erschließen, warum die fachübergreifende Vermittlung zwischen den Feldern Sozialpolitik und Stadtentwicklungspolitik zwangsläufig etwas mit Kirchengemeinden, kirchlichen Trägern und Wohlfahrtsverbänden zu tun haben muss. Die Identifikation von Räumen, die der planerischen Intervention bedürfen, kann auch ausschließlich auf planerisch-analytischer Ebene mit Hilfe von Indikatoren als Messgrößen zur Abbildung sozialräumlicher Zustände erfolgen. Auch ist nicht gesagt, dass die gesellschaftspolitische Akzeptanz sozialraumorientierten Handelns auf allen Ebenen maßgeblich der Kirche bedarf.

In den Mittelpunkt der weiteren Diskussion gehört insofern auch die Frage, welche Rolle Kirche und im überwirkenden Sinne Religion in der Stadtentwicklung spielen können. Gilt es, nur die „Werterolle“ und die „ethische Dimension“, die Erledigung sozialkodierter Aufträge und das Produkt „Sozialarbeit“ durch die starken kirchlichen Träger an den Markt zu bringen, oder geht damit auch oder gerade eine räumliche Dimension einher?

Die Liste relevanter Aktivitäten und Handlungsfelder von *Kirche findet Stadt* macht eines deutlich: Die räumliche Dimension wird gegenüber den Dimensionen Gemeinwesen, Sozialraumorientierung, Partnerschaft und Verankerung in Quartiersmanagementverfahren, Positionierung in zivilgesellschaftlichen Netzwerken etc. womöglich zu gering bewertet. Ausschließlich in der Dimension „Quartiers-/gemeindenaher Versorgung diakonischer Unternehmen“ und „Konversion von „Anstalten““ kommt eine räumliche Dimension zum Ausdruck. Dabei stellt sich doch die Frage, wie Kirche und ihre Einrichtungen im Quartier nicht nur räumlicher Anlaufpunkt sein können, sondern auch städtebaulicher Anker-

punkt: hinsichtlich der auf kirchliche Einrichtungen gerichteten Wegebeziehungen sowie als räumliche, funktionale und durchaus auch städtebauliche Dominanten.

Neben der verdienten (und durchaus ertragreichen) Rolle im karitativ-sozialen Bereich kommt der Kirche auch eine Rolle zu, ihre Kompetenz auch weiterhin in baulich-räumlicher Hinsicht in Städte und Quartiere einzubringen. Ihre Protagonisten einerseits noch stärker als „Träger öffentlicher Belange“ einzusetzen, andererseits aber auch als Anwälte der baulich-räumlichen Dimension von Stadt- und Quartiersentwicklung, kann durchaus einen Gewinn für beide Seiten, Kirche wie Stadt, bedeuten. In der aktuellen Diskussion zum Wohnraumangel in vielen deutschen Städten kommt der Kirche ebenfalls eine besondere Rolle zu. Sie verfügt über Wohnungsbauträger, die einen beachtlichen Teil dazu beitragen können, dem Wohnraumangel in Teilmärkten (bspw. studentisches Wohnen, Wohnen für kinderreiche und finanziell benachteiligte Familien) abzuhelfen. Hierfür gilt es natürlich auch, das kirchliche Liegenschaftsvermögen zu aktivieren.

Die Kirche befindet sich im Vergleich zu anderen Planungsbeteiligten und -betroffenen in einer privilegierten Position – sie ist Trägerin wichtiger Institutionen der Wohlfahrtspflege, Arbeitgeberin mit erheblichem politischen und gesellschaftlichen Gewicht, Trägerin öffentlicher Belange, Eigentümerin stadtbildprägender Immobilien und für die Stadtentwicklung relevanter Liegenschaften und dazu noch Akteurin am Immobilien- und speziell am Wohnungsmarkt. Das privilegiert die christlichen Kirchen auch gegenüber allen anderen Religionsgemeinschaften in Deutschland. Denn *Kirche findet Stadt* ließe sich gleichermaßen übertragen auf die interreligiöse Dimension: *Synagoge findet Stadt*, *Tempel findet Stadt* und *Moschee findet Stadt*. Für die beiden Letzgenannten findet diese Beziehung jedoch im Wesentlichen auf Grundlage vereinsbezogener Aktivitäten oder im Kielwasser privater immobilienwirtschaftlicher Aktivitäten statt. Sie geraten in der Regel erst im Stadium der Prüfung

der planungs- und bauordnungsrechtlichen Zulässigkeit in den Fokus kommunaler Stadtplanung. Trotz anderslautender prominenter Statements ist insbesondere der Islam bislang keineswegs in Deutschland angekommen, zumindest nicht im „Mainstream“ kommunaler Stadtplanung.

Dem Islam dürfte allein aufgrund der Zahl der Gläubigen in Deutschland ein besonderes Augenmerk zufallen: Längst hat der Bevölkerungsanteil die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen. Und gerade die Zahl der jungen Gläubigen steigt. Aber gemessen an den absoluten Zahlen mit deutlich über 4 Millionen Muslimen in Deutschland ist die räumliche Präsenz unterdurchschnittlich. In Köln als bislang einziger Stadt mit mehr als 500.000 Einwohnern wird in Kürze diesem Defizit abgeholfen, andere Städte sind hier noch – zumindest planerisch und mit Blick auf die Standortsuche – in der Bringschuld. Bislang ist die Standortfindung in der Regel den einzelnen Moscheevereinen und Investoren überlassen. Diese wählen für die Finanzierung von Moscheebauten Formen der Überkreuzsubventionierung und bisweilen städtebau(recht)lich konflikträchtige Immobilienentwicklungen.

Die politisch nicht transparent kommunizierte, planerisch nicht vorbereitete, baurechtlich gleichwohl zulässige Ansiedlung von Moscheebauten führt wiederum zu langwierigen Auseinandersetzungen und Konflikten mit anliegenden Bewohnerinnen und Bewohnern und ihrer politischen Instrumentalisierung im rechtskonservativen und -extremen Raum. Dies führt zu einer generellen Diskreditierung des Moscheebaus und zu einer völligen Umkehrung der gerne bemühten „Willkommenskultur“. Dabei wäre der Bau von Moscheen und islamischen Gemeindezentren hilfreich, um die gesellschaftlichen Aktivposten in der Stadt zu heben – genauso wie die Aufwertung von Kirche in der Stadt. Der Fokus auf sozialräumliche Problemgebiete, Kinder- und Jugendarbeit, stadtteilrelevante Beratungsdienste etc. ruft geradezu nach einem geplanten Ausbau der religiösen Infrastruktur auch für diesen Teil der Bevölkerung in Deutschland. Die öf-

fentliche Hand kann nicht Träger des Ausbaus sein; um so wichtiger ist es, multikonfessionelle Gruppierungen zu unterstützen, die in der Lage sind, eine „Hauptmoschee“ bzw. stadtteil- und quartiersoffene Moscheestandorte und Gemeindezentren zu entwickeln. Ohne eine deutliche Ermutigung durch planerische Vorarbeit und politische Begleitung wird das Thema „Moschee in der Stadt“, wie auch in den vergangenen 50 Jahren seit Beginn der Einwanderung von Muslimen nach Deutschland in größerer Zahl, weiterhin ein Nischendasein fristen und nicht in den Fokus der offensiven Vertretung von Minderheiteninteressen in der Planungsarbeit geraten; diese können stadtteilbezogen gerade in den Großstädten durchaus Mehrheitsinteressen sein. Und allzu leicht wird es dadurch auch den Protagonisten der Moscheen und Gemeindezentren gemacht, sich als nicht hinreichend beachtete Minderheit zu fühlen und die entsprechenden Abwehrmechanismen gegenüber der „Leitkultur“ zu verfestigen.

Mehr *Kirche findet Stadt* ruft also nach einem breiteren Ansatz, der

- » die Privilegierung der Kirchen in der förmlichen Stadtplanung auf alle anerkannten Glaubensgemeinschaften ausweitet,
 - » die räumlichen und funktionalen Potenziale von religiös getragenen Gemeinde- und Versammlungsbauten – also Kirche, Synagoge, Tempel und Moschee mit ihren Begleiteinrichtungen – befördert und für die Stadt in Wert setzt,
 - » die Potenziale von Gemeinwesenarbeit in deutschen Städten hierüber in einem größeren Umfang nutzt als dies heute der Fall ist.
- Das erfordert mindestens dreierlei:
- » eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz der „anderen“ Glaubensgemeinschaften und ihre aktive Einbeziehung in Prozesse der integrierten Stadt- und Quartiersentwicklung,
 - » ihre Anerkennung als Träger öffentlicher Belange und
 - » die Aufnahme ihrer raumwirksamen Ansprüche in die Flächenkulissen der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung.



Dr. Ulrich Hatzfeld

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin

Kirche findet Stadt – ein neues Kapitel einer doch sehr langen Geschichte

Worum geht es eigentlich bei einem Projekt, das den eleganten, aber vielleicht doch etwas verwirrenden Namen „Kirche findet Stadt“ trägt? Soll etwa die Kirche die Stadt „finden“? Wohl kaum, denn zweifellos blickt die Institution Kirche auf eine lange und facettenreiche gemeinsame Geschichte mit und in Städten zurück.¹ Genauso wird die Bau-, Kunst-, Wissenschafts-, Wirtschafts-, Rechts- und Sozialgeschichte der Europäischen Stadt nachdrücklich vom Verhältnis zwischen Stadt und Kirche geprägt. Fast ikonographische Bilder stehen einem vor Augen: Stadt und Erdkreis, Kirche, Rathaus und Marktplatz – auch mit Burg und Kloster. Seit Jahrhunderten vollzieht sich zwischen Kirche und Stadt, zwischen Religion und Staat ein lebendiges Wechselspiel aus Kooperation und Abgrenzung, bei dem es mal um gesellschaftlichen Einfluss, mal um Definitionsmacht und mal um schlichte ökonomische Werte geht. Bis heute sind die Ergebnisse dieses Prozesses in tausenden Stadtgrundrissen ablesbar. Und bis heute ist dieser Prozess elementarer Teil der kulturellen Identität von Städten und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Das zeigt sich – vielleicht zum letzten Mal in großer Deutlichkeit – in den Stadterweiterungen der 1950er bis 1970er Jahre, bei denen die Kirchen mit ihren baukünstlerischen Werken noch ihren festen Platz hatten.

Das Verhältnis von Glaubensinstitutionen und Stadtentwicklung sorgt regelmäßig für hoch emotionale Auseinandersetzungen, die

bis an das (Selbst-)Verständnis unserer Städte reichen. Das wird etwa berührt, wenn es um die Höhenentwicklung einer Stadt, die Anzahl und Höhe von Minaretten oder die Außenwirkung der immer noch nicht eröffneten Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld geht. Heftige Diskussionen sind sicher, wenn wie in Berlin die prachtvolle Omar-Ibu-Al-Khattab-Moschee im „Maschhari-Center“ ausgerechnet einen Supermarkt ersetzen soll. Die muslimischen Gemeinden wollen sich zeigen – raus aus den Hinterhöfen, aus den Gewerbegebieten und weg aus der Unsichtbarkeit des Stadtrandes.

Es gibt im Verhältnis zwischen Kirche und Stadt keinen Mangel an Symbolik und Konflikt. So beschäftigt die Leipziger Bürgerschaft seit Jahren ein Streit um die religiöse Bindung eines an die gesprengte Paulinerkirche erinnernden Versammlungsraums. Mit der Propsteikirche St. Trinitatis baut die katholische Kirche im protestantisch-bürgerlichen Leipzig nur wenige hundert Meter entfernt ein neues Gotteshaus: direkt gegenüber dem Neuen Rathaus, dem geplanten Freiheits- und Einheitsdenkmal und dem Bundesverwaltungsgericht.

Beeindruckend sind darüber hinaus die Initiativen, in denen Kirchen und Kirchengemeinden Verantwortung für Stadtkerne oder ihre Nachbarschaft übernehmen. Kaum noch zu überblicken sind die Aktivitäten der „offenen City- und Stadtkirchen“².

¹ vgl. Kirchenamt der EKD (Hg.): Gott in der Stadt. Perspektiven evangelischer Kirche in der Stadt, EKD-Texte 93. Hannover 2007

² z.B. Initiativen wie Offene Kirchen, Netzwerk Citykirchenprojekte (vgl. www.kirchen-netzwerk.de). Vgl. auch Stefan Bölts, Wolfgang Nethöfel: Aufbruch in der Region zwischen Zwangsfusion und profilierter Nachbarschaft. Hamburg 2008

Doch was ist, wenn – wie Friedhelm Ruf es etwas merkwürdig beschreibt – „Gott die Koffer packen muss“³ und eine Nachnutzung ansteht? Im Bistum Essen sollten im Jahr 2009 von 355 Kirchen etwa 120 geschlossen werden,⁴ weit mehr als die Hälfte davon aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Rückbau ist ein Thema.⁵ Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, veränderter gesellschaftlicher Werteorientierungen und großer Finanzierungsprobleme müssen Kirchenbezirke zusammengelegt und Pfarrstellen gestrichen werden. Häufig sind die Kirchengemeinden gezwungen, sich auf der Ebene der Stadtteile neu zu positionieren. Sie müssen Gebäude aufgeben oder umnutzen; sie tun sich dabei deutlich schwerer als die Kirchengemeinden in den Niederlanden, in deren profanierten Gotteshäusern Bibliotheken, Gaststätten und Hotels entstehen. Kurz: um mit diesen neuen Rahmenbedingungen zurecht zu kommen, müssen sich die Kirchengemeinden im Stadtteil neu verorten, freiwillige Leistungen überdenken, alternative Angebote formulieren, Partnerschaften suchen und auch ihr Verhältnis zu anderen Religionen bzw. Konfessionen überprüfen.

Folgt man der Einschätzung, dass Veränderungen und Innovationen vor allem in „schwierigen Zeiten“ erfolgen, sind die genannten Rahmenbedingungen vor allem aber auch als Chance zu interpretieren. Vielen aktiven Kirchengemeinden wird klar, dass in Zukunft nicht mehr allein die Finanzierung von Investitionen und Stellen, die Wirtschaftlichkeit von Gebäuden und Leistungen oder die Auseinandersetzung mit dem Denkmalschutz ansteht.

3 Friedhelm Ruf: Wenn Gott die Koffer packen muss. Über den schwierigen Umgang mit der Nachnutzung von Kirchen. In: R. Danielzyk, F. Pesch, H. Sahren und S. Trommer (Hg.): Perspektive Stadt. Essen 2008, S. 243 ff.

4 ebd.

5 vgl. Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Modellvorhaben Kirchenumnutzungen. Ideen – Konzepte – Verfahren. Sechzehn Beispiele aus Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2010. Bereits 2006 hat der BDA-Landesverband NRW in seiner Veranstaltungsreihe „Kirchen in der Stadt – erben, erhalten, nutzen“ die Problematik der gefährdeten Kirchen in ihrer Breite aufgeklärt und in sieben Städten Veranstaltungen durchgeführt.

Vielmehr geht es – auch – um die Entwicklung von Stadt und Gesellschaft in ihrem Kern und um die Rolle der (zum Teil sehr dezentral organisierten) Kirche. Im Mittelpunkt steht dann, (Entwicklungs-)Partnerschaften einzugehen, Verantwortung für die Entwicklung von Quartieren zu übernehmen und das Gemeinwesen in seiner Gesamtheit und in seinen räumlichen Strukturen aktiv zu gestalten.

Zunehmend wird erkennbar, dass Kirchen, kirchliche Einrichtungen und die Gemeinden vor Ort über vielfältige Möglichkeiten verfügen, die soziale Entwicklung in und von Städten zu beeinflussen – und diese Möglichkeiten auch nutzen. Dazu haben sie nicht nur einen klaren kirchlichen Auftrag und eine überzeugende Authentizität. Sie verfügen auch über einzigartige „Instrumente“: eine bauliche Infrastruktur, ein großes zivilgesellschaftliches Netzwerk und ein ausgeprägtes fachliches Wissen im Hinblick auf die Stärkung von Gemeinwesen. Kirche ist ein zivilgesellschaftlicher Akteur „par excellence“ mit hervorragenden Zugängen zu soziokulturellen und sozial-ökologischen Netzwerken, die wiederum für die Stadtentwicklung elementar sind.

Genau darum geht es im Projekt *Kirche findet Stadt*. „Mit dem ökumenischen Kooperationsprojekt ‚Kirche findet Stadt‘ wollen die evangelische und die katholische Kirche, zusammen mit ihren jeweiligen Wohlfahrtsverbänden, Diakonisches Werk der EKD und Deutscher Caritasverband, die Rolle von Kirche in ihren unterschiedlichen Facetten als Akteur der integrierten Stadtentwicklung untersuchen und weiterentwickeln. An Referenzstandorten mit kirchlichen Initiativen in ganz Deutschland soll aufgezeigt werden, wie Stadtteilentwicklung bereits jetzt durch das Engagement der Kirchen unterstützt wird. Diese Praxiserfahrungen sollen auf Bundesebene durch eine gemeinsame Steuerungsgruppe und Transferstelle zusammengeführt und ausgewertet werden.“⁶

6 vgl. www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de, weiter zu: Projekt „Kirche findet Stadt“, Zugriff 09.11.2012

Es handelt sich somit um ein – in der Tat organisatorisch und inhaltlich sehr anspruchsvolles – ökumenisches Projekt zur Erfassung und Stärkung der zivilgesellschaftlichen Kooperation in der Stadtentwicklung. Aus diesem Grund wird es durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gefördert. Mit dem Projekt ist es erstmals gelungen, beide Kirchen in ihrer Funktion als Partner der Stadtentwicklung zusammenzuführen. Die „Systeme“ Kirche und Stadt intensivieren dabei ihre Kontakte, kooperieren in ausgewählten Projekten und identifizieren und erschließen gemeinsam Potenziale. Wie das konkret aussieht, zeigen hier beispielhaft genannte Projekte der Initiative:

- » In Gelsenkirchen-Hassel geht es um die Erweiterung eines evangelischen Gemeindezentrums zu einem interkulturellen Stadtteilzentrum, zusammen mit anderen Religionsgemeinschaften, Wirtschaftsunternehmen und engagierten Bürgern. Im Rahmen des Projektes werden rechtliche Trägerstrukturen für dieses Vorhaben geklärt. Ein Ergebnis ist die Gründung einer Bürgerstiftung.
- » Soziale Stadtteilentwicklung und Quartiermanagement stehen im Mittelpunkt der Tätigkeiten der Caritas in Frankfurt-Unterliederbach. Hier werden zahlreiche Dienstleistungen mit gleichzeitigen Befähigungs- und Qualifizierungseffekten und einem ehrenamtlichen Hilfenetz angeboten.
- » In Hof und Dörfern im Umland werden unter dem Motto „Wir schaffen Lebensmittelpunkte“ von der Diakonie Hochfranken örtliche Zentren des sozialen Lebens wiederbelebt. Letztlich geht es um die Aufrechterhaltung verschiedener Dienstleistungen und der Sicherung der Grundversorgung vor Ort.
- » In Mannheim-Neckarstadt geht es um die Vernetzung im Stadtteil durch das Quartierbüro und um ganzheitliche Hilfsangebote für Menschen in Armut und unterschiedli-

chen Notlagen (sozial, psychisch, spirituell, materiell) – angekoppelt an die Umnutzung bzw. erweiterte Nutzung einer evangelischen Kirche.

Unter dem Dach der Initiative *Kirche findet Stadt* bringen sich kirchliche Institutionen mit sehr großem haupt- und ehrenamtlichen Engagement an insgesamt 36 Standorten in die Entwicklung vor Ort ein. Die verschiedenen Initiativen werden erfasst, diskutiert, weiterentwickelt und vernetzt. Über die einzelnen Projekte hinaus wirkt *Kirche findet Stadt* als Multiplikator und ist darauf ausgerichtet, den Prozess des Austausches und der Zusammenarbeit zu verstetigen. Ziel sind langfristig sich selbst tragende Strukturen der Kooperation und Kommunikation vor Ort. Die kirchlichen Akademien spielen dabei eine aktivierende und unterstützende Rolle.

Die bisherigen Erfahrungen aus der Initiative zeigen, dass die dem Projekt zugrunde liegende These tragfähig ist: Von den Kirchen und ihren Wohlfahrtsverbänden können wichtige Impulse für die Stadtentwicklung ausgehen. Sie verfügen über Infrastruktur (d.h. Gebäude etc.), Know How (d.h. geschulte und engagierte Mitarbeitende im Haupt- und Ehrenamt) sowie kleinräumige und tragfähige Netzwerke in den Städten und Gemeinden. Mit diesen Ressourcen gestalten sie das soziale und kulturelle Leben in den Stadt- und Ortsteilen mit und stärken den sozialen Zusammenhalt. Die Gemeinden haben durch ihre langjährige Arbeit mit Menschen aller Altersgruppen ein einzigartiges Gespür für die Chancen und Probleme der Stadtviertel, in denen sie tätig sind. Dies gilt in selber Weise für die Diakonie und die Caritas mit ihrem breiten Angebots- und Qualifikationsspektrum. Verstärkt werden die Angebote der Kirchengemeinden und der kirchlichen Wohlfahrtsverbände durch engagierte hauptamtliche Mitarbeiter sowie durch sehr viele ehrenamtlich Engagierte aus allen Schichten und Generationen. Mit zu den wichtigsten Fähigkeiten der Kirche gehört dabei die Zusammenführung von professionellem und ehrenamtlichem Engagement. Mit dem

Projekt *Kirche findet Stadt* wird diese spezifische Fähigkeit über den engeren kirchlichen Wirkungskreis hinaus auf andere Projekte übertragen.

Ferner zeigt *Kirche findet Stadt*, dass die Kirchen und die kirchlichen Wohlfahrtsverbände für Experimente offen sind. Sie erproben vielerorts neue Modelle des Engagements und der Kooperation – und öffnen sich dabei auch für die Zusammenarbeit mit anderen strategischen Partnern der Stadtentwicklung, z. B. Wohlfahrtsverbänden, Bürgergruppen, Stiftungen und der Wirtschaft.

Initiativen wie *Kirche findet Stadt*, die neue Partnerschaften begründen, Kräfte und Handlungsfähigkeit bündeln und Menschen in den Stadtquartieren für ihre eigenen Interessen „in Bewegung setzen“, sind dringender als je zuvor. Denn der ökonomische Strukturwandel und die wachsende Krisenanfälligkeit des Wirtschaftssystems, der demografische Wandel und die Alterung der Gesellschaft sowie der nur ansatzweise bewältigte Klimawandel stellen die Städte vor Herausforderungen, die sie mit herkömmlichen Instrumenten nicht allein bewältigen können. Gefragt sind Konzepte und Initiativen, die – auch im Sinne der Nachhaltigkeit – Kompetenzen und Ressourcen bündeln. Stadtpolitik kann langfristig nur erfolgreich sein, wenn sie das Wissen, die Kompetenzen und die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger einbezieht.

Die meisten der genannten gesellschaftlichen und urbanen Herausforderungen werden vor Ort konkret und müssen vor Ort bewältigt werden. Deshalb ist die kommunale die zentrale Handlungsebene. Und deshalb müssen die Kommunen im Hinblick auf die anstehenden Aufgaben gestärkt und unterstützt werden. Eine zentrale Plattform, um diesen Politikansatz tragfähig zu machen, ist die Nationale Stadtentwicklungspolitik, die öffentliche und private Programme, Initiativen und Aktivitäten bündelt und aufeinander abstimmt. Die Instrumente reichen von den Programmen der Städtebauförderung („Gute Praxis“) bis hin zur Projektreihe „Stadt und Urbanität“, zu der auch das Projekt *Kirche findet Stadt* gehört. Im Mit-

telpunkt steht der Versuch, Menschen dafür zu motivieren und zu aktivieren, sich für die Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen in ihren Städten und Gemeinden einzusetzen. Da Stadt immer ein soziales Gemeinschaftsprojekt ist, wird eine gestaltende Stadtpolitik nur dann stabil und erfolgreich sein, wenn sie alle Handelnden einbezieht: Politik, Verwaltung, Bürger, Wirtschaft, Verbände, Wissenschaft, Initiativen vor Ort, Stiftungen und natürlich auch die Kirchen und kirchlichen Wohlfahrtsverbände.

Dabei gibt es noch genug zu tun. Das Projekt *Kirche findet Stadt* ist angetreten, einen weiteren positiven Beitrag in die lange Geschichte von Stadt und Kirche einzuschreiben. Und hier lässt sich die Stadt gerne von der Kirche neu (er-)finden...



Dr. Elke Becker
Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

Zivilgesellschaft: Säule oder Fundament in der Stadtentwicklung?

Die Zivilgesellschaft wurde in der Stadtentwicklung zunehmend in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren „entdeckt“. Im Vorfeld gab es durchaus Diskurse über Partizipation, damit einhergehend wurde – und wird z.T. noch heute – „eine Einbeziehung der Zivilgesellschaft“ gerne mit Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern gleichgesetzt.¹ Des Weiteren wird sie kontinuierlich im Kontext leerer Kassen thematisiert. Diese beiden Aspekte sollten grundsätzlich differenzierter und reflektierter betrachtet werden.

Beachtenswert ist, dass viele von „der“ Zivilgesellschaft reden, es aber keine eindeutige Definition für den Begriff gibt. Nicht wenige Autoren, Wissenschaftler oder Kulturen zählen die Kirchen – im Besonderen eine Staatskirche – explizit nicht zur Zivilgesellschaft.² Uneinigkeit gibt es auch beim Engagement von Unternehmen oder bei den Genossenschaften. Dieses Dilemma wird sich an dieser Stelle nicht diskutieren oder gar lösen lassen. Festzuhalten ist aber, dass Kirche in diesem Beitrag explizit als Teil der Zivilgesellschaft verstanden wird. Freilich muss man sich dabei vergegenwärtigen, dass Akteurskonstellation, Handlungslogik und Motivation von Amtskirche, kirchlich-verbandlichen Trägern und Mitgliedern einer Kirchengemeinde keineswegs identisch sind. Entsprechendes gilt für ihre

Rolle und Relevanz in Stadtentwicklungsprozessen.

An dieser Stelle ist auch eine kurze begriffliche Auseinandersetzung mit der Stadtentwicklung erforderlich. Vielfach wird damit noch immer die sehr hoheitlich belegte Aufgabe der Stadtplanung assoziiert. Stadtentwicklung – und im Besonderen die „integrierte“ Stadtentwicklung, die im Rahmen der Leipzig Charta 2007 explizit eingefordert wird – meint aber deutlich mehr: einerseits die Mitnahme, Einbeziehung und Mitsprachemöglichkeit der betroffenen Akteure in einem Stadtteil oder einer Stadt, andererseits auch das ressortübergreifende Handeln in einer Verwaltung.

Mit diesem ganzheitlichen und stadtgesellschaftlichen Ansatz haben zivilgesellschaftliche Akteure zweifellos heute eine andere Rolle in Stadtentwicklungsprozessen, als dies noch vor zwanzig Jahren der Fall war – zumindest dort, wo ein integrierter Ansatz gewollt und gelebt wird. Festzustellen ist dabei, dass ein Miteinander auf Augenhöhe bislang in den seltensten Fällen gelingt, womöglich in Gänze gar nicht gelingen kann. Handlungslogiken, Rahmenbedingungen, Ansprüche und Erwartungen sind unterschiedlich – und dies vergegenwärtigt man sich selten in konkreten Kontexten. Dies ist paradox, denn zunächst haben die öffentliche Hand und bürgerschaftlich getragene Initiativen zumindest ein ähnliches Ziel vor Augen. Hier fehlt oftmals Übersetzungsarbeit, um für die Zwänge und Handlungsabläufe, denen das jeweilige Gegenüber unterliegt, zu sensibilisieren. Vorbehalte gibt es auf beiden Seiten: Sehen einzelne zivilge-

¹ vgl. Elke Becker: Alle reden über Zivilgesellschaft – Differenzierung eines gesellschaftlichen Phänomens in der Stadtentwicklung. In: *RaumPlanung*, H. 138/139, 2008, S.119

² vgl. Frank Adloff: *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*. Frankfurt/New York 2005, S. 119f

sellschaftliche Initiativen bei der öffentlichen Hand einen langsamen, komplizierten und ineffizienten Apparat, sehen sich Mitarbeiter der Verwaltung und Politiker zusehends mit den „Protestbürgern“ konfrontiert. *Not in my Backyard*-Effekte („Nimby“) umschreiben, dass sich manche ausschließlich da engagieren, wo sie die eigenen Interessen beeinträchtigt sehen – und dabei keineswegs das Gemeinwohl vor Augen haben. Dies ist ein oft ungelöstes Problem in Stadtentwicklungsprozessen, erschwert das Miteinander und schürt nicht selten gegenseitige Vorurteile.

Vermittlung braucht es beispielsweise auch in dem schwierigen Feld der Legitimierung von Projekten, aber ebenso von Akteuren. So sehen sich Politiker für ihre Entscheidungsprozesse demokratisch legitimiert: Sie füllen ein Amt aus. Verwaltungsmitarbeiter rechtfertigen ihr Agieren mit ihrer entsprechenden Ausbildung: Sie müssen handeln und tun letztlich ihren Job. Nicht wenige zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse hingegen – gerade in der Stadtentwicklung – engagieren sich dann, wenn sie einen Handlungsbedarf oder ein Interessenfeld sehen, und handeln damit vielfach aus einem spontanen, punktuellen oder betroffenen Zusammenhang heraus. An dieser Stelle muss auch die Frage gestellt werden dürfen, wer sie dazu qualifiziert und legitimiert oder wen sie repräsentieren (im Umkehrschluss: wer womöglich nicht repräsentiert wird) – ohne damit ein Engagement, eine Protestbewegung oder zivilgesellschaftliche Akteure als solche grundsätzlich infrage zu stellen. Die Herausforderung liegt tatsächlich darin, die jeweiligen Kenntnisse, Sichtweisen und Kompetenzen zusammen zu bringen.

Dies hat wiederum eine Relevanz für Akteure im kirchlichen Kontext: Auch wenn ihr Handeln sicherlich nicht allein der Nächstenliebe oder reinem Altruismus unterliegt, liegen ihnen doch primäre Nimby-Motive fern. Dies gilt in besonderer Weise für engagierte Mitglieder einer Kirchengemeinde. Während es bei der Amtskirche durchaus auch um Liegenschaften und damit um Geld und Macht gehen kann und sich die kirchlichen Träger z.T. auch als Lobby-

isten verstehen, handelt es sich beim Engagement einzelner Gemeindemitglieder zumeist eher um einen Dienst an der Gesellschaft als um eine Protestbewegung gegen etwas. Einen besonderen Stellenwert nehmen die Träger zusätzlich dadurch ein, dass sie gemäß dem Subsidiaritätsprinzip von der öffentlichen Hand für die Erfüllung gesellschaftlicher Wohlfahrt bezahlt und beauftragt werden und sich damit ein Stück weit von ihren historischen Wurzeln als freiwillig tätige Zusammenschlüsse entfernt haben.³ Entsprechend verfügen diese „Sozialkonzerne“ über ein sehr großes Know-How und leisten einen für die Gesellschaft wertvollen Beitrag. Es liegt aber die Vermutung nahe, dass ihre Aktivitäten auch von der öffentlichen Hand beeinflusst werden.

Kirchen sind ein Lernfeld für Engagement, das ist wissenschaftlich vielfach untersucht und belegt worden. Sie sind dies, ohne den Anspruch zu haben, Stadtentwicklung zu betreiben. Was kaum einem Gemeindemitglied bewusst sein wird – und auch bei den kirchlichen Trägern nicht unbedingt im Bewusstsein ist: sie tun es aber de facto. Das Nachbarschaftshaus, die Kinderbetreuung, der Nachhilfeunterricht, die Suppenküche oder der Seniorentreff sind Bausteine einer nachhaltigen, sozialgerechten und zukunftsorientierten Stadtentwicklung mit einer aktiven Stadtgesellschaft. Stadtentwickler verfolgen ähnliche Zugänge. Zum einen legen sie dafür Förderprogramme auf wie das Programm „Soziale Stadt“ in seiner ursprünglichen Form. Zum anderen wollen sie grundsätzlich Kräfte in Stadtteilen bündeln: Sie versuchen Menschen für ihr Umfeld zu interessieren und Verantwortung zu übernehmen. Entsprechend darf in der integrierten Stadtentwicklung die Frage nicht lauten, was oder wer gebraucht wird, sondern zunächst, was ist womöglich schon vorhanden, wird aber noch nicht einbezogen; und was fehlt dann noch, was man gemeinsam angehen könnte. Dass man schließlich auch voneinander lernen kann, wird oft übersehen. Vor allem aber ist zu vermeiden, dass Parallelstrukturen

³ vgl. z. B. Adloff 2005, S. 117f

entstehen, die sich womöglich noch gegenseitig behindern. Die jeweiligen Aktivitäten, Projekte und Zugänge der unterschiedlichen Akteure müssen also stärker ins Bewusstsein rücken und sich in dem angesprochenen integrierten Ansatz widerspiegeln.

Stadtentwicklung wird nie ohne Stadtplanung auskommen. Es zeichnet sich aber ab, dass Stadtplanung zukünftig nicht mehr ohne die Stadtgesellschaft auskommt, insbesondere nicht ohne den Teil der Stadtgesellschaft, der sich zu Wort meldet und auf Öffentlichkeit setzt – somit die Zivilgesellschaft. Diese verfügt über einen eigenen Wissensschatz und ist Multiplikator. Kirchen, kirchliche Träger und Gemeinden haben dabei eine besondere Bedeutung, weil sie zum einen bereits einen Raumbezug haben – sie sind vor Ort und bleiben oft, wenn auch ausgedünnt dort, wo andere weggehen. Zum anderen stehen sie für Identifikation und Werte; Kirchen sind aktuell in Bewegung – was nicht zuletzt das Projekt *Kirche findet Stadt* zeigt. Sie können dies nicht alleine, es ist im Sinne der Daseinsvorsorge und des Gemeinwohls, dass sich die öffentliche Hand gezielter mit diesem Akteurskreis, wie dargestellt mit ihrer spezifischen Handlungslogik, befasst.

Ein Gedanke soll an dieser Stelle noch aufgegriffen werden: Diskutiert wird immer wieder, ob die Zivilgesellschaft eher als eine Säule neben Staat, Markt und/oder Wissenschaft zu verstehen ist, oder ob sie nicht doch deren Fundament darstellt.⁴ Diese Frage ist sicherlich ebenso wenig abschließend für die unterschiedlichen Akteursgruppen von Amtskirche, Trägern und ehrenamtlich Aktiven in Kirchengemeinden wie für die vielfältigen stadtentwicklungsrelevanten Aufgaben zu beantworten. Womöglich ist diese Abgrenzungs- oder Einordnungsfrage aber gar nicht so entscheidend. Es stellt sich vielmehr die Frage nach den Schnittmengen, nach gemeinsamen Themen und Interessen. Festhalten lässt sich, dass es keine Grenzen im Sinne abgeschlossener Zirkel geben sollte: Strategische projekt- oder inhaltsbezogene Allianzen sind im gegenseitigen Interesse ebenso erforderlich wie das Abbauen gegenseitiger Vorurteile und Erwartungshaltungen. Dabei darf die unterschiedliche Motivation nicht aus den Augen verloren werden: Die öffentliche Hand hat eine Pflicht, einen Auftrag und eine Verantwortung; Zivilgesellschaftliche Akteure handeln immer dann und zu den Themenfeldern, zu denen sie handeln wollen.

⁴ vgl. Elke Becker: Zivilgesellschaft und Metropolregionen. Zwischen Wunsch und Wirklichkeit: Über die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in deutschen Metropolregionen. Online-Publikation, Berlin 2012, S.239

Reinhard Thies
Diakonie Deutschland – Ev. Bundesverband, Berlin

Karin Vorhoff
Deutscher Caritasverband, Freiburg

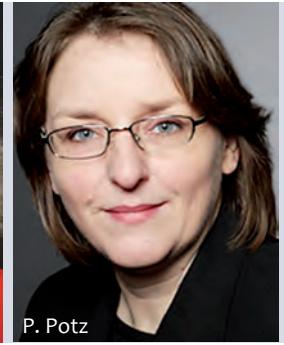
Dr. Petra Potz
location³, Transferstelle Kirche findet Stadt, Berlin



R. Thies



K. Vorhoff



P. Potz

Kirche findet Stadt: Erkenntnisse, Thesen und Perspektiven

Ziel des Projektes war es, die Rolle der Kirchen mit ihren Wohlfahrtsverbänden Caritas und Diakonie als Schlüsselakteure in der Stadtentwicklung zu verdeutlichen. Es ging dabei um die gegenseitige Sensibilisierung sowie um das Verständnis für unterschiedliche Handlungslogiken von Kirche, sozialer Arbeit und Stadtentwicklung in der Gemeinwesenarbeit bzw. der Arbeit im sozialräumlichen Kontext.

Zu den großen Herausforderungen künftiger Stadtpolitik gehört – gemäß dem im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik entstandenen Memorandum „Städtische Energien – Zukunftsaufgaben der Städte“ – die „gesellschaftliche Integration“.¹ Genau hier liegen die Potenziale der kirchlich-verbandlichen Arbeit für die Stadtpolitik, denn es geht originär „um die großen fach- und gesellschaftspolitischen Fragestellungen der Teilhabe und ihrer lokalen Verortung, wie beispielsweise demografische Entwicklung und generationengerechtes Leben, Armut und Benachteiligung, Inklusion und Solidarität, Migration und Integration. Es geht dabei immer auch um die häufig vorhandenen Orte der Begegnung, die eine mancherorts untergenutzte Ressource im Wohnumfeld darstellen, und damit auch um neue Wege einer Um- und Neunutzung vorhandener Strukturen, mit neuen Nutzergruppen und in innovativen Verbundstrukturen und Trägerschaften.“²

¹ Das Memorandum wurde auf dem Kongress „Städtische Energien“ in Berlin im Oktober 2012 verabschiedet; verfügbar unter: www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de

² Petra Potz: Kirche findet Stadt – Potenziale und Perspektiven für eine strategische Plattform der integrierten Stadtentwicklung. In: Wegweiser Bürgergesellschaft, Online-Newsletter 19/2012 der Stiftung Mitarbeit vom 12.10.2012

Angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen, die in den vorangegangenen Beiträgen bereits beschrieben wurden, kann nur ein konzertiertes Vorgehen für die Bewältigung dieser Aufgaben adäquat sein; Aufgaben, die von staatlichen und kommunalen Verantwortungsträgern mit ihrer koordinierenden Rolle zusammen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen und unternehmerischen Kräften zu bewältigen sind. Welche Antworten muss Kirche darauf finden?

Kirche findet Stadt hat sich die folgenden Leitfragen gestellt, zu denen mit der Bearbeitung des Projektes Befunde und erste Antworten gegeben werden sollten.

- » Wie und mit wem lassen sich an den Schnittstellen kirchlichen und kommunalen Handelns nachhaltige Strukturen in den Stadtteilen aufbauen und halten?
- » Welche Rolle nehmen Kirchengemeinden in Quartieren und Dorfgemeinschaften im Hinblick auf die zivilgesellschaftliche Entwicklung von Städten und Gemeinden ein?
- » Welche strategischen Leitlinien und Handlungsoptionen für kirchliches Engagement in der Stadt- und Gemeindeentwicklung sind identifizierbar?
- » Wie bringt sich Kirche mit ihren Verbänden Caritas und Diakonie in Stadtentwicklungsprozesse in den unterschiedlichen räumlichen Dimensionen von Region, Stadt, Gemeinde, Stadtteil ein?
- » Wie sehen die Akteure der Stadtentwicklung aus dem öffentlichen Sektor und der Wirtschaft die Rolle der Kirchen? Welche Kooperationskultur gibt es bzw. muss aufgebaut werden?

Zunächst gilt es für Akteure, die vor Ort aktiv sind, sich die räumliche und institutionelle Dimension ihres Handelns zu vergegenwärtigen.

» *Stadtteilebene*: Die vorhandenen Netzwerke in den Stadt-/Ortsteilen und auch die Aktivitäten der Bewohner/innen brauchen starke und verlässliche Partner in der Zivilgesellschaft. Deshalb gilt es zum einen, die kirchlichen und wohlfahrtsverbandlichen Strukturen vor Ort stärker nach außen zu öffnen und sozialräumlich auszurichten. Zum anderen stehen auch die Akteure der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit vor der Aufgabe, die Potenziale der kirchlichen Einrichtungen für die Weiterentwicklung und Stabilisierung der Stadtteile stärker in den Blick zu nehmen.

» *Gesamtstädtische/regionale Ebene*: Aus Sicht einer integrierten Stadtentwicklungspolitik sind auf der kommunalen Ebene die Akteure in Politik und Verwaltung sowie in der Wirtschaft wichtige Partner, beispielsweise bei der Erstellung von integrierten Handlungs- bzw. Entwicklungskonzepten und Strategien. Die Beteiligung kirchlicher Akteure (gesamtstädtisch bzw. regional) ist dabei noch ausbaufähig.

» *Landesübergreifend/Bundesweit*: Die Schlussfolgerungen aus einem neuen Kooperations- und Koproduktionsansatz in den Stadt- und Ortsteilen sollen auch in die Bundesländer und bundesweit ausstrahlen. Damit die Vielfalt vorhandener kirchlich-verbandlicher Präsenz in Stadt-/Quartierszusammenhängen deutlich werden kann, wurden mit *Kirche findet Stadt* lokale Praxiserkenntnis und Strategieentwicklung zu überregionalen Kompetenznetzwerken zusammengeführt; dies in Verbindung mit ihrer Einbettung in die Umsetzung staatlicher Programme. Es galt zudem, die kulturellen Hintergründe (z. B. in den Bistums- und landeskirchlichen Strukturen) angemessen zu berücksichtigen. Durch die Bildung von drei Makroregionen (Nord, Mitte, Süd) wurde zum einen der regionale Austausch, zum anderen aber auch die Ableitung bundesweit gültiger Erkenntnisse und Empfehlungen erleichtert.

Kirchen- und Pfarrgemeinden stehen zunehmend im Umbruch und vor der Herausforderung großer struktureller Veränderungen. Die Weitung pastoraler Räume und die Neuordnung von Parochien, also die Zusammenlegung mehrerer vorher bestehender Kirchengemeinden zu Großgemeinden oder Seelsorgeverbänden, sowie die mögliche Aufgabe bzw. Umnutzung kirchlicher Immobilien bis hin zum Kirchengen-



bäude sind neue Herausforderungen. Gleichzeitig besteht das Selbstverständnis der Kirche(n) über die Rolle in der Gesellschaft weiterhin darin, bei und mit den Menschen zu sein. Die Gemeinde wird als Kristallisations- und Begegnungsort, an dem alle Dimensionen von Kirche gelebt werden sollen, verstanden.

Bei den *kirchlichen Wohlfahrtsverbänden* geht es um „neue Konzepte und Arbeitsansätze, die den Weg weisen sollen, wie Integration, Inklusion, selbstbestimmte Teilhabe und ein solidarischer Ausgleich für eine gerechte Gesellschaft gelingen können“ (vgl. Vorwort von Neher/Stockmeier). Das Selbstverständnis ist ebenfalls multidimensional: Dienstleister, Anwalt, Solidaritätsstifter – wodurch auch der Spannungsbogen deutlich wird, dem die Partner

des Kooperationsprojektes *Kirche findet Stadt* unterlagen. Die ökumenische Zusammenarbeit auf allen Ebenen und zwischen kirchlichen und verbandlichen Strukturen war eine zentrale und neue Herausforderung, der sich die Partner in ständig wachsender Offenheit gestellt haben. Diese Praxis der Kooperation diente auch dazu, das jeweils eigene Profil reflektieren zu müssen. Beim „Blick über den Tellerrand“ ließen sich dann Unterschiede, aber auch ähnliche strukturelle Hemmnisse sowie gemeinsame Interessen und Aktivitäten identifizieren.

Ansätze, in denen Kirchen und ihre Träger und Wohlfahrtsverbände sich auch mit weiteren Glaubensgemeinschaften vor Ort engagieren und mit den Akteuren der Stadtentwicklung in Politik, Verwaltung und Wirtschaft kooperieren, sind in diesem Sinne ein innovativer Beitrag zur Etablierung integrierter Entwicklungspartnerschaften und Allianzen³.

- » Aktuelle kirchlich-verbandliche Strategien wie „Gemeinwesendiakonie“ und „Sozialraumorientierung der Caritasarbeit“ sind ganzheitlich und raumbezogen und haben starke Überschneidungspunkte mit den Ansätzen integrierter Stadtentwicklungspolitik.
- » In dieser Hinsicht ist eine intensive Kooperation von Kirchen- und Pfarrgemeinden und ihren verbandlichen Partnern aus Diakonie und Caritas anstrebenswert. Diese liegt auch angesichts der strukturellen Veränderungen und damit verbundenen Notwendigkeiten einer internen Reorganisation nahe, ist aber bisher noch keine flächendeckend eingeübte Praxis.
- » Mit der Kooperation und Vernetzung aller kirchlichen Akteure im Quartier bzw. in der Kommune im Sinne einer Kirche vor Ort kann der Akteur Kirche vom operativen (Projekt)-Teilnehmer und Partner zum strategischen Mitgestalter in lokalen Entwicklungspartnerschaften, zum Akteur in Netzwerken,

zum Partner in Trägerverbänden werden. Die Positionierung in zivilgesellschaftlichen Netzwerken (Kirchengemeinde in der Bürgergemeinde) ist dabei ausbaufähig.

Zentral für *Kirche findet Stadt* ist die gesellschaftspolitische Akzeptanz sozialraumorientierten Handelns auf allen Ebenen (Kommunal-, Landes-, Bundes- und Kirchenpolitik) zur Sicherung tragfähiger Strukturen für die Quartiers- und Ortsentwicklung. Somit gilt es, die strategische Dimension in die jeweiligen Entscheidungsstrukturen hinein zu vermitteln, und Handlungsoptionen im Sinne einer Multi-Level-Governance (weiter) zu entwickeln. Relevant ist das kirchlich-verbandliche Handeln in allen räumlichen Strukturen und Ebenen: in Stadt- und Ortsteilen, in Städten und Gemeinden, aber auch in Dörfern und im ländlichen Raum. Es bedarf hierfür weiterer erheblicher Anstrengungen und Überzeugungsarbeit auf und zwischen allen Maßstäben und Ebenen. Dann lassen sich auch in Zukunft innovative Beiträge zur Etablierung integrierter Handlungsstrategien und Entwicklungspartnerschaften für eine nachhaltige Stadtentwicklung befördern. Jeder von den verschiedenen Akteuren erzielte und gelebte Erfolg wird zur Bestätigung, auf diesem Wege fortzufahren.



³ BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit: Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen. Neue Entwicklungspartnerschaften in der Sozialen Stadt. Dokumentation der Fachkonferenz, Hannover 2010

Kirche findet Stadt: Handlungsempfehlungen und Thesen für die weiteren Perspektiven

Kirchen(gemeinde) als Teil der Bürgergemeinde

1. Kirche als Teil des lokalen Gemeinwesens verstehen

Die beiden großen christlichen Kirchen mit ihren Wohlfahrtsverbänden sind in Städten und Gemeinden mit ihren Kirchengemeinden und verbandlichen Diensten und Einrichtungen vor Ort präsent und haben hierüber vielfältige Zugänge zu den Menschen vor Ort. Mit diesen leisten sie in den Stadt- und Ortsteilen einen nachhaltigen Beitrag zur Sicherung einer verlässlichen kulturellen und sozialen Infrastruktur in allen Regionen Deutschlands. Es gilt, sich dieser Rolle zunehmend bewusst zu werden und sie offen einzunehmen und sich in die Gestaltung des Gemeinwesens aktiv einzubringen.

2. Vielfalt kirchlicher „Kraffelder“ erkennen und kirchlich-verbandliche Zusammenarbeit stärken

Die Kirchen, ihre Wohlfahrtsverbände und Sozialunternehmen sind in sozialräumliche Kommunikations- und Netzwerkstrukturen eingebunden und prägen vielerorts den sozial- und kulturpolitischen Diskurs in den lokalen Gemeinwesen maßgeblich mit. Sie bieten ein breites Spektrum an Kompetenzen und Fachwissen sowie baulich-räumlichen Kapazitäten, das für Aufgaben im Gemeinwesen und im sozialen Nahraum genutzt werden kann. Durch querschnittsorientiertes, fachbereichs- und zielgruppenübergreifendes Handeln vor Ort bestehen vielfältige Möglichkeiten, diese unterschiedlichen Ressourcen synergetisch zu bündeln. Die Bedingungen für mehr Anschlussfähigkeit zwischen Kirchengemeinden, kirchlichen Wohlfahrtsverbänden und anderen kirchlichen Partnern gilt es auf lokaler Ebene weiterzuentwickeln.

3. Kirche im Gemeinwesen als zivilgesellschaftliche Basisstruktur wahrnehmen

Kirche und ihre Diakonie und Caritas sind nicht nur Institutionen und Dienstleister vor Ort; vielmehr sind sie durch ihre zivilgesellschaftliche Bindung in sozialräumlichen Strukturen (Kirchen-/Pfarrgemeinden, ehrenamtlich Engagierte, lokale Initiativen, Selbsthilfegruppen etc.) ein wesentlicher Basisakteur. Sie setzen sich ein für soziale Belange insbesondere von Menschen mit Hilfebedarf und übernehmen in deren lokalen Kontexten eine anwaltliche und auch intermediäre Rolle. Sie agieren damit in konkreten Sozialräumen mit dem Ziel, individuelle und strukturelle Bedingungen so zu verändern, dass sozial ausgewogene Lebensbedingungen insbesondere für benachteiligte Gruppen entstehen.

4. Subsidiarität leben und Strukturen für zivilgesellschaftliches Handeln sichern

Die Verfolgung dieses Anspruchs setzt die Verankerung kirchlicher in lokalen Politikstrukturen voraus; dabei stützt sich das sozialpolitische Mandat kirchlicher Institutionen auch auf ihre sozialräumliche Kompetenz. Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände sind entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip konstitutiver Teil des Sozialstaates; dies gilt auch für die lokale Ebene. Als „Träger öffentlicher Belange“ sind sie gefragt, insbesondere soziale Belange in Planungs- und Abwägungsprozesse einzubringen. Ihr anwaltliches Mandat insbesondere für Menschen in besonderen und schwierigen Lebenslagen prädestiniert sie zu Beteiligten an einer sozialen Stadt(teil)entwicklung.

Strategische Verantwortungsgemeinschaften für (lokale) Gemeinwesen

5. Das Gemeinwesen partnerschaftlich mit anderen gestalten

Im Gemeinwesen/Sozialraum und in den pastoralen Räumen und Parochien wird eine Öffnung für eine Mitwirkung von Bewohner/innen und auch zur Weiterentwicklung von bedarfsgerechten Aktivitäten für die Daseinsvorsorge sowie zur Schaffung niederschwelliger Zugänge ermöglicht. Aus dem *Kirche findet Stadt*-Kontext zeichnen sich erweiterte Handlungsbedarfe und -möglichkeiten auf lokaler und übergeordneter Ebene ab: einen regelmäßigen Austausch mit den relevanten Gruppen und Schlüsselpersonen zu organisieren, neue Impulse und auch Bestätigung für die eigene Arbeit zu erhalten, Kooperationen (weiter) zu entwickeln. Durch Beteiligungs- und Empowermentprozesse können Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände lebendige Nachbarschaft aktiv mitgestalten. Dadurch lässt sich zusätzliches lokales Potenzial entwickeln: zur Eröffnung von Teilhabechancen, zur Organisation von Gemeinschaftsleben, zu nachbarschaftlicher Unterstützung und Bereitstellung bedarfsgerechter Infrastruktur. Auch bieten sich Chancen zur Inklusion vor Ort durch die Einbindung der lokalen Gesellschaft.

6. Kooperationen mit (lokalen) Partnern suchen und zur Koproduktion von Gemeinwohl ausbauen

Gebietsbezogene Koordinations- und Planungsaufgaben sind von kommunalen Stellen zu übernehmen, das heißt von fachbereichsübergreifenden Gebietsbeauftragten, die für die Ausgestaltung von lokalen Entwicklungsprozessen durch Politik und Verwaltung leitung entsprechend autorisiert und gegenüber Verwaltungsexternen ausreichend legitimiert sind. Für die Mitgestaltung und Koproduktion von Gemeinwohl ist die Kooperation der Kommune mit anderen Akteuren unabdingbar. Partizipative Kooperationsmodelle mit kirchlich-verbandlicher Beteiligung sollten geschaffen und erprobt, bestehende Ansätze weiterentwickelt werden. Es gilt das Verhältnis zwischen Initiatoren/Akteuren und Berater/innen, zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen zu reflektieren und Organisationsformen zu finden, in denen geteilte Verantwortung gelebt werden kann. Dazu ist mehr Öffnung, auch für neue Nutzergruppen, notwendig, sowie Mut und Bereitschaft, sich auf neue, unerschlossene Pfade zu begeben. Eine strategische Verankerung im kirchlich-verbandlichen wie auch im politisch-administrativen Mehrebenensystem ist Voraussetzung für eine Koproduktion von Gemeinwohl auf Augenhöhe.

7. Lokale Netzwerke zu verbindlichen Entwicklungspartnerschaften weiterentwickeln und nachhaltige Strukturen schaffen

Die Gestaltung eines inklusiven und teilhabeorientierten Gemeinwesens ist angesichts des demografischen Wandels und einer zunehmenden sozialen und kulturellen Differenzierung bis hin zu Segregationsprozessen eine große Herausforderung. In besonderem Maße gilt dies für den interkulturellen bzw. interreligiösen Dialog. Kirchen mit ihren Wohlfahrtsverbänden sind dabei unverzichtbare strategische und operative Partner für die Prozessgestaltung und Transformation zu zukunftsfähigen Gemeinwesen. Lokale Netzwerke, die auf diese Herausforderungen eingehen wollen, sollten sich daher zunehmend auch handlungsfeld- und trägerübergreifend zwischen Kirche und Kommune gründen. Die Erfahrungen aus den bereits aufgebauten bereichsübergreifend angelegten Netzwerken, wie sie die Referenzplattform von *Kirche findet Stadt* entwickelt, sollten stärker verbreitet und ausgewertet, der zusätzliche Nutzen für alle Beteiligten deutlicher herausgestellt werden. Entsprechende lokale und überregionale Kompetenznetzwerke und Transferstrukturen gilt es zu schaffen und ökumenisch auszurichten.

Mitgestaltung und Nachhaltigkeit (lokaler) Entwicklungsprozesse

8. Integrierte Handlungskonzepte und lokale Aktionspläne in sektor- und themenübergreifender Partnerschaft erarbeiten und umsetzen

Integriertes Handeln in der Stadt- und Regionalentwicklung ist eine gemeinsame strategische Herausforderung von Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – und gleichzeitig Anliegen aller gesellschaftlichen Kräfte. Hier gilt es auch für die kirchlich-verbandlichen Akteure, unterschiedliche fachliche Zusammenhänge systematisch miteinander in einen Dialog zu bringen, um gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, Ressourcen und Potenziale besser zu verknüpfen, Perspektiven zu erweitern und Konkurrenzverhalten abzubauen. Auf diese Weise lassen sich eine Mitgestaltung von Entwicklungsprozessen (wie z. B. bei Sozialraumanalysen, integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepten) und ein breiter Konsens über notwendige Strategien im Gemeinwesen herstellen.

9. Lokales „Schnittstellenmanagement“ als intermediäre Instanz vor Ort installieren

Die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände profilieren ein Gemeinwesen orientiertes Handeln, indem sie aus ihren Strukturen ein „Schnittstellenmanagement“ vor Ort installieren, das die Potenziale von Kirchengemeinden, verbandlichen Trägern und Einrichtungen von Caritas und Diakonie sowie das zivilgesellschaftliche und ehrenamtliche Engagement von Akteuren im Gemeinwesen bündelt. Der Anspruch ist dabei ökumenisch, interdisziplinär und intermediär: ein Handeln als Vermittler und Entwickler von Kooperationskulturen zwischen verschiedenen Systemen und Ansätzen. Die beiden Kirchen stehen vor vergleichbaren Herausforderungen und entwickeln ähnliche Antworten und Strategien. Hier ist eine stärkere Bündelung von Potenzialen kirchlicher Zivilgesellschaft in der integrierten Stadtentwicklung erforderlich und möglich.

10. Sozialraumbezogene Budgets bzw. Verfügungsfonds aufbauen

Trotz zunehmend eingeschränkter Ressourcen sind die kirchlich-verbandlichen Träger vielerorts in der Lage, Grundausstattung und Basisstrukturen für lokale Projektarbeit bereitzustellen. Durch die Generierung von Sozialkapital, das häufig erst durch die Verknüpfung von beruflicher und nicht-beruflicher Arbeit entsteht, kann das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zu einer verlässlichen, in lokale Gemeinwesenstrukturen eingebundenen Ressource werden. Ehrenamtliche wie auch Hauptamtliche in den Kirchengemeinden sowie den verbandlichen Diensten und Einrichtungen profitieren voneinander, wenn sie sich als gleichberechtigte Partner akzeptieren und auf Augenhöhe agieren. Vielfältige Nutzungspotenziale bieten sich in den vorhandenen kirchlich-verbandlichen Infrastruktureinrichtungen und Raumangeboten. Durch eine Öffnung der Gemeindezentren, der verbandlichen Einrichtungen und – soweit möglich – auch einer flexiblen Nutzung über die ursprünglichen Zielgruppen hinaus entstehen Effekte im Stadtteil, die ein neues Miteinander ermöglichen, gemeinwesenbezogene Kooperation und Beteiligung fördern.

Zu den Autorinnen und Autoren

Dr. Elke Becker, geb. 1973, Dr.-Ing., seit März 2012 wiss. Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin. Schwerpunkte: Integrierte Stadtentwicklung und Stadtentwicklungspolitik, Zivilgesellschaft und gesellschaftlicher Wandel sowie Moderation, Kommunikation, Weiterbildung. 1994-2000 Studium der Raumplanung an der TU Dortmund und der Università degli Studi di Roma „La Sapienza“; 1996-2006 Tätigkeit in Stadtentwicklungsbüros in Dortmund/Düsseldorf, Potsdam und Berlin; 2006-2012 wiss. Mitarbeiterin am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin. Vorstandsmitglied des Fördervereins für Zivilgesellschaftsforschung sowie der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. (SRL); Beiratssprecherin von *Kirche findet Stadt*.

Dr. Wolfgang Beer, geb. 1951, Dr. phil., Geschäftsführer Politische Bildung der Evangelischen Akademien in Deutschland (EAD) e.V. Freiberufliche Tätigkeit als Publizist und Moderator. Studium der Erziehungswissenschaften, der Politischen Wissenschaften und der Soziologie. Tätigkeiten u.a. als wiss. Mitarbeiter am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Freien Universität Berlin; Geschäftsführer der EAD. Stellv. Vorsitzender des Bundesausschusses für Politische Bildung (bap); Vorstandsmitglied der Deutschen Kinderhospizstiftung; Mitglied der Stiftung Deutsche Jugendmarke. Mitglied der Steuerungsgruppe von *Kirche findet Stadt*.

Cornelia Coenen-Marx, geb. 1952, seit 2004 Oberkirchenrätin in der Evangelischen Kirche in Deutschland, Leitung des Referats für Sozial- und Gesellschaftspolitik und u.a. Geschäftsführerin der Kammer für soziale Ordnung der EKD; zuständig für die Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband und das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD. In den 1980er Jahren Gemeindepfarrerin im Rheinland, danach Abteilungsleiterin im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland; 1993-1998 dort Landeskirchenrätin, zuständig für Publizistik und Öffentlichkeitsarbeit. 1998-2004 im Vorstand der Kaiserswerther Diakonie Düsseldorf; Gründungs-Mitherausgeberin des Magazins *Chrismon*; stellv. Vorsitzende des Kuratoriums der Zehlendorfer Diakonie. Mitglied der Steuerungsgruppe von *Kirche findet Stadt*.

Prof. Dr. Adalbert Evers, geb. 1948, Dr. rer. pol., Professor für vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Arbeitsschwerpunkte: Sozialstaatsentwicklung, Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und Dritter Sektor im Welfare-Mix, insbesondere mit Bezug auf die Rolle von sozialen Diensten. Studium der Architektur und Stadtplanung an der RWTH Aachen und Promotion in Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Beiratsmitglied von *Kirche findet Stadt*.

Dr. Ulrich Hatzfeld, geb. 1953, seit 2006 Leiter der Unterabteilung Stadtentwicklung, Ländliche Infrastruktur im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin. Studium der Raumplanung an der Universität Dortmund, wiss. Mitarbeiter an der Universität Dortmund, geschäftsführender Gesellschafter des Planungsbüros „DASI“ Stadtforschung/Stadtplanung; 1980-1995 Inhaber des Büros „Hatzfeld-Junker, Stadtforschung/Stadtplanung“, 1996-2006 Gruppenleiter Stadtentwicklung im Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport (MSWKS), später: Ministerium für Bauen und Verkehr (MBV) des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Prälat Dr. Peter Klasvogt, geb. 1957, Dr. theol., seit 2006 Direktor der Katholischen Akademie Schwerte und des Sozialinstituts Kommende Dortmund, Vorsitzender des Leiterkreises der Katholischen Akademien in Deutschland. 1993-2005 Regens des Paderborner Priesterseminars; Mitglied im Vorstand der Vereinigung für Katholische Sozialethik Mitteleuropa; Mitglied des Ständigen Arbeitskreises „Gesellschaftliche Grundfragen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Consultant des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden. Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu sozialetischen, amtstheologischen und spirituellen Themen.

Hilmar von Lojewski, geb. 1961, seit Juli 2012 Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr im Deutschen Städtetag und im Städtetag Nordrhein-Westfalen. Studium der Raumplanung an der Universität Dortmund; Gaststudium Stadt- und Regionalplanung an der Middle East Technical University, Ankara. Tätigkeiten als freier Planer bei Zlonicky und Wachten – Büro für Stadtplanung und Stadtforschung, Dortmund; 2007-2010 Leiter des Programms für Nachhaltige Stadtentwicklung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Damaskus und Aleppo; leitende Tätigkeiten im Stadtplanungsamt Dresden (1994-2000) und in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin (2000-2007; 2010-2012). Beiratsmitglied von *Kirche findet Stadt*.

Bischof Ralf Meister, geb. 1962, seit März 2011 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers, seit 2012 Vorsitzender des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen. 1983-1989 Studium der Evangelischen Theologie an der Universität Hamburg; 1992-1996 tätig in der Arbeitsstelle „Kirche und Stadt“ am Seminar für Praktische Theologie an der Universität Hamburg; 2001-2008 Propst des Kirchenkreises Lübeck der Nordelbischen Kirche, 2008-2010 Generalsuperintendent des Sprengels Berlin in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Kuratoriumsmitglied in der *Nationalen Stadtentwicklungspolitik*.

Prälat Dr. Peter Neher, geb. 1955, Dr. theol., seit 2003 Präsident des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg/Breisgau. Nach einer Ausbildung zum Bankkaufmann und einem Studium der Katholischen Theologie sowie der Pädagogik arbeitete er nach seiner Priesterweihe 1983 als Kaplan, Klinikseelsorger und Gemeindepfarrer. Er war auch in der Priesteraus- und Fortbildung tätig, ist ausgebildeter Supervisor und leitete den Caritasverband für die Diözese Augsburg.

Dr. Petra Potz, geb. 1962, seit 2004 Inhaberin des Büros location³ Wissenstransfer in Berlin. Bundesweit und europäisch tätig zu integrierter Stadtentwicklung und Entwicklungspartnerschaften, Urban und Regional Governance. Studium der Raumplanung an der Universität Dortmund, 1997 Promotion an der Università degli Studi di Roma „La Sapienza“. 1989-2000 Forschung in Rom/Dortmund am Institut für Raumplanung der Universität Dortmund (IRPUD) und an der Università degli Studi di Roma „La Sapienza“, 2001-2004 wiss. Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Leitung der *Kirche findet Stadt*-Transferstelle.

Dr. Rüdiger Sachau, geb. 1957, Dr. theol., seit 2006 Direktor der Evangelischen Akademie zu Berlin. Vorsitzender der Evangelischen Akademien in Deutschland (EAD) e.V. Lehre als Kfz-Mechaniker und Studium der Theologie in Hermannsburg, Marburg und Hamburg, Tätigkeit als Vikar in Hambergen bei Bremen sowie als Pfarrer in einer Landgemeinde bei Osnabrück. 1990-1993 Leitung des Sprachenkonvikts der Hannoverschen Landeskirche an der Universität Göttingen, 1993-2001 Studienleiter an der Evangelischen Akademie Nordelbien in Bad Segeberg und Hamburg, 1995 Promotion an der Philipps-Universität Marburg. 2001-2006 Leitung der Öffentlichkeitsarbeit der Nordelbischen Evangelisch Lutherischen Kirche in Hamburg.

Prof. em. Dr. Udo Schmälzle OFM, geb. 1943, Franziskaner, Studium der Theologie, Psychologie und Soziologie. Bis zur Emeritierung 2008 Direktor des Seminars für Pastoraltheologie und Religionspädagogik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, bis 2009 Vorsitzender der Konferenz deutschsprachiger Pastoraltheologen. Leitung des von DCV und DBK geförderten Forschungsprojektes „Diakonie im Lebensraum der Menschen“; gegenwärtig Geschäftsführer des Franziskanergymnasiums Kreuzburg in Großkrotzenburg. Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Misereor. Beiratsmitglied von *Kirche findet Stadt*.

Johannes Stockmeier, geb. 1948, Oberkirchenrat und Pfarrer, Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung / Präsident Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband; bis Aug. 2012: Diakonisches Werk der EKD. 1969-1975 Studium der Theologie in Erlangen und Heidelberg, Tätigkeit als Gemeindepfarrer und Pfarrvikar, 1988-1998 Dekan des Kirchenbezirks Konstanz und Pfarrer der Kirchengemeinde Konstanz-Litzelstetten; 1998-2011 Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werkes Baden. Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege (BAGFW), Mitglied im Präsidialausschuss und Präsidium des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.

Reinhard Thies, geb. 1952, Diplom-Pädagoge. Referent bei der Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Berlin, Netzwerkstelle Gemeinwesendiakonie, Servicestelle Soziale Stadt. Arbeitsschwerpunkte: Gemeinwesenarbeit und Stadtteilmanagement, Sozialplanung, Projekt- und Organisationsentwicklung. 1997-2005 Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V., Frankfurt/Main (Mitarbeit in HEGISS-Servicestelle/Landestransferstelle „Soziale Stadt in Hessen“), bis 1997 Referent für Wohnungsversorgung/Kinder- und Jugendhilfe. Bis 1982 Gemeinwesenarbeiter im Sozialen Brennpunkt Margaretenhütte bei der Projektgruppe Margaretenhütte e.V., Gießen. Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. Projektleitung von *Kirche findet Stadt*.

Karin Vorhoff, geb. 1965, Leiterin des Referats Sozialraum, Engagement, Besondere Lebenslagen im Deutschen Caritasverband in Freiburg/Breisgau. Studium der Ethnologie und Geschichte und Kultur des Nahen Orients an der Ludwig-Maximilians-Universität München. 1995-2001 Wissenschaftlerin am Orient-Institut der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft (DMG) in Istanbul, zuletzt verantwortlich für dt.-frz. Forschungsprojekt zu Zivilgesellschaft, Religion und Nationalismus in der Türkei. Seit 2001 beim DCV, zunächst als Referentin im Referat Migration und Integration, 2009-2012 Projektleiterin im Arbeitsfeld Sozialräumliche Arbeit. Projektleitung von *Kirche findet Stadt*.

Prof. Dr. Gerhard Wegner, geb. 1953, Dr. theol., Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD in Hannover und apl. Professor für praktische Theologie an der Universität Marburg. Arbeitsschwerpunkte: Sozialethik und Religionssoziologie, Kirche und soziale Milieus, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Studium der Evangelischen Theologie in Göttingen und Nairobi. Mitglied zahlreicher Gremien im Bereich der Diakonie und der Evangelischen Kirche, darunter in der Kammer für Soziale Ordnung der EKD. Seine Veröffentlichungen umfassen Themen aus der Sozialethik und der Kirchen- und Religionssoziologie. Zuletzt: G. Wegner (Hg.): Gott oder die Gesellschaft? Das Spannungsfeld von Theologie und Soziologie. Würzburg 2012. Beiratsmitglied von *Kirche findet Stadt*.

Erzbischof Dr. Rainer Maria Kardinal Woelki, geb. 1956, 2012 Kardinalskreierung in Rom, Mitglied der Bildungskongregation und im päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen, seit 2011 Erzbischof von Berlin. 2003 Bischofsweihe, 1997-2003 Direktor des Collegium Albertinum in Bonn, 1990-1997 Kaplan und Sekretär von Erzbischof Joachim Kardinal Meisner, 1985-1990 verschiedene seelsorgliche Aufgaben, zuletzt Kaplan an St. Josef, Ratingen, 1978-1983 Studium der Katholischen Theologie und Philosophie in Bonn und Freiburg.

Impressum

Kirche findet Stadt

Kirche als zivilgesellschaftlicher Akteur in sozial-kulturellen und sozial-ökologischen Netzwerken der Stadtentwicklung

Ein ökumenisches Kooperationsprojekt
www.kirche-findet-stadt.de

Pilotprojekt im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik
Eine Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Gemeinden
www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de



Diakonie 



Die Evangelischen
Akademien
in Deutschland 

katholische akademien
in deutschland 

Dokumentation

Berlin, Februar 2013

Projekträger

Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Berlin

Mit den Partnern

Deutscher Caritasverband e.V., Freiburg
Evangelische Akademien in Deutschland e.V., Berlin
Katholische Akademien in Deutschland

In Zusammenarbeit mit

Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover
Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn

Projektleitung und Herausgeber

Reinhard Thies, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband,
Netzwerkstelle Gemeinwesendiakonie/Servicestelle Soziale Stadt
Karin Vorhoff, Deutscher Caritasverband,
Referat Sozialraum, Engagement, Besondere Lebenslagen

Redaktion

Dr. Petra Potz, location³ Wissenstransfer, Berlin, *Kirche findet Stadt*-Transferstelle

Abbildungen

S. 5: LVH/Jens Schulze; S. 17 oben u. S. 18 oben: BMVBS
Alle weiteren Abbildungen wurden von den Autor/innen, der Transferstelle bzw. den Standort-vertreter/innen zur Verfügung gestellt.

Layout

Ariane Sept, Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH, Berlin

Wie bringen sich die evangelische und katholische Kirche mit ihren Wohlfahrtsverbänden in Stadtentwicklungsprozesse ein? Und wo liegen die Potenziale für eine sozialräumlich orientierte Stadtentwicklungspolitik? Als Plattform von beispielhaften Standortinitiativen mit kirchlich-verbandlicher Beteiligung wirbt *Kirche findet Stadt* für neue Verantwortungsgemeinschaften einer integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung.

Die Beiträge und Fragestellungen in dieser Dokumentation verdeutlichen die Bandbreite des Themas, das als Pilotprojekt von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik unterstützt wurde. Die Beiträge katholischer und evangelischer Vertreter und eine Reflexion aus wohlfahrtsverbandlicher und theologischer Perspektive unterstreichen die Relevanz der Thematik in den kirchlich-verbandlichen Systemen. Die Erfahrungen der Standortinitiativen als erkenntnisreiche Praxis vor Ort sowie der öffentliche Diskurs, der über die Veranstaltungsplattform entwickelt wurde, zeigen die komplexen Schnittstellen von *Kirche findet Stadt* zwischen fachlichen Ressorts und räumlich-administrativen Ebenen. Mit Beiträgen aus sozialwissenschaftlicher und stadtentwicklungspolitischer Perspektive sowie zur zivilgesellschaftlichen Entwicklung von Städten und Gemeinden wird der Brückenschlag zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik hergestellt. Handlungsempfehlungen und Perspektiven geben einen Ausblick auf die zukünftigen Herausforderungen für alle Akteure, die sich für eine integrierte Stadtentwicklung einsetzen.